

(ore 10.01)

Presidenza del Presidente Leveggi

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

MINNITI: *(segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRESIDENTE: Signori consiglieri, la seduta è aperta.
Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Dellai, Di Puppò, Kasslatte-Mur, Molinari, Thaler Hermann e Tretter.
Diamo lettura del processo verbale della precedente seduta.

CHIODI: *(segretaria): (legge il processo verbale)*
(Sekretärin):(verliest das Protokoll)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni in merito al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Devo comunicare che noi adesso proseguiamo con la discussione generale del disegno di legge n. 27, dovremo trattare poi la proposta di delibera n. 12 e la proposta di delibera n. 13. Terminati questi tre punti si chiuderanno i lavori del Consiglio, è chiaro che la Presidenza si riserva eventuale estensione dell'orario in notturna, perché dobbiamo garantirci di concludere, entro domani sera, con tutti i tre punti poiché non abbiamo altri giorni per riconvocarci.

La parola al cons. Denicolò.

DENICOLÒ: Zum Fortgang der Arbeiten. Wenn ich richtig informiert bin, haben wir doch gestern im Fraktionssprecherkollegium beschlossen, heute Nachtsitzung zu machen. Auf meine präzise Anfrage hin, ob wir morgen weitermachen sollen oder nicht, wurde einstimmig sehr schnell beschlossen, die Nachtsitzung heute Abend abzuhalten.

PRESIDENTE: Collega, vedremo come si sviluppa il dibattito nel corso della giornata, se sarà necessario è chiaro che estenderemo i lavori nel corso di questa serata, per poter domani chiudere i lavori entro le ore 18.00.

Nella riunione dei capigruppo abbiamo detto che le giornate di lavoro sono giovedì e venerdì, l'eventuale notturna si fa giovedì e questo significa che entro le ore 18.00 di venerdì si deve chiudere.

Proseguiamo con la trattazione del punto n. 3: **Disegno di legge n. 27: Bilancio di previsione della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per**

l'esercizio finanziario 2000 e bilancio triennale 2000-2002 (presentato dalla Giunta regionale).

In discussione generale ha chiesto la parola la cons. Klotz.

KLOTZ: Danke, Herr Präsident.

Ich muss vorausschicken, dass meine Stellungnahme sehr kurz sein wird, weil wir in den vergangenen Jahren unsere Position sehr klar dargelegt haben und es hat sich daran sehr wenig geändert. Es ist zu sagen, dass der Unterschied unserer Position gegenüber der Position hier der Mehrheit und vor allen Dingen der Regierung klar wird, wenn man die ersten Seiten dieses politischen Berichtes zum Haushalt 2000 vergleicht. Ich werde einige Kontrastpunkte herausnehmen, also dort wo sich unsere Überzeugung wesentlich von den politischen Auffassungen dieser Mehrheit und natürlich im besonderen von jenen der Präsidentin, der Regierung und damit wohl der Regierung insgesamt unterscheidet, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass die Präsidentin einen Bericht verfasst hat, den die übrigen Regierungsmitglieder nicht teilen. Es beginnt bereits auf Seite 1 dieses politischen Berichtes, wonach die Genehmigung des Haushaltsvoranschlages für das Jahr 2002 für die Region Trentino-Südtirol den ersten wichtigen Schritt einer Legislatur darstellt, die durch eine Reihe außerordentlicher Ereignisse geprägt ist und darunter wird als erster Punkt die Abänderung des Statutes verzeichnet, welche ein außerordentliches Ereignis sei. Man kann sagen, das ist ein Punkt, in dem die Frau Präsidentin sicher Recht hat: es ist ein außerordentliches Ereignis, wenn sich eine Mehrheit vor allen Dingen auch eine Mehrheit der Südtiroler Volksvertreter findet, die mit einer solchen Abänderung eines Statutes einverstanden ist, das bisher als Magna Charta von den Südtirolern gelobt worden ist und auch als solche immer wieder verteidigt worden ist. Wir haben des öfteren darauf hingewiesen, dass dieses hochgelobte Autonomiestatut nicht die gerechte Lösung darstellt, weil bis jetzt die Volksabstimmung gemäß Uno-Menschenrechtspakte ausgeblieben ist, die die gerechte Lösung darstellt hätte. Doch die Union für Südtirol ist auf keinen Fall bereit, diese wesentlichen Grundpfeiler bzw. dieses sogenannte Statut aus der Hand zu geben, ohne dass eben die gerechte Lösung durchgesetzt wird.

Dann ist hier die Rede von außerordentlichen Bedürfnissen, um den kontextuellen Entwicklungen nachzukommen, welche das gesamtstaatliche und das europäische Bild charakterisieren. Was die europäische Entwicklung anbelangt, so ist das eine Sache, von der wir uns immer erhofft haben, dass sie eben den Bedürfnissen Respekt zollt und auch den Rechten der einzelnen Völker und nicht nur der ethnischen Völker und auch den Bedürfnissen und Realitäten der natürlich gewachsenen Region, was leider bis jetzt nicht geschehen ist. Was aber das Bedürfnis anbelangt, den kontextuellen Entwicklungen nachzukommen, welche das gesamtstaatliche Bild charakterisieren, muss ich gleich sagen, dass wir hier in absolutem Widerspruch zur Regionalregierung stehen, weil uns das gesamtstaatliche Bedürfnis und gesamtstaatliche Bild relativ gleichgültig ist; also der Staat Italien soll sich entwickeln wie er will, aber er soll die Südtiroler nicht daran hindern,

eine andere Entwicklung zu verfolgen, eine Zukunft ohne Italien anzustreben. Das ist ein ganz großer Widerspruch.

Dann kommen wir zu einer grundsätzlich verschiedenen Auffassung von Politik. Wenn hier die Präsidentin schreibt „Wir haben die Pflicht die Situation zur Kenntnis zu nehmen und Entscheidungen zu treffen, die den wahren und nicht den politischen und zweckgebundenen Interessen der Gemeinschaft entsprechen, die wir vertreten...“, muss ich sagen: Politik hat in erster Linie die Aufgabe zu gestalten und sich nach den realen Bedürfnisse der verschiedenen Gemeinschaften auszurichten. Die Politik hat nicht die Pflicht, Situationen zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie hat zu gestalten, sie hat zu erneuern, sie hat sich nach dem zu richten, was eben in die Zuständigkeit der einzelnen Teile, der einzelnen Gemeinschaften und vor allem Dingen der verschiedenen Realitäten geht. Und unsere Realität, die Südtiroler Realität, ist eine wesentlich unterschiedliche Realität, die sich nicht nur von Trentiner Realität, sondern insgesamt von der italienischen Realität unterscheidet.

Wenn dann hier die Rede davon ist, die Region müsse der Ort werden, an dem das Trentino und Südtirol ihre Zuständigkeiten koordinieren... Nein, das was nie unsere Überzeugung. Unsere Überzeugung ist, dass sich Südtirol sehr gut selber koordinieren und gestalten kann und dass es dazu nicht der Region und auch nicht des Trentino bedarf. Auf Freiwilligkeit basiert, gibt es sicher eine sehr viel bessere Zusammenarbeit, eine viel konfliktfreiere Zusammenarbeit und Koordinierung als hier in dieser Zwangsgemeinschaft und das ist eine Wiederholung für die Ohren derer, die bereits in den letzten Legislaturen hier zugehört haben. Dann weiter hier das Postulat „aus diesen Gründen sollte anlässlich der Haushaltsdebatte auch die Möglichkeit ergriffen werden, Schritte zu erörtern, welche die Region verändern...“ Wir wollen Schritte, die die Region abschaffen und auch das sei hier konkret gesagt. Wenn dann die Rede von den Dezentralisierungsmaßnahmen bei unveränderter Verfassung ist, so ist das auch ein großer Kontrast, zu dem was wir von der Regierung halten. Wir wollen wünschenswertenfalls Dezentralisierungsmaßnahmen, die auf echten Föderalismus basieren, aber hier tut sich eine ganze Kluft auf. Währenddem diese Regionalregierung der Meinung ist, dass die Verfassung des Staates Italien unverändert bleiben soll, sind wir überzeugt davon, dass es eine echte Erneuerung und einen echten Föderalismus nur dann gibt, wenn auch die Verfassung geändert wird, also dass man vom zentralistischen Konzept abgeht und den echten Föderalismus umsetzt, der selbstverständlich auch den Uno-Menschenrechten Rechnung trägt und infolgedessen endlich durchsetzt, dass das echte Subsidiaritätsprinzip auch in der Gestaltung der verschiedenen Realitäten zum Tragen kommt. Südtirol hat eine eigene Realität, Südtirol hat einen eigenen Patriotismus und Südtirol hat eine andere Geschichte, Südtirol hat auch eine andere Ausrichtung, nämlich eine Ausrichtung nach Mitteleuropa, nach Österreich und eben zur mitteleuropäischen Gemeinschaft.

Dann kommen wir zu den Aussagen auf Seite 5. Man will hier also eine neue Phase einleiten, um den aktuellen Entwicklungen gerecht zu werden, natürlich so wie sie sich die Regierung vorstellt, nämlich durch die Aufwertung der Region. Da muss die neue Region unbedingt eine Verbindungsstelle zur

Wahrung gemeinsamer Interessen werden und eine einheitliche Vertretung nach außen gewährleisten. Kollegen von der SVP, trägt ihr das wirklich mit, dass die Region die Verbindungsstelle zur Wahrung gemeinsamer Interessen wird und eine einheitliche Vertretung nach außen gewährleistet? Das wäre ein Bruch zur Politik eurer Vorfahren und ich kann mir nicht vorstellen, dass es hier nicht Leute gibt, die hier vehement dagegen sein müssten! Was heißt: eine neue Phase einleiten? Das bedeutet natürlich, dass man diese Region auf Biegen und Brechen halten und auch stärken will, dass man ihr neue Aufgaben geben will und eine davon wäre die einheitliche Vertretung nach außen. Passt auf, wohin diese Absichten noch gehen! Das ist ein besonderer Punkt, der Anlass zu Auseinandersetzungen sein müsste.

Dann ist hier die Rede von einer Region, die eine Hauptrolle bei der Koordinierung der politischen Entscheidungen der Provinzen in den einzelnen Bereichen spielen sollte. Auch das ist unseres Erachtens nach eine gefährliche Kernaussage in diesem politischen Bericht, wonach also die Region eine neue Regierung werden muss und eine Hauptrolle bei der Koordinierung der politischen Entscheidungen der Provinzen übernehmen wird. Aufpassen, was sich hier sozusagen stillschweigend tut. Denn entweder es ist euch nicht bewusst, was das bedeutet oder aber, es ist euch ganz und gar gleichgültig. Beides wäre gefährlich und wäre in keiner Weise nach dem ausgerichtet, was bisher auch von Seiten der Mehrheit der Südtiroler Vertreter gewollt war, nämlich eine Schwächung der Region und da gibt es auch eine ganze Reihe von Widersprüchen, wenn die SVP jetzt das so stillschweigend mitträgt.

Ganz besonders entschieden zurückgewiesen, muss aber folgende Aussage auf Seite 7, und zwar dass das Trentino und Südtirol unzertrennliche Teile eines Gebietes sind, in dem wichtige Probleme vorhanden sind. Wichtige Probleme sind zwar vorhanden, aber wir sind der Meinung, dass sich auf der Basis der Gleichwertigkeit und der Freiwilligkeit sich viel ungenierter manches gemeinsam voranbringen lässt, als eben wenn man immer wieder davon ausgehen muss, dass hier ein Teil den anderen sozusagen „fremdbestimmen“ will. Auch in dieser Aussage kommt das zum Ausdruck, nämlich dass das Trentino und Südtirol unzertrennliche Teile seien. Ja, wo leben wir denn? Lasst ihr von der SVP euch das gefallen, dass plötzlich das Trentino und Südtirol unzertrennliche Teile eines Gebietes sein sollen? Wo bleibt da der hochgelobte Föderalismusgedanke und wo bleibt denn da auch der Gedanke des „Los von Trient“? Dazu können wir also nie und nimmer zustimmen, weil das ein offener Konflikt dem gegenüber ist, was man bisher insgesamt von Südtiroler Seite und auch von Seiten der SVP gehört hat.

Dann heißt es hier weiter „wir müssen in der Lage sein, die Vergangenheit zu überwinden, die sich stets in unserem kulturellen und politischen Leben widerspiegelt...“ Da muss ich sagen: selbstverständlich, aber indem man endlich der Realität Rechnung trägt, nämlich, dass man die Südtiroler frei entscheiden lässt, in welcher Gemeinschaft sie leben wollen, mit wem sie in Zukunft Gemeinschaft halten wollen und wie sie ihre wirtschaftliche, politische und kulturelle Zukunft ausrichten wollen. Das ist der Grundgedanke, den wir hier seit Jahrzehnten voranbringen. Dann wenn hier auch die Rede ist, vom Ineinanderwachsen der verschiedenen Kulturen und Bräuche... Nein, wir

wollen nicht „Multikulti“, denn das gibt es auf lange Sicht nicht. Auf lange Sicht überwiegt entweder das eine oder das andere. Es gibt für solche Realitäten, solche Situationen der multikulturellen Gesellschaft eine kurze Zeitspanne in der Geschichte, wo zwei Kulturen mehr oder weniger ineinander wachsen. Aber dann überwiegt entweder das eine oder andere. Wir wollen nicht die Assimilierung, wir wollen nicht die Entnationalisierung, wir wollen Teil des Tiroler Volkes bleiben. Wir wollen eine Südtiroler Entwicklung, die sich nach der mitteleuropäischen richtet, im Zeichen Tirols und nicht im Zeichen des Veneto und auch nicht im Zeichen des Trentino, geschweige denn Italiens. Also, kein Ineinanderwachsen verschiedener Kulturen. Sehr wohl ein Kennen lernen verschiedener Kulturen, das Erlernen verschiedener Sprachen, was wir als Bereicherung erachten, aber niemals ein Ineinanderwachsen, denn das gibt eine Verwachsung, die nur Gefahren, die Entwurzelung, den Raub der Identität bedeutet und damit sind wir in keiner Weise einverstanden. Sie sehen also, das sind grundsätzliche Dinge, die uns unterscheiden und das ist für mich persönlich ein Grund von vornherein zu all jenem Nein zu sagen, was eben auch noch finanzielle Mittel in diese Richtung bereitstellt, wie eben mit diesem Haushaltsvoranschlag, wo die Mittel für diese Politik bereitgestellt werden, der wir hundert mal Nein sagen müssen, weil sie in offenem Kontrast zu unseren Überzeugungen steht. Wir haben heute in den Meldungen gehört, dass endlich nun auch der Termin im Fürsorgewesen verlängert wird, was Geburtengeld und Erziehungsgeld anbelangt. Nun wissen wir aber, dass beispielsweise die Stellen in Bozen nicht bereit sind, diese Gelder auszubezahlen, weil kein Geld da ist, für diese Maßnahmen. Wie oft haben wir in Südtirol darüber diskutiert? Aber nachdem die Kompetenz eine regionale Kompetenz ist, die der Region zusteht, wollen wir, dass wenigstens aus diesem ganzen Topf diese Gelder rechtzeitig überwiesen werden, so dass man mindestens in diesem sozialen Bereich endlich auch innerhalb der zeitlichen Termine zur Auszahlung kommen kann. Denn so lange es diese Region gibt, von der wir wünschen, dass es sie nicht mehr lange gibt, soll sie wenigstens in diesem Bereich für Effizienz und Gerechtigkeit sorgen! Zu anderen Bereichen werden wir sicher noch in der Artikeldebatte kommen. Das sei für heute meine grundsätzliche Darlegung zu dieser politischen Ausrichtung, zu der ich nur noch einmal unterstrichen Nein sagen kann.

Vizepräsident Messner übernimmt den Vorsitz

Assume la Presidenza il Vicepresidente Messner

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen in der Generaldebatte? Abgeordneter Pöder, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

PÖDER: Herr Präsident, hat Ihnen die Regionalausschusspräsidentin in irgendeiner Form mitgeteilt, dass es sie nicht interessiert, was die Abgeordneten zu ihrem Bericht sagen? Haben Ihnen anderen Regionalausschussmitglieder, die hier nicht anwesend sind, mitgeteilt, dass es sie nicht interessiert, was die Abgeordneten zum Haushaltsvoranschlag und speziell zum Bericht sagen? Sind Sie nicht angesichts dieser Tatsache, dass

hier eigentlich kaum jemand anwesend ist, nicht auch der Meinung, dass wir wesentlich weniger Ausschussmitglieder bräuchten?

PRÄSIDENT: Natürlich hat mir die Präsidentin nichts mitgeteilt. Ich sage Ihnen folgendes: Fachlich zuständig für den Haushalt ist der Vizepräsident des Regionalausschusses, der Abgeordnete Grandi, und der ist hier. Sie haben aber Recht. Nachdem die Präsidentin auch einen politischen Bericht vorgelegt hat, werde ich sie jetzt suchen lassen und sie ersuchen, dass sie hier im Saal bleibt, damit sie auch auf entsprechende Fragen antworten kann. In Ordnung?

Gibt es dann weitere Wortmeldungen in der Generaldebatte? Der Abgeordnete Willeit hat das Wort.

WILLEIT: Signor Presidente, colleghi e colleghe, vista la voglia di parlare, anch'io mi limiterò a poche cose. Leggendo abbastanza attentamente le introduzioni al bilancio triennale della Regione del 2000, mi sono detto: guarda un po', le relazioni diventano sempre più elaborate, nel mentre la sostanza della regione va decrescendo fortemente. Necessariamente le situazioni contrastanti, conflittuali aumentano con questa regione in fase di demolizione. Vediamo se sarà trasformata prima della soppressione, non può che essere rappresentata una forma ibrida di ente regionale.

Per la prima volta, in una relazione di bilancio, si nega espressamente in futuro l'esistenza della regione, perché si parla chiarissimamente di un soggetto, non più titolare di proprie funzioni, ma soltanto di un campo di confronto, di collaborazione, di partecipazione, dunque di un ente prettamente strumentale, non più di un soggetto giuridico pubblico.

Necessariamente questo cambiamento di natura contrasta con la conservazione delle strutture dell'ente, con la conservazione dell'organizzazione dell'ente, con il personale, con i mezzi, con la stessa amministrazione, contrasta necessariamente la pretesa di rinforzare la capacità contrattuale delle province affermando l'esclusività della competenza delle province, contrasta chiaramente la pretesa di rendere evidenti, trasparenti i rapporti con i cittadini, con la certezza che questi rapporti vengono meno. La stessa riforma costituzionale ormai avviata appare contraddittoria, sappiamo che è stata anticipata soltanto quella parte che interessa gli enti provincia, primariamente le maggioranze politiche delle province, lasciando il futuro delle popolazioni nella più assoluta incertezza.

Bene possiamo sperare nei lavori della commissione che verrà istituita, ma considerati i precedenti comportamenti, personalmente non nutro eccessive speranze, anche perché questo Consiglio stesso già si è espresso in ordine alle modifiche statutarie, con una legge-voto, con direttive che oggi, una volta raggiunto lo scopo della modifica stralcio, sembra non voler più perseguire, almeno stando alle dichiarazioni di qualcuno. Questa modifica stralcio, si legge nella relazione al bilancio, contiene anche norme di tutela delle minoranze, sarebbe stato meglio dire: "contiene norme di tutela delle minoranze del Trentino", in quanto riferite all'intero territorio della regione, questa modifica stralcio prevede qualche garanzia per le minoranze della regione intera, ma prevede altresì una forte divisione, una forte sperequazione nel trattamento

delle minoranze, prevede, a mio avviso, un principio di dipendenza delle minoranze, perché senza garanzia di rappresentanza diretta, con la libertà di scelta del sistema elettorale da parte delle province, con la libertà di scelta delle forme di governo, senza garanzia specifica per le minoranze, queste diventano oggetto di strumento da parte delle maggioranze.

Consentitemi di fare un accenno alla chiamata degli assessori dall'esterno, non so se è la barzelletta dell'anno, o la barzelletta della costituzione che uscirà da queste nuove proposte di legge, se si va a sancire nella carta costituzionale dello Stato il diritto di quanti concordano il programma di governo, di quanti concordano dunque il consenso ad esprimerlo anche unilateralmente in ordine alla chiamata degli assessori dall'esterno; o non ho capito nulla di questa garanzia fittizia, o si tratta di una barzelletta.

Non dico altro sulle questioni generali e passo al bilancio del 2000 pieno di soldi, pieno di strategie, proprio bello leggere queste introduzioni fatte di strategie, ma assai difficile nella lettura contabile. Ancora una volta riscontriamo nelle relazioni le belle parole della convivenza, ma riscontriamo altresì la necessità di spogliarci delle eredità culturali, mi spieghi la Presidente che cosa ciò può significare, mi spieghi altresì che cosa significa sposare la cultura mondiale, o assumere culture mondiali, mi spieghi quello, se non vuole che intraveda parole completamente vuote nella sua relazione.

Troviamo per la prima volta il concetto di minoranza regionale, interessante la regione e la provincia di Trento che avranno minoranze regionali e questo l'indomani dell'accertamento delle minoranze nazionali con apposita legge, comunque per ciò che riguarda la minoranza ladina, questo termine di minoranza regionale sembra trovare un riscontro nelle dotazioni e previsioni di spesa, queste previsioni sembrano effettivamente limitate alla minoranza ladina della provincia di Trento.

La regione dunque stampella della provincia di Trento anche per ciò che riguarda le minoranze, la regione fa parte degli istituti e delle associazioni del Trentino, la regione finanzia attività relative alle minoranze del Trentino. E' una previsione, un'impostazione questa inaccettabile, assai peggiore della partecipazione al negozio o alla cooperativa ortofrutticola, che indubbiamente sarà anche soltanto trentina, non è accettabile che la regione si impegni per una parte di una minoranza.

Mi riservo, vedo se sarà possibile proporre un emendamento per quanto riguarda i singoli capitoli di spesa, proprio per conto delle minoranze, proprio per conto dell'integrazione europea, dove troviamo una dotazione complessiva di ben 20 miliardi e vorrei proprio sapere come si va a spendere questi 20 miliardi e per le minoranze "regionali" di questo ente si prevedono soltanto 2 miliardi, compresi gli investimenti.

Ho detto all'inizio che la lettura contabile di questo bilancio non è facile, debbo chiedere delle spiegazioni in ordine alla gestione dei residui, debbo chiedere come si fa a calcolare il residuo alla data dell'1.01.2000, devo chiedere spiegazioni in ordine alla differenza fra i residui calcolati in base alla gestione finanziaria, cioè degli accertamenti delle entrate e dei pagamenti nelle uscite e il fondo di cassa, forse io stesso non sono al corrente, ma guardando i pagamenti rimasti da effettuare, le riscossioni effettuate e rimaste da incassare,

l'avanzo di amministrazione è maggiore del fondo di cassa. Non comprendo affatto taluni residui che quasi superano gli impegni.

Al cap. 310, sempre in materia di integrazione europea, minoranze, eccetera, abbiamo un residuo di 2 miliardi e 600 mila nella spesa, di fronte ad un impegno complessivo di 2 miliardi e 500 milioni.

Altri capitoli hanno quasi l'intera dotazione a residuo o non vi sono stati impegni o non è stato pagato, uno dei due, chiederei veramente delle spiegazioni in ordine ai residui, spiegazioni forse meritano alcune previsioni, anche in ordine alle previsioni passate, non può no cadere nell'occhio l'importo straordinario per il lavoro straordinario, soprattutto del personale dei catasti; merita una spiegazione il corso del servizio di informazione, la stessa formazione del personale, la stessa assistenza al sistema di informatizzazione.

Chiedo, in ordine a questi capitoli, delle spiegazioni da parte dell'assessore competente, riservandomi di intervenire una seconda volta.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen in der Generaldebatte? Ja, Herr Abgeordneter Seppi, Sie haben das Wort.

SEPP: Cari Colleghi, prenderò posizione sulla prima parte della relazione al bilancio, riservandomi di farlo per la seconda in un successivo intervento, fatta dalla nostra Presidente Margherita Cogo.

Prenderò spunto solamente da alcuni passaggi della sua relazione, perché da essi si può ricavare, leggendo fra le righe, quelle che sono le reali situazioni, delle quali in questa istituzioni, ma specialmente in questo territorio, che vede le due province unite, almeno sulla carta, stiamo vivendo.

Quando la collega Presidente Cogo dice: "Straordinaria è la circostanza che ci vede impegnati in un percorso delicato e complesso che porterà alla modifica dello Statuto; straordinaria è la necessità di affrontare le trasformazioni contestuali che stanno fortemente caratterizzando lo scenario nazionale ed europeo", vorrei dire che la straordinarietà di queste circostanze non esiste, perché di fatto esiste un comune denominatore preciso con le realtà precedenti, una presenza in maggioranza regionale di una SVP che detta e che dà precise direttive, una parte italiana che completa il governo regionale, che al di là delle apparenze risulterebbe ai miei occhi completamente supina ai voleri e alle richieste della SVP.

Quindi questa straordinarietà non esiste, sarebbe completamente contrario se esistesse la straordinarietà di una situazione, nella quale finalmente il rapporto di governo tra la SVP e la maggioranza italiana in questo istituto fosse un rapporto paritario e si fosse la forza, da parte degli italiani, di imporre e di richiedere una parità di diritti ed una giusta equità di potere, che di fatto risulta solo sulla carta.

Quindi straordinario non è nulla, Margherita Cogo, assolutamente. Straordinario è che lei giudichi straordinaria questa cosa, ma straordinari non siete voi, perché qui veramente di straordinario non c'è nulla, al di là di una SVP che continua a perpetrare se stessa, con la straordinarietà di trovare sempre la possibilità di avere a che fare con interlocutori che nulla hanno di straordinario.

Continuo con la sua presa di posizione in cui lei dice: "L'accordo di programma ha già fissato alcune linee importanti di come dovrà configurarsi il nuovo istituto regionale." Vorrei sapere quali sono queste linee importanti, al di là di una chiacchierata lunga 20 pagine, in cui di fatto le linee importanti si contraddicono una dopo l'altra, ripeto, sono riuscito a fare solo un'analisi della prima parte della sua relazione, la seconda la faccio dopo e allora le vediamo le prime di queste situazioni.

Lei dice: "difendere a tutti i costi l'attuale assetto è come pretendere di congelare il corso degli eventi." E' vero, ma ritengo, vista la debolezza di questo esecutivo, dal punto di vista della parte trentina, che sia meglio congelare gli eventi che togliere la spina dal freezer facendo marcire tutto ciò che vi sta dentro, perché c'è chi è convinto di mutare gli eventi, aprendo la porta o aprendo il coperchio del freezer, buttando dentro qualcosa e dimenticandosi il freezer aperto, tutto quello che c'è nel freezer andrà inderogabilmente a marcire.

E' una questione di convinzioni e quindi secondo il suo punto di vista: "La nuova Regione deve diventare il luogo dove il Trentino e l'Alto Adige possono coordinare le proprie competenze, dove possono collaborare in progetti di interesse comune, dove possono unire le forze sia nei rapporti economici che in quelli istituzionali", lei dice delle cose belle, ma non hanno alcuna validità da un punto di vista pratico: Quali sono le proposte e le volontà che lei vuole portare avanti? Sono dichiarazioni roboanti che non hanno alcun tipo di significato. Mi auguro che queste proposte invece non abbiano nemmeno la possibilità di uscire allo scoperto, perché sarebbe un disastro.

Il fatto stesso che lei sia Presidente di una Giunta, in cui, se la SVP non lo volesse, lei Presidente non lo sarebbe, mi spaventa in modo tale che ritengo tutto ciò che lei relaziona francamente in linea con delle pratiche direttive.

Oggi non ci troviamo in una situazione tesa e drammatica come quella degli anni '60, oggi non ci troviamo in questa situazione, cara signora Margherita Cogo, solamente perché ci sono 7 mila e 500 miliardi che arrivano da Roma, la convivenza in Alto Adige è legata solamente alla distribuzione di 7 mila e 500 miliardi; abbiamo soldi per coprire e fare stare zitti tutti, perché altrimenti la situazione in questo momento, in Alto Adige, ritengo potrebbe essere peggiore di quella degli anni '60.

Non è che non si scorgano all'orizzonte questi segnali, non è che fornire pubblici palcoscenici a terroristi che hanno sparso sangue negli anni 60 e fornire a questi personaggi pubblici i palcoscenici, per avere la possibilità di spiegare quali possono essere le ragioni di atteggiamenti criminali, possono significare dei segnali di convivenza: Non possono essere segnali di convivenza nemmeno quelli di una toponomastica che vuole essere solamente riduttiva di un diritto costituzionale degli italiani dell'Alto Adige.

Mi fermo solo a questo, perché potrei farle un elenco che non finisce più, del resto il fatto stesso di questa collaborazione fra le due province si vede anche nel momento in cui, a Roma, i vostri rappresentanti politici creano una discordanza tra quelle che sono regole di diritto, che danno la possibilità di voto a coloro che non sono residenti da più di 4 anni in questa terra, ebbene voi

staccandovi da quelle che sono le esigenze di quelli che voi considerati i vostri confratelli altoatesini, percorrete la strada e raggiungete lo scopo, lasciando gli italiani dell'Alto Adige ed i cittadini che sono residenti in Alto Adige con il continuo problema dei 4 anni, con il continuo anticostituzionale ed antidemocratico, aberrante sistema di dover attendere 4 anni per avere diritto a quello che costituzionalmente è un diritto sancito in tutti gli Stati d'Europa.

Anche questa dissociazione politica, che assolve alle funzioni per il Trentino e non le assolve per l'Alto Adige, perché i vostri rappresentanti politici le hanno volute svolgere e portare avanti in questo modo, stanno a significare che questa volontà, questo tipo di discorso comune non esiste di fatto.

Quindi se non esiste, come lei dice "una situazione tesa e drammatica come quella degli anni Sessanta", sappiamo benissimo che le ragioni non sono sicuramente quelle di una raggiunta convivenza, ma sono puramente quelle di una distribuzione di denaro a pioggia, che sta ponendo silenzio, che sta coprendo una realtà che è ben diversa da quella che lei descrive, ma è evidente che per sapere queste cose o si è consigliati bene o si è intortati da chi le racconta come crede.

Quindi quando lei chiede che questo miglioramento di rapporti tra le due province richiede un ampio coinvolgimento di tutte le forze politiche presenti in quest'aula, le dico che il coinvolgimento nostro su questi termini non potrà esserci mai, perché non abbiamo alcun tipo di fiducia nei vostri confronti, noi non possiamo fidarci degli italiani trentini della regione, quando gli italiani trentini della regione sono rappresentati da voi in Giunta regionale, non possiamo avere nessuna fiducia, anzi vi temiamo come una pestilenza.

"La norma di attuazione su comunicazione e trasporti, all'attenzione della Commissione dei 12, oppure le grandi questioni che investono l'ambiente e l'inquinamento non possono essere gestite nel guscio dei propri ambiti, soprattutto se di piccola dimensione". Ha perfettamente ragione, basta vedere cosa è successo con i due aeroporti, basta vedere con quello che sta accadendo con quelli che sono i contrasti sulla gestione del traffico autostradale o ferroviario tra le due province, basta vedere quelli che sono gli accordi all'interno delle due province stesse, che non riescono nemmeno nel loro intimo a trovare delle soluzioni.

Noi abbiamo creato, assessore, per la volontà politica espressa dal consiglio provinciale di Bolzano, un aeroporto a Bolzano, del quale noi siamo stati fautori, siamo contenti che esiste un aeroporto a Bolzano, ma non lo volevamo monco, handicappato dalla sua nascita, perché l'aeroporto di Bolzano è un aeroporto handicappato, lei sa quando prenota, ma non sa se parte e non lo saprà mai se parte, perché deve essere chiaro a tutti voi che l'esercizio dell'atterraggio e del decollo telecomandato, a Bolzano non potrà mai avvenire, perché l'ente nazionale assistenza al volo non lo consentirà mai, perché la struttura morfologica del terreno non lo consentirà mai, non è una questione di investimenti, non è una questione di problemi tecnici, dovuti ad un maggiore sviluppo dell'aeroporto, ma è dovuto solamente ad una questione orografica, non ci sarà mai la possibilità di farlo e quindi sarà sempre un aeroporto handicappato.

Mi dovrete poi significare qual è lo scopo di costruire un aeroporto a Trento, nel momento in cui dista 50 km da Bolzano, l'aeroporto di Trento sarà un aeroporto che consentirà invece di avere tutte quelle strutture idonee per consentire sia il decollo che l'atterraggio strumentale, perché inserito in un'area territoriale che lo consentirà da un punto di vista tecnico. Allora perché abbiamo costruito l'aeroporto a Bolzano? Pensate davvero che se siamo vissuti 50 anni senza aeroporto di Bolzano e di Trento, adesso ne abbiamo bisogno di due distanti 50 km l'uno dall'altro? Questo ce lo dovete spiegare e se non riuscite a spiegarcelo come fate a parlare, a dire che le grandi questioni che investono l'ambiente, l'inquinamento e il trasporto non possono essere gestite nel guscio dei propri ambiti, soprattutto se di piccola dimensione? State dichiarando una cosa giusta, ma non avete alcun senso pratico in quello che dite, perché è esattamente il contrario di quello che sta accadendo ed è esattamente lì il limite strutturale, mentale, dialettico, politico del vostro atteggiamento.

“E' inevitabile – continua lei Presidente - che la nuova Regione costituisca il punto di incontro tra interessi comuni e diventi il catalizzatore di un fronte unitario nei rapporti con l'esterno, sia in ambito istituzionale che economico”. Parole roboanti, dichiarazioni che pesano come macigni, prese di posizione tipiche di coloro che tendono a rigare più la folla che la platea istituzionale e dove sono i punti di incontro fra interessi comuni? Ce li spieghi. Dove sono questi catalizzatori, dov'è che in questo bilancio si fa solamente una programmazione puramente ideologica forse, puramente impraticabile, ma comunque una volontà dimostrata con un elenco di situazioni da realizzare, anche se irrealizzabili! Non si fa nulla, si dichiara e continuiamo con le dichiarazioni, con il non senso della politica, continuiamo a dare alla politica il significato di discorsi assurdi, che riempiono pagine, ma che di fatto non hanno nulla di costruttivo, perché non hanno la possibilità di realizzarsi con questi uomini e questi mezzi.

“Ma desidero anche richiamare il valore simbolico di essere presenti nella nuova fondazione Haydn, che può essere considerata l'unica istituzione di rilievo in cui le due Province (e i loro capoluoghi) sono state presenti anche in momenti non facili”. Questa è la dimostrazione del fallimento totale della sua programmazione, perché senza nulla togliere alla grandissima orchestra Haydn, senza nulla togliere alla capacità, alla professionalità dei suoi componenti e senza nulla togliere all'importanza storica che l'orchestra Haydn ha per la provincia di Bolzano specialmente, se il massimo che siete stati capaci di realizzare è quello di aver messo insieme le due province per risolvere il problema e la presenza nella regione dell'orchestra Haydn, veramente, signori, ritengo che questa realtà espressiva di questo rapporto, più che intervento, possa dare la dimostrazione pratica del fallimento totale di una certa linea politica. Se l'orchestra Haydn rappresenta l'esempio, senza nulla togliere all'importanza dell'orchestra Haydn, ma se questa istituzione è una regia fra le due province per creare il valore simbolico di un'orchestra, mi chiedo se non meglio andare a parlarne in qualche altra sede o in qualche altra associazione. Ritengo sia la prova concreta del fallimento della conduzione politica di questa regione.

Lei continua: “Il processo che sposta le decisioni dall'ambito locale e nazionale a quello europeo è sempre più ampio e decisivo”. Questo è vero, è talmente vero, cara Presidente, che quando le ho chiesto, in sede della commissione del regolamento, che dovrebbe esprimere quella che è la commissione per la modifica allo statuto, di inserire dei presupposti che qualsiasi norma e qualsiasi regola venga stabilita ex novo, sia completamente compatibile con le attuali normative europee, che prevedono dei diritti chiari per i cittadini, che prevedono delle precise indicazioni per il rispetto di tutti i cittadini d'Europa e che conseguentemente si scontrano, come qualche sentenza anche di alta Corte ha stabilito, con attuali norme statutarie, come quella già citata sui 4 anni di residenza per il diritto al voto, ma come ancora di più per la proporzionale etnica e per la triste situazione di una dichiarazione di appartenenza e quindi di una schedatura e quindi di un'entrata in una gabbia ben precisa, che costringe legislativamente tutti i cittadini dell'Alto Adige a schedarsi come fossero in sud Africa negli anni '50.

Ebbene, lei non ha inteso che questa precisa indicazione fosse nelle premesse che regolano i lavori di questa nascita commissione per il rifacimento, per lo sconvolgimento, per la riscrittura dello statuto di autonomia. E' stata una proposta che non avuto alcun tipo di seguito ed era la proposta che se avesse avuto logica e se avesse lei creduto in quello che scriveva in questa relazione, avrebbe dovuto inserirlo lei, senza che noi glie, o chiedessimo, ma non lo ha fatto lei e non lo ha fatto nemmeno su mia indicazione. Significa che queste parole sono parole e che i fatti sono completamente diversi, perché è evidente che una modifica allo statuto, che avesse premesso e che avesse considerato il rispetto dei diritti, così come previsti dalle istituzioni europee, lei non lo avrebbe potuto fare, perché la SVP non lo avrebbe concesso!

Questa è la prova della vostra sudditanza totale dal punto di vista politico ai voleri della SVP e questa è altrettanto la prova che noi non possiamo concedere a voi di aprire lo statuto di autonomia, perché non abbiamo alcun tipo di fiducia nelle vostre capacità di comprendere e di capire quali sono i problemi delle minoranze dell'Alto Adige, lo ha già sottolineato anche il collega Willeit per i ladini, noi le abbiamo queste certezze, voi non siete in grado di capirli, ma anche se lo foste non siete in grado di opporvi, perché siete supini e succubi e la dimostrazione ve l'ho appena data, è la prima, ne seguiranno altre.

Noi abbiamo istituzioni pubbliche importanti, come la sanità, come l'USL, che stanno lavorando con la fornitura di manodopera su appalti dati a ditte esterne, le posso citare una struttura per lungodegenti nel comune di Bolzano, dove più dell'80% del personale è personale precettato, per concedere lo scavalco della proporzionale e del bilinguismo obbligatorio e l'ospedale di Bolzano non è all'80% in questa situazione, ma è chiaro che le ultime assunzioni di personale hanno seguito solamente il criterio dell'appalto a ditte esterne e quindi non esiste più l'obbligatorietà da parte di chi la ditta esterna ti manda, come esecutore pratico di quel lavoro, di avere il patentino e di rispondere ai criteri della proporzionale. Solo con questi sistemi, in questo momento, in Alto Adige funzionano e male, da questo punto di vista, strutture pubbliche importanti come la sanità, come l'ospedale, come i lungodegenti, come le case di riposo, gli asili nido e come tutto.

Allora non prevedere, non capire, il dramma di questa situazione, che non può pretendere, Presidente, che questo dramma venga ammesso da chi continua su questa linea politica, perché non può ammettere la propria sconfitta morale, la propria sconfitta pratica e quindi da parte della SVP non potrà mai ammetterla questa sconfitta, ma lo dovete far capire voi che è una sconfitta, perché i dati ci dicono questo, non le ideologie, non i nazionalismi, non in senso contrario alla convivenza, i dati statistici di una realtà lavorativa, in cui per far funzionare in qualche modo istituti pubblici importanti, si deve assolutamente attuare questo trucco per riuscire a portare avanti le strutture stesse.

Allora davanti a questi fallimenti pratici di normative statutarie, se non ne prendiamo atto, non avremo nessun modo di essere costruttivi per chi dovrà essere il cittadino del futuro.

Quando lei dice: “Il Trentino e l’Alto Adige sono parti indivisibili di un unico corridoio”, è veramente un corridoio; se noi dovessimo considerare che una regione, per essere completa, sia un appartamento con tutti i suoi locali, veramente il Trentino-Alto Adige è solamente un corridoio, sul quale giacciono anche tutte le situazioni precarie di un appartamento cui mancano le stanze, corridoio lungo e stretto, buio per qualcuno, completamente scuro per qualcun altro e molto chiaro per chi vuole continuare a mantenere le camere chiuse e il corridoio aperto.

“Tutela della montagna e delle piccole dimensioni di impresa e di altre importantissime questioni che hanno come referente l’ambito comunitario”, benissimo, sicuramente il Trentino nella tutela della montagna ha da imparare dall’Alto Adige, questo sia chiaro, perché all’Alto Adige va dato quello che è giusto dare, la tutela della montagna fatta come in Alto Adige, il Trentino non è in grado di farla! Quando noi vogliamo tutelare la montagna e vogliamo tutelare le piccole imprese, ma non vogliamo tutelare come referente l’ambito comunitario, non vogliamo tutelare i diritti dei cittadini europei che in questa regione risiedono, perché non lo vogliamo fare nemmeno come premessa in una modifica dello statuto di autonomia, siamo veramente in una situazione grave, perché evidentemente, come qualcuno l’altro giorno ha detto, riferendosi ai Verdi, e non condivido questo passaggio, lo ripeto: tenete di più agli alberi che alle persone, non lo condivido, però penso di non condividere nemmeno il suo modo di esprimersi, perché se la montagna ha la sua importanza e se le piccole imprese le hanno pure, l’uomo come individuo ha i suoi diritti inviolabili e sono sicuramente primi sia del valore della montagna, che dei valori relativi alle piccole imprese.

Quindi i residenti in Trentino-Alto Adige hanno il dovere di avere lo statuto di autonomia revisionato, secondo i criteri ed i dettami delle normative europee.

“Anche in questo caso, al di fuori di schematismi, di posizioni preconcepite e di ideologie ormai superate dai tempi”, non so a quali ideologie lei si riferisca, mi creda, la mia ideologia è quella di voler vivere con gli altri, pretendendo il rispetto delle mie istanze, della mia cultura, della mia persona e di coloro che sono parte della mia comunità, nello stesso modo in cui sono disposto a rispettare gli altri, fatto salvo questo principio, in questa ideologia mi

riconosco e sicuramente questa ideologia non sarà mai superata. Se la vostra ideologia è superata, se voi state parlando per voi stessi, francamente ritengo che gli esami di coscienza non si debbano scrivere in un intervento sul bilancio di previsione, ma facciano parte di qualche cosa di più intimo di cui si può parlare con il migliore amico o con il parroco sotto casa.

Ritengo che la mia ideologia sia quella del 2000, sia l'ideologia del nuovo millennio, sia l'ideologia nella quale tutti dovremo cadere per poter convivere, ma sicuramente non ritengo che la mia ideologia sia superata, anzi nel momento in cui non avessi più l'ideologia non sarei più in quest'aula, questo lo posso garantire.

Non posso nemmeno condividere quando lei dice: "Tutto ciò richiede di lasciarci alle spalle un ostacolo culturale che potrebbe ridurre le nostre capacità di operare scelte che siano realmente nell'interesse delle comunità che noi rappresentiamo". Qui c'è una contraddizione di fondo, c'è un disaccordo nei termini che non posso non mettere in risalto. La cultura non è un ostacolo, tutto può rappresentare un ostacolo, non sicuramente la cultura. Sono una persona che ritengo che se avessi molta più cultura di quella che ho, sarei ancora meno ostacolato, i miei ostacoli e quelli dei miei colleghi, che hanno un minimo di raziocinio, sono proprio quelli rappresentanti dalla incultura, non sicuramente dalla cultura, perché da qualsiasi lingua venga espressa la cultura è sicuramente fonte per rompere gli ostacoli, ma è l'imbecillità e la incultura che porta alla sovrapposizione di muri e al rispetto solamente delle volontà di coloro che sono forti con i deboli e deboli con i forti, e lei sa benissimo a chi mi riferisco!

Quindi non accetto questo passaggio nella maniera più assoluta, vorrei vederlo cancellato, perché conosco la sua intelligenza per pensare che lei possa scrivere che la cultura è un ostacolo e se questa stessa cultura, che lei dice essere un ostacolo, dovrebbe addirittura ridurre le capacità di operare scelte, le dico che la cultura non può essere sicuramente quella 'Cosa' che possa ridurre le nostre capacità di operare scelte, anzi senza cultura non si possono operare scelte, ma con la cultura si possono operare tantissime cose che evidentemente voi non siete in grado di fare, perché partite da un concetto che è assolutamente inverosimile, la cultura è un ostacolo. Giuro Presidente che questa me la scrivo: "la cultura è un ostacolo e riduce la capacità di operare scelte", firmato Margherita Cogo.

"L'atteggiamento da superare è quello che riproduce acriticamente il consolidato culturale, politico e relazionale che abbiamo ereditato dal passato". Non siamo venuti da Marte, Presidente, abbiamo un passato, sono orgoglioso di avere un passato, come dovremo esserlo tutti noi di avere una storia, di avere una cultura, una civiltà, della quale lei non si riconosce nel momento in cui vuole costruire qualcosa e pensa che la cultura sia un ostacolo. Veramente qui siamo a dei livelli che non riesco a concepire. Quindi la cultura che ho ereditato dal passato, magari riconsiderata in maniera costruttiva e anche critica, ma sicuramente importante, fa parte del nostro modo di essere, non siamo venuti da Marte!

Quando vi siete accorti del fallimento della vostra ideologia politica, non potete pretendere che noi riconosciamo il nostro, perché la nostra ideologia

politica non è fallimentare, anzi è proiettata nel futuro come non mai, ma non potete generalizzare e mondializzare il vostro fallimento, pensando che il fallimento vostro sia un fallimento generalizzato, assolutamente, questo non vi è concesso, né da noi, né dalla storia.

“Questo è un livello dal quale è talvolta difficile prendere le distanze”, Presidente, sempre è difficile prendere le distanze se si ha a cuore un sentimento che viene ereditato, ma non un sentimento di arroganza e prepotenza, un sentimento culturale di vera convivenza.

“La nuova cultura da acquisire ci apre al mutamento profondo di scenario che caratterizza la realtà nazionale, l'Europa ed il mondo intero. La mondializzazione dei rapporti, la diffusione capillare delle telecomunicazioni e dell'informatica, l'apertura dei mercati, lo sviluppo eccezionale dei trasporti...”, ritengo che sulla mondializzazione ci sia da stare attenti, ritengo che questa sua analisi abbia un grado di pericolosità estrema, non mi sento assolutamente un cittadino del mondo prima di sentirmi un italiano, un italiano dell'Alto Adige, un appartenente a questa terra, che ama la sua famiglia, che ama l'Europa e che ama il mondo, ma non entrerò mai in una dimensione mondiale dimenticandomi da dove vengo, perché questo non è possibile, questo fa parte di un'ideologia fallimentare, fa parte di retaggi di una cultura completamente da dimenticare, fa parte di un ragionamento in cui non possiamo nemmeno addentrarci, perché di mondialisti senza patria, senza famiglia, senza un Dio e senza alcun tipo di concetto che possa allacciarli al loro passato, alla loro cultura, ne abbiamo anche troppi.

Noi riteniamo invece che si diventi cittadini del mondo solo quando si è coscienti dalla famiglia da cui si proviene, dallo Stato, dalla patria da cui si proviene e dall'amore espresso sia in questi stadi, che negli stadi successivi, altrimenti non c'è alcun tipo di mondializzazione, da questa mondializzazione, comandata dai capitali dell'industria, comandata dall'economia, dalle leggi di mercato, dai parametri, dalle banche, prendo le distanze, perché distruttrici di un tessuto sociale, culturale, tradizionale dei popoli. La mondializzazione dei popoli mi sta bene, la mondializzazione delle banche non mi sta bene, ma è evidente che in questa confusione ideologica in cui vi trovate e di cui lei è espressione, purtroppo essendo Presidente di questa Giunta, evidentemente tutta la confusione ideologica è espressa anche in questa relazione. E' talmente chiaro ed evidente che non ho bisogno di essere psichiatra o psicanalista per capire che esprime una grande confusione politica di fondo, ma talmente grande e grave che ancora di più mi dà ragione su un concetto.

Cara Presidente, Margherita Cogo, sono contento di essermi trovato, per la parte italiana, l'unico ad essere contrario che venga messa in moto quella pacifica macchina da guerra che qualcun altro ha previsto per voi e che voi vi fate parte attiva in questa volontà, questa macchina da guerra che prevede il via ai lavori della commissione per la modifica dello statuto. Sono contento di avere votato contro, perché sono il primo sostenitore che lo statuto vada modificato, sono il primo sostenitore che le norme razziste vengano abolite, sono il primo sostenitore della parità dei diritti, ma sono anche il primo sostenitore che per fare queste cose ci vuole una convinzione politica, ci vogliono delle garanzie, che voi non siete in grado di dare e sostenere.

Lasciare aprire il coperchio dello statuto a voi, significherebbe riempirlo di ulteriori discriminazioni, riempirlo di ulteriori prevaricazioni e arroganze, in nome di un'alleanza, di un governo regionale che fra 4 anni rimarrà nella storia, ma ricordato come si ricorda qualsiasi fallimento umano e politico, non possiamo penalizzare le nostre comunità, lasciando a voi la possibilità di rendervi complici o supini complici di quello che la SVP vuole fare e quindi ritengo che anche in quest'ottica, mi riferisco agli altri gruppi consiliari che hanno voluto comunque appoggiare questa vostra volontà, abbiano la coscienza di ripensarci, perché abbiamo discusso tanto in quest'aula ed in altre aule, ma in quella commissione siamo di fronte ad un lavoro difficile e molto pericoloso, o abbiamo serie garanzie come gruppo italiano dell'Alto Adige, o non vogliamo nemmeno aprirlo quel coperchio, perché il cuoco non è sicuramente dalla parte dei nostri interessi, che non sono interessi di parte, ma sono interessi di parità di diritti e parità di doveri fra tutti i popoli, voi non siete in grado di dare una difesa in questo senso. Grazie.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Leitner. Er hat das Wort.

LEITNER: Danke, Herr Präsident. Nach der Wortmeldung meines Vorredners bekomme ich Probleme mit meiner Kultur. Ich möchte nicht sagen, dass meine die bessere ist aber eines habe ich verstanden: sie ist eine ganz andere. Die Regionalregierung macht sich Gedanken, wie die neue Form der Region ausschauen soll und es ist hier sehr viel Papier produziert worden, aber ich sehe wenig Konkretes. Es wiederholt sich die alte Leier, die wir schon in der abgelaufenen Legislaturperiode gehört haben, europäische Ausrichtung u.s.w. und diese Zusammenarbeit der beiden Länder, gegen die ich nichts habe, die ich im Gegenteil sogar sehr unterstütze, aber nicht auf der Grundlage eines Konstruktes, das Region heißt. Frau Präsidentin, Sie sprechen oft von Komplexität. Das Problem ist sehr viel einfacher, wenn man möchte. Man bräuchte nur dieses Produkt in seine Einzelteile zu zerlegen und dann etwas Neues daraus zu machen, aber keine Institution sondern eine Zusammenarbeit, dann würden wir uns alle sehr viel besser verstehen, sehr viel Verwaltung ersparen und wir würden auch sehr viel Geld ersparen. Ich möchte mit einigen Zahlen dieses Haushaltes anfangen, der – glaube ich – zum Ausdruck bringt, was die Region in Wirklichkeit noch ist. Wir haben 500 Milliarden Lire Einnahmen und 600 Milliarden Lire Ausgaben und diese Differenz rührt daher, dass wir im letzten Jahr nicht in der Lage waren, eine Menge Geld auszugeben. Die Region weiß nicht, wohin mit dem Geld. Ich habe oft gesagt, die Region ist nur mehr ein Bankinstitut, ein Durchgangsposten, wo man anderen Institutionen die Gelder zuschiebt und wenn man sich den großen Brocken anschaut, wie es zusammengesetzt ist, dann ist das sehr schnell erklärt. 414 Milliarden Lire laufende Ausgaben und 200 Milliarden Lire auf Kapitalkonto. Wir haben also mehr als 2/3 Verwaltungsausgaben, zweckgebundene Ausgaben und nur knapp 1/3 wirklich verfügbare Gelder. Die drei großen Brocken sind die Dienste des Präsidiums des Regionalausschusses, immerhin 23 %. Somit geht fast ¼ des gesamten Haushaltes in die Dienste des Präsidiums des

Regionalausschusses, weitere 12,6 % in die allgemeine Verwaltung und der zweitgrößte Brocken ist die Fürsorge- und Sozialversicherung mit 31 %. Diese drei Punkte im Haushalt, also Dienste des Präsidiums des Regionalausschusses, allgemeine Verwaltung und die Fürsorge- und Sozialversicherungen machen 2/3 des gesamten Haushaltes aus und zwar 66,6 %.

Wenn ich es noch einmal unterteile - und sie haben ja eine schöne grafische Darstellung des Haushaltes gemacht und das ist zu begrüßen – dann sieht man, wie es um diesen Haushalt buchhalterisch bestellt ist: 42,1 % allgemeine Verwaltung, 31,8 % Maßnahmen auf sozialem Gebiet. Diese beiden summarisch genannten Tätigkeitsfelder machen $\frac{3}{4}$ des gesamten Haushaltes aus und das sind die ganz großen Brocken. Alles andere ist wirklich Kleingeld. Was macht die Region mit diesem Geld? Teilweise wird es ja eh schon im sozialen Bereich den Provinzen delegiert und die Zuständigkeit der Assessoren, immerhin 7 an der Zahl, in diesem Regionalausschuss, die beschränkt sich aber schon auf ein Minimum. Somit muss sich jeder die Frage gefallen lassen, ob es gerechtfertigt ist, so einen Apparat bei diesem Haushalt und bei der Verwaltung dieses Haushaltes aufrecht zu erhalten. Ein Außenstehender kann das nicht verstehen und ich erinnere daran, dass die Schweiz insgesamt mit 7 Ministerien auskommt und damit wird die ganze Schweiz verwaltet und die ist weiß Gott größer und bedeutender als die Region Trentino – Südtirol. Ich bin der festen Überzeugung, dass derzeit 5 oder auch 3 Assessoren ausreichen würden, als Übergangslösung bis zur endgültigen Auflösung dieser Institut. Ich weiß schon, man redet zumindest auf Südtiroler Seite nur vor den Wahlen von der Abschaffung der Region und nach den Wahlen geht es dann nicht mehr und dann bringt man es nicht mehr durch und dann spricht man nur mehr von Aushöhlung. Aber jeder stellt sich die Sinnfrage dieser Region und dass diese Region in einer tiefen Sinnkrise ist, brauche ich wohl nicht zu unterstreichen. Es ist sehr viel Papier produziert worden und es gibt schöne Aussagen, die sich gebetsmühlenhaft von Jahr zu Jahr wiederholen. Aber ich frage, wenn der Termin, den wir jetzt gehört haben auch in der Kommission bei den Delegierungen beim Jänner 2000 bleibt - und im Koalitionsprogramm sind die Delegierungen ja festgeschrieben, so wie auch der erklärte Willen des Regionalausschusses -, dann frage ich mich: Was macht dann der Regionalausschuss noch nach dem 31. Jänner 2000? Dann wird es vielleicht nur mehr alle zwei Monate eine Sitzung geben und das wird wahrscheinlich leicht genug sein. Man kann doch nicht so tun: jetzt geben wir alles weg und wir bleiben dann doch in alter Herrlichkeit da, denn wir sind ja die Schönsten und Besten! Da möchte die Bevölkerung schon auch eine Antwort haben, denn das ist einfach nach außen hin nicht vertretbar. Es stehen wichtige Dinge an, wie die Wahlgesetzgebung und hier sind einige Vorhaben sicherlich auch begrüßenswert, nicht in allen Punkten aber im wesentlichen, was die Gemeindewahlordnung anbelangt. Etwas sollte man bei dieser Diskussion nicht vergessen und zwar die Aufwertung der Gemeinderäte. Es kann nicht nur darum gehen, dass man für den Bürgermeister ein sicheres Gehalt beschließt, wofür ich dagegen bin. Ich sage: auch die Bürgermeister sind Verwalter und wenn sie anständig ihr Amt verrichten, haben sie Anrecht auf ein

entsprechendes Gehalt. Aber das soll in der Autonomie der Gemeinderäte bleiben. Weil wir es uns elegant zurechtgeschneidert haben, indem wir uns an die Abgeordnetengehälter anhängen, wollen sich jetzt auch die Bürgermeister an unsere Gehälter ankoppeln. Vielleicht werden es morgen dann auch einmal die Kaminkehrer so wollen, dass sie sagen: wir hängen uns an das Gehalt der Bürgermeister oder sonst wer an. Dieser Blödsinn muss aufhören. Die öffentlichen Verwaltungen sollen den Mut haben bei jeder Legislaturperiode einmal über die Gehälter zu diskutieren und sie für die ganze Amtsperiode festzulegen. Das ist kein unwürdiges Spiel, wie der Gemeindenverband die Leute glauben lässt und das ist keine Erniedrigung oder sonst etwas. Denn niemand hat etwas dagegen, dass Verwalter auch entlohnt werden aber – ich glaube – die Bevölkerung ist sehr sensibel und sensibel genug, um zu begreifen, was vertretbar ist und was nicht. Alles andere ist Scheinheiligkeit und natürlich Trägheit vor allen Dingen und ich möchte hier nicht näher darauf eingehen. Darauf werden wir sicher noch beim entsprechen Gesetz zu sprechen kommen. Dass auch das Problem der Gemeindesekretäre geregelt werden muss, steht für mich außer Frage. Voraussetzung sein muss, dass die Gemeinderäte an und für sich wieder aufgewertet werden, denn wir und alle politischen Bewegungen haben derzeit in dieser Vorbereitungsphase für den Gemeindewahlkampf - zumindest so wie ich es erlebe - Probleme Kandidaten zu finden. Nicht wegen der Parteizugehörigkeit, sondern weil sie sagen: warum soll ich in einem Gemeinderat reingehen, der sich 5 oder 6 mal im Jahr zusammensetzt, um dann das zu beschließen, was andere im Vorfeld, nämlich im Gemeindeausschuss eh schon beschlossen haben? Frustrierter als es derzeit die SVP-Gemeinderäte in Südtirol sind, kann man sich keinen Gemeinderat vorstellen und da hat die Opposition noch mehr Spielraum; die kann doch eine eigene Meinung vertreten und die SVP-Gemeinderäte können nicht einmal die eigene Meinung sagen. Die sind zur reinen „Handaufhebermaschinerie“ degradiert worden und da muss man etwas im institutionellen Bereich tun, um die Demokratie hier nicht zu schwächen, denn wir brauchen nicht von einer direkten Demokratie zu reden, wenn man in diesem Bereich schon versagt. Es ist im Bericht auch auf das sogenannte Gesetz 13/93 „Zugang zu den Verwaltungsunterlagen“ hingewiesen worden und ich habe hier schon in der Kommission Bezug genommen, weil ich in der letzten Legislaturperiode Mitglied dieser Kommission war und ich wünsche mir wirklich - und dieser Appell geht an den Regionalausschuss -, dass diese Kommission nur dann eingesetzt wird, wenn sie auch arbeitet. Denn es ist fast immer so gewesen, dass die Vertreter des Regionalausschusses nicht dabei waren, dass zwar vom Gemeindenverband her Vorschläge gekommen sind und dass es eine Reihe von Sitzungen gegeben hat, dass wir aber in den letzten 5 Jahren keinen Zentimeter weiter gekommen sind. Das muss man angehen. Also so wie diese Kommission gearbeitet hat, diese Blamage sollte man sich in Zukunft wirklich ersparen und es ist nur Glück des vergangenen Regionalausschusses gewesen, dass das in der Öffentlichkeit nicht mehr gegriffen hat, denn es war eine Schande und das muss man ganz ehrlich sagen.

Die Privatisierung des öffentlichen Dienstes soll in Angriff genommen werden und dabei möchte ich in Erinnerung rufen, dass man den Proporz

einhalten muss und dass man nicht im Zuge der Privatisierung auch den Proporz abbaut. Das sollte man im Vorfeld klären, dass bei der notwendigen Neugestaltung auch des öffentlichen Dienstes für mehr Effizienz sorgt – da kann ich natürlich nur einverstanden sein -, aber es muss gleichzeitig garantiert werden, dass der Proporz aufrecht bleibt.

Ich habe immer wieder hervorgehoben, man sollte die Region in die Wüste schicken und ich habe immer gesagt „ceterum censeo hanc regionem esse delendam“. Ich bleibe dabei, aber nicht um sie zu zerstören - im Sinne alles kaputtmachen -, denn auf Scherben kann man schlecht etwas bauen. Man muss etwas Neues schaffen und die Zusammenarbeit von den Provinzen her neu definieren. Und wenn man hier das Autonomiestatut bereits in der ersten Lesung der Kammer genehmigt hat, denn geht dieses zumindest in die richtige Richtung. Es ist im Bericht der Präsidentin der Verkehr angesprochen worden. Sie ist jetzt nicht da und ich nutze die Gelegenheit aber trotzdem, um darüber zu sprechen. Der Regionalrat hat im Jahre 1996 einen Beschluss gefasst, um einen Verkehrsgipfel mit den Nachbarländern abzuhalten, um den großen Verkehr zu organisieren. Man hat diesen Beschlussantrag von uns Freiheitlichen sogar angenommen, getan hat man aber herzlich wenig und ich habe jetzt nachgefragt bei der neuen Präsidentin, was denn aus diesem Beschlussantrag geworden ist. Die einzige Antwort, die ich erhalten habe, ist, dass Beschlüsse der vergangenen Legislatur die bestehende Regierung nicht binden und dass man sich hier nach einem Verfassungsgerichtsurteil richtet. Ich frage mich wirklich, zu was die Opposition Beschlussanträge einbringt, sich bemüht auch Vorschläge zu machen und versucht, ein Problem anzugehen, wenn der Regionalausschuss das einfach aussetzt und wartet, bis die nächste Periode kommt, so dass das nicht mehr verlangt werden kann. Wenn das Politik für die Zukunft ist, meine Damen und Herren, dann habt ihr einiges falsch verstanden! Und wenn man hier dann den Verkehr anführt, dann muss ich sagen, ist es Scheinheiligkeit, denn das hätte man in den vergangenen drei Jahren tun müssen. Wenn man jetzt erst hergeht und jetzt wird der Brennerbasistunnel ja wieder interessant und aktuell, betrifft das natürlich vor allem Südtirol. Aber der Verkehr geht hier ja dann auch weiter. Was bei uns die Zulaufstrecken anbelangt, so hat man beispielsweise keine Ahnung. In Nordtirol werden sie schon gebaut und man muss jetzt wirklich davon ausgehen, dass auch der Basistunnel gebaut wird, wobei es sicher nicht der Weisheit letzter Schluss ist, wenn man nicht imstande ist, bei der Bahn dahingehend einzuwirken, dass sie jetzt funktioniert wie soll, wie kann sie dann morgen funktionieren, wenn die Fahrfrequenz verdoppelt wird? Das ist eine Frage, die man auch erst einmal beantworten muss, bevor man den Basistunnel baut, denn es braucht auch die Logistik, die dazu passt und nicht nur die Infrastrukturen an und für sich.

Zur Reformkommission noch einen Satz. Ich habe nichts dagegen, dass man das Autonomiestatut überarbeitet. Ich bin aber sehr wohl dagegen, dass man einzelne Teile herauspickt, die einem passen, wie man es mit dem Wahlrecht getan hat und ich wage hier zu behaupten, dass die Mehrheit in diesem hohem Hause kein Interesse hat, weitere Änderungen zu machen. Wie diese Vorgangsweise jetzt angelegt ist, zielt sie darauf ab, dass sich sehr sehr

viele die Füße wund laufen und dass sich dann schlussendlich alles im Sande verläuft. Hier wird nicht viel dabei herauskommen. Das was man haben wollte, hat man durchgebracht und der Rest interessiert – glaube ich – nicht so sehr. Bei dieser Gelegenheit unterstreiche ich noch einmal die Notwendigkeit - und das ist vor allem an die Adresse der Südtiroler gerichtet – dass wenn man am Autonomiestatut Änderungen vornehmen will, dann sollte man es auch tun, wie man es beim Paketabschluss erklärt und versprochen hat, nämlich keine Abänderungen ohne vorherige Anhörung der Schutzmacht. Das ist eine Forderung, die man hier erheben muss und die muss man vor allem den Südtiroler Politikern in Erinnerung rufen, denn beim Paketabschluss war es ein Versprechen und es ist ja irgendwie nicht nur merkwürdig und sonderbar, es ist geradezu grotesk, dass es im römischen Parlament Forza Italia sein musste, um im Zusammenhang mit der Anhängigkeitsklausel zu sagen, man soll Österreich anrufen und mit Österreich reden. Hier hat sich die SVP - muss ich sagen - in einer Weise blamiert, dass es einfach schlimmer nicht geht.

Ich möchte auch die positiven Punkte durchaus unterstreichen, die drinnen sind, wie die Informatisierung des Amtsblattes und das ist sicherlich ein Dienst am Bürger, den er zu schätzen wissen wird. Zu den Ausgaben des Präsidiums und auch des Regionalausschusses noch einen Satz. Weil man ja die letzte Erhöhung der Gehälter zuerst nicht wollte, aber dann bei geheimer Abstimmung dann doch annahm – ich brauche dieses ganze Theater nicht zu wiederholen –, hätte man sich doch erwarten könnten, dass sich das Präsidium Gedanken macht und bei dieser Erhöhung zumindest nicht mitmacht, oder auch der Regionalausschuss beispielsweise. Die ganze Geschichte um die Blechschadenaffäre sollte auch zum Nachdenken anregen, um hier einige Dinge zu ändern, die sich nicht wiederholen sollten. Ich möchte nicht näher darauf eingehen, weil hier andere bereits aufgerufen worden sind, darüber zu entscheiden, ob es rechtens war oder nicht. Dass es überhaupt möglich war! Ich erinnere mich gut an einen Satz, der zumindest in den Südtiroler Zeitungen zitiert wurde, den der Landeshauptmann Durnwalder ausgesprochen haben soll: So ein Gesetz dürfte es überhaupt nicht geben! Er ist jetzt nicht da, denn ich müsste ihm sagen, bei der Beschlussfassung war er da und ich habe nicht gehört, dass er jemals eine Abänderung beantragt hätte. Man hat sich in den vergangenen Jahren einiges an Zuckerlen in den Rucksack gestopft, wo man dann nichts mehr davon wissen will, wenn es in der Öffentlichkeit peinlich wird. Ich habe einen Gesetzentwurf eingereicht, um hier zumindest eine oder zwei Bestimmungen abzuschaffen, denn das ist den Leuten nicht zumutbar. Wenn man schon gut bezahlt wird, dann kann man sich nicht noch zusätzlich Dinge einheimen, die ein normaler Bürger niemals bekommen würde. Das sind dann eben Privilegien. Privileg heißt nichts anderes, als dass man sich selber etwas genehmigt, was andere nie bekommen können. Ich schließe mit den Worten ab, die ich auch in der Kommission gesagt habe. Es gibt einen schönen Spruch oder schön ist er vielleicht nicht, aber er trifft auf die Region zu, auf diese Hilflosigkeit bei der Ausgestaltung der Region. Da fällt mir einfach so ein Kalenderblatt ein, auf dem es heißt „Letztes Jahr standen wir am Abgrund, heuer haben wir einen mächtigen Schritt nach vorne gemacht.“

Assume la Presidenza il Presidente Leveggi Präsident Leveggi übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: La parola al cons. Pöder.

PÖDER: Danke, Herr Präsident. Der Regionalhaushalt 2000 sieht Einnahmen und Ausgaben im Umfang von 617 Milliarden Lire vor und das sind im Prinzip 617 Milliarden Lire zu viel. Zu viel Geld für eine Institution, die eigentlich nur eine leere Schachtel ist; wie ein Südtiroler Krapfen ohne Fülle. Der Krapfen kostet zu viel und schaut von außen aufgeblasen aus und wenn man hineinbeißt; kommt man drauf, dass gar nichts drinnen ist. Wenn man berücksichtigt, dass mit einem Teil dieser 617 Milliarden Lire Sozialmaßnahmen für 196 Milliarden Lire finanziert werden sollen und rund 26 Milliarden für wirtschaftliche Maßnahmen und 45 Milliarden Lire für Lokal Finanzen bestimmt sind, so möchte man vielleicht meinen, dass diese Region noch irgendeine wichtige Funktion erfüllt. Bei näherem Hinschauen kommt man aber erneut zur Kenntnis, dass all diese Ausgabenkapitel, all diese Kompetenzen besser bei den Provinzen aufgehoben werden. Wenn man dann noch den größten Ausgabenposten des Haushaltes, jener der allgemeinen Verwaltung betrachtet, der mit 260 Milliarden Lire zu Buche schlägt, dann sieht man, dass diese Region sehr viel Geld verschlingt, um ihre eigene Existenz zu rechtfertigen und abzusichern. Von diesen 260 Milliarden Lire sind 200 Milliarden Lire streng genommen nur für die Aufrechterhaltung des Gerüsts Region, Regionalrat, Regionalausschuss und Regionalverwaltung vorgesehen. Wie gesagt, viel Geld für ein hohles Gebilde, denn wenn wir die Bilanz dieses ersten Jahres der neuen Legislatur, dieser genau genommen ersten 10 Monate der neuen Regionalverwaltung betrachten, dann bleibt unter dem Strich wenig Konstruktives, wenig Sinnvolles übrig, was diese Region überhaupt noch rechtfertigen würde. Von der Arbeit der Regionalkoalition dieses Jahres 1999 ist das eine Bilanz der Untätigkeit, der Unfähigkeit. An was werden wir uns erinnern und an was wird sich vor allem der Bürger erinnern, wenn er an diese ersten zehn Monate der neuen Legislatur denkt? Er wird sich an folgendes erinnern: an die Skandale der Dienstwagenaffäre bis hin zur Handyaffäre, die beide die Staatsanwaltschaft beschäftigen werden, an die Streitereien innerhalb der Regionalkoalition, an die Beschlüsse, die gefasst und dann wieder zurückgenommen wurden, weil man erkennen musste, dass diese Beschlüsse falsch, ja teilweise sogar rechtswidrig waren. Über die Affären und Skandale wird der Regionalrat meiner Meinung nach einen Untersuchungsausschuss einsetzen müssen und der Antrag der Union dafür steht und soll auch behandelt werden. Wir müssen eure Machenschaften untersuchen, werter Regionalausschuss und werter Regionalausschussmitglieder, denn hier schneidet der gesamte Regionalausschuss nicht gut aus, wenn man die letzten Monate betrachtet und was ihr da für Beschlüsse gefasst habt und dann wieder zurückgezogen und neu gefasst habt oder was auch immer geschehen ist! Man hat zu leichtfertig Entscheidungen getroffen. Und uns allen wird das Jahr 1999 in regionalpolitischer Hinsicht als das Jahr der Dauerkrise, der Skandale und der Streitereien innerhalb der Regionalkoalition in Erinnerung bleiben.

Es ist kein Geheimnis, dass wir noch immer im Gegensatz zur SVP zu unseren Aussagen vor und nach der Wahl stehen und dass wir noch immer die Aushöhlung ja Auflösung dieser Region fordern; heute mehr denn je, denn diese 10 Monate haben gezeigt, dass diese Forderung mehr denn je Gültigkeit hat. Ihr selbst habt in diesen 10 Monaten bewiesen, wie unnützlich, wie überflüssig diese Institution Region eigentlich ist. Ihr selbst – ich meine die Mitte-Links-Koalition inklusive SVP in der Region – hat tausend Gründe für das Ende dieser Region selbst geliefert. Ihr habt und das ist ein schlimmes Vergehen, dem Image der gesamten Politik geschadet. Indem ihr euch um die Abkassierer in euren Reihen schart, habt ihr den Bürgern gezeigt, dass Politik verlogen ist, dass Politik eine Schutzgemeinschaft für derartige Machenschaften ist und ihr seit eine solche Schutzgemeinschaft für derartige Machenschaften, wenn ihr euch nicht davon distanziert oder nicht jene aus euren Reihen ausstoßt, die derartige Skandale provozieren. Ihr habt gezeigt, dass es in eurer Politik vorwiegend eben um das Abkassieren geht. Ihr habt gezeigt, dass ein Regionalausschuss, eine Regionalregierung eigentlich vorwiegend dazu da ist, um sich mit persönlichen Eskapaden mancher seiner Mitglieder zu befassen. Ihr habt gezeigt, dass ihr nicht so sehr das Wohl der Bürger im Auge habt, sondern das eigene. Das Schlimmste: ihr zieht keinerlei Konsequenzen aus eurem Handeln, ihr schart euch um eure schwarzen Schafe und werdet selber zu grauen Schafshirten. Ihr schützt jene in euren Reihen, die Politik als einen Selbstbedienungsladen sehen und die Skandale und Affären laufen ja weiter und wir wissen das. Wir konnten nur für die sogenannte Dienstwagen- bzw. Privatwagenaffäre eures Regionalausschussvizepräsidenten Gelder beschließen, ohne einen einzigen Beweis, einen einzigen Beleg für seinen angeblichen Unfall im Dienst zu haben. Was sind das für unglaublich Verwicklungen zwischen SVP-Fraktion, Regionalausschuss und einzelne Regionalassessoren im Zusammenhang mit dem Gebrauch von Mobilfunktelefonen der Regionalverwaltung! Ich habe vorgestern eine vierseitige Anfragebeantwortung der Regionalausschusspräsidentin erhalten, die nur noch weitere neue Fragen aufwirft und die eine Verwicklung zwischen SVP-Fraktion und Regionalverwaltung in dieser Angelegenheit aufzeigt. Ermittlungen der Regionalverwaltung, so schreibt wenigstens die Regionalausschusspräsidentin, zeigen, dass es hier zu keinerlei Ungereimtheiten im Zusammenhang mit der gesamten Telefonaffäre gekommen ist, Ungereimtheiten in denen die SVP-Fraktion verwickelt ist.

Wie konntet ihr den Bücherankaufbeschluss fassen? Da werden Hunderte von Millionen bereitgestellt, um einen Bücherankauf zu finanzieren, der größtenteils nur Ladenhüter betrifft, also Bücher, die sonst niemand kaufen würde. Wie konntet ihr beispielsweise den Beitritt der Region zur „Bewegung für das Leben – Südtirol“ beschließen? Nur um dieser Bewegung Dutzende Millionen an Beiträgen geben zu können? Eine Organisation, die gar keine Mitgliedschaft vorsieht. Kann jetzt jeder Kegelclub kommen und die Mitgliedschaft der Region beantragen, um zu Beiträgen zu gelangen? Ihr habt keine politische Moral und das behaupte ich. Ihr habt keine Selbstreinigungskraft und das habt ihr ebenfalls bewiesen. Eure Streitereien lähmen die Institutionen und die Dauerkrise in der Regierungskoalition ist ein

Ausdruck grenzenloser Inkompetenz und grenzenloser Selbstüberschätzung einiger, ein Ausdruck grenzenloser Verachtung der eigenen Versprechungen gegenüber den Bürgern. Diese Regionalkoalition ist für mich jetzt schon gescheitert oder schon lange gescheitert. Ihr habt Dutzende von Aussprachen gehabt, um eurer zerrüttetes Verhältnis untereinander wieder aufzupolieren, Prunkessen auf Juwal, Abendessen in Bozen, Aussprachen, vertrauensbildende Maßnahmen, Versöhnungskonferenzen und dergleichen und damit gleicht ihr weniger einem Regierungsorgan, sondern mehr einer Selbsthilfegruppe für verhaltensgestörte Politiker. Ihr wart ja nicht einmal imstande eure eigene Anliegen und Versprechungen umzusetzen, die Delegation der Kompetenzen ist in weiter Ferne. Eurer Wunsch nach Reform des Autonomiestatutes ist auf hoher See und das Gemeindegewahlgesetz schwimmt dahin, wobei wir schon im Frühjahr einen vom Präsidenten der Südtiroler Gemeindegewahlsekretäre als hervorragend und vernünftig bezeichneten Gesetzentwurf vorgelegt hatten. Die Reform des Autonomiestatutes, euer großes Reformvorhaben hat sich zum Glück – so meinen wir von der Union – bisher auf die Reform jenes Bereiches beschränkt, der die Wahlgesetzgebung betrifft und das zeigt ja schon die Scheinheiligkeit eurer Politik. Ihr habt in den vergangenen Monaten im Zuge der Diskussion über die Einsetzung einer Reformkommission immer von Dialog mit der Opposition gesprochen. Dieser Dialog war in dem Moment schon gescheitert, als ihr aus dem Statut einen Teil herausgerissen habt - nämlich jener über die Wahlgesetzgebung - und ihn gegen die Opposition mit Brachialgewalt an der Opposition vorbei dem Parlament zur Änderung vorgeworfen habt, nur um die Machtposition der in den Provinzen regierenden Kräfte zu stärken, insbesondere natürlich um die Machtposition auch der SVP weiter auszubauen. Wir haben immer erklärt, dass wir unter den gegebenen Voraussetzungen gegen die Überarbeitung des Autonomiestatutes sind, weil wir das Autonomiestatut als Übergangslösung für die verhinderte Selbstbestimmung betrachten und als Übergangslösung darf sie nicht an Österreich beispielsweise vorbei in Gefahr gebracht werden und einer italienischen Abgeordnetenmehrheit im Regionalrat und schließlich im Parlament ausgeliefert werden. In der Geschäftsordnungskommission haben wir deutlich gesehen, dass die Trentiner uns im Zusammenhang mit der Einsetzung dieser sogenannten Reformkommission übertölpeln wollten, um die Realität von 1948 wieder aufleben zu lassen. Die fortgesetzte Wählertäuschung haben wir dort auch kennen gelernt. Die SVP will die Region stärken und deshalb wird sie wahrscheinlich auch dieses Papier unterstützen, das hier vorliegt und man hat leider Gottes auch nicht genügend dazu beigetragen, dass der Geist De Gasperis nicht wieder durch die Gänge dieses Hauses wandeln kann. Er wandelt und wie er wandelt! Und wir werden und sollen übertölpelt werden und da hat man keine Garantien dafür geschaffen. Man hat nur halbherzige Garantien dafür geschaffen und deshalb habe ich auch gegen die Einsetzung einer Reformkommission in der Geschäftsordnungskommission gestimmt. Südtirol ist gegen den eigenen Willen in diese Region gekommen und warum sollten wir jetzt das Autonomiestatut einer italienischen Abgeordnetenmehrheit, ja den Trentinern zur Reform ausliefern? Warum sollen wir die Trentiner über unser Statut mitreden lassen? Das hat ja überhaupt

keinen Sinn! Warum wollt ihr dieses Statut, das ihr ja immer verteidigt habt, jetzt den Italienern ausliefern? Warum werft ihr diese Forderungen über Bord? Warum werft ihr all das über Bord, was in Vergangenheit aus eurer Reihen gekommen ist, also dass kein Beistrich an diesem Statut geändert werden darf? Und jetzt ändert ihr nicht nur einen Beistrich, sondern ihr wollt das ganze Statut diesem gefährlichen Fortgang einer politischen Praxis ausliefern. Nun, Kollegin Klotz hat in ihrer Stellungnahme die Frage gestellt, ob ihr euch mit dem Papier der Regionalausschusspräsidentin identifiziert? Kollegin Klotz, vielleicht darf ich Dir die Antwort geben, auch wenn ich nicht für die SVP sprechen kann. Selbstverständlich identifizieren sie sich damit, denn wie könnte man sich sonst erklären, dass sie z.B. gestern die großen Abwesenden in St. Pauls waren, als es darum ging an die wahren Kämpfer unserer Autonomie für unsere Heimat zu gedenken? Sonst könnte man die Frage beantworten, warum wart ihr nicht dort? Ganz einfach, weil sie sich mit dem identifizieren und weil das mittlerweile die Geisteshaltung der Mandatäre und der Führung der SVP ist! Das Fernbleiben in St. Pauls hat gezeigt, dass sie keinen Funken Tirolität mehr innehaben. Wir haben euch nicht vermisst, denn es waren genügend Leute dort und da waren sicher auch viele aus eurer Basis dabei, die mit dieser Haltung der SVP nicht einverstanden sind. Die Tiroler waren eingeladen. Die offizielle Einladung des Heimatbundes und des Schützenbundes ging an die Tiroler. Dass ihr euch von dieser Einladung nicht angesprochen gefühlt habt, das spricht Bände. Wie tief seid ihr geistig, moralisch und kulturell gesunken, dass ihr nicht mehr jene ehrt, auf deren Einsatz, Blut und Kampf eure Macht eigentlich begründet ist? Ohne sie wärt ihr heute nicht an der Macht, an der absoluten Macht. Außerdem und das sei nur nebenbei erwähnt, habt ihr ja mit eurer gestrigen Abwesenheit auch einen unglaublichen Affront gegen den Landeshauptmann Tirols geliefert, aber das ist dann wahrscheinlich eine innerparteiliche oder innerschwesterparteiliche Angelegenheit, die ihr mit euren schwarzen Brüdern und Schwestern im Norden des Landes ausmachen müsst. Wir hatten unseren Landeshauptmann dort, eurer Landeshauptmann war ja nicht dort. Euer Landeshauptmann war mit der gesamten Partei abwesend. Man sieht bei euch geistig, kulturelle Auflösungserscheinungen. Liebe Kollegin Klotz, wenn wir gestern da draußen ein kaltes Büffet aufgebaut hätten und jedem, der gekommen wäre, einen Hunderttausender gegeben hätten, dann wäre die SVP wahrscheinlich auch gekommen. Es ging ja nur darum, jene zu gedenken, die für dieses unsere Land gekämpft haben. Den Weg zum Waltherplatz findet ihr ja immer, wenn die italienische Armee aufmarschiert und einlädt, am 4. November. Ihr hättet euch ja auch unter Umständen AN anschließen können, die da irgendwelche Kränze irgendwo niedergelegt hat, für die drei oder vier angeblichen Toten, die dann zufällig zu Opfern des Südtiroler Terrorismus gemacht wurden. Gut, das war ja kein Problem. Es waren halt die drei oder vier Leute, die da unterwegs waren und – ich glaube – dass das nicht weiter störend war. Es war vielleicht irgendwie so eine kleine Aktion um sich doch noch irgendwie ins Gespräch zu bringen, aber wir waren halt wesentlich mehr in St. Pauls und wir hatten unseren Landeshauptmann dort. Ihr hättet ja vielleicht den Landeshauptmann Durnwalder einladen können und vielleicht wäre er ja mit euch gegangen. Wen wundert es, dass ihr aufgrund dieser

Geisteshaltung, die ihr gestern an den Tag gelegt habt, dieses Papier hier und auch diese Region und diesen Ausschuss unterstützt und dass ihr euch jetzt an die Region klammert, wo ihr doch noch vor den Wahlen – ich wiederhole es noch einmal auch wenn es euch nicht passt – die Auflösung dieser Region gefordert habt!

Wir werden selbstverständlich insgesamt gegen diesen Haushalt stimmen, gegen all das, was mit diesem Haushalt zu tun hat. Wir unterstützen eure Skandalpolitik nicht, wir unterstützen eure Politik der ständigen Krise nicht, wir unterstützen eure Politik auch der Stärkung der Region nicht, wir unterstützen die Politik des fortgesetzten inneren Streites nicht, wir unterstützen die Unfähigkeit und die Untätigkeit nicht. Wir bleiben bei unserer Forderung „Auflösung dieser Region“.

PRESIDENTE: La parola al cons. Morandini.

MORANDINI: Grazie Presidente. Lei ci insegna, vista la sua lunga esperienza politica, che un bilancio ha un versante tecnico contabile ed ha evidentemente una valenza più vasta, una valenza politica, di progetto su quello che in questa fase vogliamo fare della regione, dove vogliamo portare la regione.

Svilupperò brevemente due ragionamenti, l'uno che percorrerà velocemente il versante tecnico e l'altro che andrà a toccare inevitabilmente l'aspetto politico e di progettualità sulla regione, non senza evidenziare, come vi è particolarmente noto, che già il fatto di soffermarci su alcune valutazioni di tipo tecnico, alla stregua dei dati di bilancio, non può che avere una ricaduta anche di tipo politico.

Per quanto riguarda il versante strettamente legato al bilancio, signora Presidente della Giunta, signor Presidente del Consiglio, sento di dover fare immediatamente una considerazione generale, che mi preoccupa non poco e cioè c'è una dimensione notevole dell'avanzo di amministrazione, infatti il bilancio di previsione prevede circa 617 miliardi di spesa a fronte di 510 miliardi di entrate, che sono coperti con avanzi di amministrazione di esercizi precedenti. Chi vi sta parlando sicuramente non è un esperto di queste cose, Presidente Cristofolini, dall'alto dell'istituzione provinciale sicuramente lo vede meglio di me, non è che non veda che questo è un dato fortemente anomalo, faccio solo una proporzione, se dovessimo ragionare “mutatis mutandis” con riferimento ai bilanci delle due province autonome, su questi versanti delle due province autonome dovrebbe esserci, se dovessero andare con lo stesso trend, sulla scorta del quale sta avanzando il bilancio regionale, dovrebbe avere circa mille miliardi di avanzo di esercizi precedenti. Allora da questo punto di vista questo non è solamente un dato anomalo, ma è anche preoccupante, per quanto attiene al governo della spesa.

Questo cosa comporta? Che il bilancio pluriennale, su cui molto si è investito, su cui credo fortemente, tanto più se vogliamo insieme progettare gli anni a venire della politica, il bilancio pluriennale, da questo punto di vista, rischia di divenire insignificante. Mi spiego. Nel bilancio pluriennale si prevedono 503 miliardi circa di spese, con una riduzione di circa 100 miliardi, in gran parte ricavata questa riduzione dal restringimento delle spese di

funzionamento. Sostanzialmente le spese correnti scenderebbero da 414 miliardi circa a 385 miliardi nel 2001. Signori della Giunta e signori della maggioranza, questo non può essere credibile, perché stando alle relazioni che accompagnano questo documento contabile, che mi sono letto più che attentamente, non ultima la relazione che la Presidente ci ha trasmesso il giorno 7 dicembre, proprio al momento della lettura da parte sua in aula della relazione che accompagna il bilancio, non è credibile perché non c'è dietro una strategia complessiva, perché se ci fosse dietro una strategia complessiva con indicazione di obiettivi forti, chiari, allora crederei che potremmo arrivare ad una riduzione, quale quella che prima ho ricordato e che viene citata nel documento contabile, di circa cento miliardi in gran parte ricavati dal decrescere delle spese di funzionamento, ma questa strategia complessiva, pur con tutto lo sforzo che ho messo nel leggere questi documenti, non c'è assolutamente.

Allora quello che mi pare ci sia, lo dico molto chiaramente, è che invece, proprio perché manca questa strategia complessiva, questa riduzione è solo apparente, è dovuta ad una operazione meramente contabile, nel senso che si cerca di chiudere il 2000 con forti avanzi di amministrazione, che serviranno proprio per integrare e per coprire le spese del 2001-2002, che fra l'altro, lo dico convintamente, ma penso lo sappia anche chi ha scritto questo, sono assolutamente spese sottostimate. Lo dico perché stia agli atti, impegno la mia responsabilità su questo, le spese che avete previsto come fortemente ridotte negli anni 2001 e successivi, sono fortemente sottostimate, nel senso che non ci saranno riduzioni di questo tipo, perché non c'è una strategia complessiva, non ho visto quali sono i progetti da cui dovrebbe discendere questa riduzione delle spese e quindi sono fortemente sottostimate.

Qui siamo di fronte ad un'operazione veramente contabile, con cui si cerca di dare un'immagine del bilancio di oggi e soprattutto di domani e dopodomani che non corrisponde al vero, perché non ci sono dietro dei progetti, mancano progettualità da cui si possa dire che l'esito di questi progetti è la riduzione nel senso che si è ricordato.

Di fronte a questa mancanza di strategia complessiva, quello che invece risalta, sempre leggendo il documento contabile, è una sorta di forte dispersione su vari iniziative. Mi spiego. Nel bilancio regionale le voci rilevanti sono quelle dovute sostanzialmente a tre grandi settori, i servizi generali mi pare e qui è chiaro che queste annoverano le spese di funzionamento dell'istituzione in Consiglio regionale, la Giunta regionale, eccetera, si arriva qui quasi a 200 miliardi, sono la previdenza e le assicurazioni sociali per le quali il bilancio prevede 106 miliardi sulla spesa corrente e 85 sulla spesa in conto capitale e terzo grosso cespite dovuto sostanzialmente a due filoni, un filone rappresentato dalle funzioni trasferite dalla regione alla provincia, le funzioni relative alla cooperazione, in particolare, dai servizi antincendi, che mi pare ammontino a circa 80 miliardi fra spese in conto capitale e spese correnti e poi un secondo filone che prevede, fra i cespiti più importanti, 20 miliardi sul catasto e il libro fondiario, interventi finanziari vari sul patrimonio immobiliare, interventi finanziari vari sull'integrazione europea, sugli interventi umanitari, sui servizi elettorali, sulle camere di commercio.

Ho ricordato i più importanti, ma perché ho fatto questa mera elencazione, colleghi? Non certo per appesantire la vostra attenzione, perché voi sicuramente queste cose le avrete già viste, ma per motivare l'affermazione che prima ho fatto e cioè che qui c'è una dispersione a pioggia di questi interventi e non emergono invece progetti, obiettivi forti con cui si possa dire che si vuole arrivare al risultato della razionalizzazione della spesa, specie per quanto riguarda il funzionamento dell'apparato regionale.

Collegli, penso che se vogliamo cominciare a razionalizzare la spesa, uno dei primi settori su cui intervenire è proprio quello che attiene all'apparato regionale, quindi all'amministrazione regionale e quindi lì bisogna cercare di intervenire efficacemente e celermente, per quanto mi riguarda, per cercare di ridurre consistentemente la spesa. Invece si parla di legge sulla trasparenza, si parla di questioni collegate, ma purtroppo non ci pare che ci sia su questo versante nulla di significativo e da cui si possa evincere che davvero questa riduzione della spesa ed in prospettiva questa razionalizzazione della spesa medesima sarà qualcosa di realmente possibile.

Nulla dicevo né per quanto riguarda il personale, né per quanto riguarda la gestione dei servizi; sul personale poi faremo un ragionamento a parte, quando verrà il momento, visto che è approdato in commissione il relativo disegno di legge; sulla gestione dei servizi dico fin d'ora che mi sarei aspettato qualche significativo dato, se non un progetto, da cui si può evincere che 2000-2001-2002 saranno teatro di riduzione della spesa. Questo è solo detto, ma non ci sono i percorsi, attraverso i quali arrivare a questa riduzione della spesa, né ho visto l'individuazione di obiettivi prioritari, cioè di linee guida che dovrebbero accompagnare normalmente ogni manovra di bilancio, si dice da sempre che la manovra di bilancio è il modo con cui un governo si presenta al Consiglio, alla pubblica opinione, quindi non solamente alle forze politiche, ma alle forze sociali, sindacali, per far veder dove vuole portare in questo caso la macchina regionale, consentitemi di dirvi, ho letto e riletto queste relazioni, ho esaminato compiutamente i documenti di bilancio, ma non ho capito, non si vede dove in sostanza ci vuole portare questo ente.

Allora è vero quanto abbiamo sospettato sovente in questi mesi, così sofferti sul dibattito per quanto riguarda il futuro dell'ente regione, perché vuol dire che sostanzialmente si sta accompagnando la regione ormai oltre il "limen mortis" su cui già avevamo evidenziato stava avviandosi.

Faccio un ultimo esempio sulla previdenza integrativa, c'è sì un forte investimento quanto a dotazione finanziaria, ma non si dice, colleghi, per quali obiettivi, con quali contenuti, voi sapete oggi colleghi quanti e quali problemi, per esempio, ci sono su tanti versanti con riferimento a questo terreno, quanti problemi oggi attanagliano le province autonome su questo tema, allora quale migliore occasione di questa, visto che si è investito molto, almeno si sono messi lì dei soldi sulla previdenza integrativa, e sono molti, previdenza e assicurazioni sociali, perché non si dice? Penso che il bilancio sia la sede più opportuna, addirittura doverosa per dire dove e con quali contenuti si vuole andare e che tipo di proposte si vogliono fare per dare un contributo, attraverso questo cespite notevole dal punto di vista finanziario che ha la regione, su un versante che si sta rivelando fondante, anche per il futuro, pensiamo a tanti

settori, su questo terreno, che potrebbero ricevere forte beneficio da un investimento da parte della regione.

Nulla di tutto questo, si sono messi lì parecchi miliardi, li ho ricordati prima quanto a quantificazione, non si dice nulla, quali contenuti, quali obiettivi, quale percorso. Chiedo, spero almeno mi si risponda nella replica, visto che non è stato scritto nella relazione, chiedo, Presidente del Consiglio faccio appello al suo far play, che si dia una risposta, visto che lei fa parte della maggioranza e quindi può avere voce in capitolo per chiedere che la mia umile, ma convinta richiesta sia ascoltata, che mi si dia risposta su quali contenuti di fondo e con quali obiettivi, sia con riferimento alla previdenza e alle assicurazioni sociali, sia con riferimento ad altri problemi che ho sollevato, si vuole portare la regione.

Vengo al secondo versante, quello meno tecnico, che peraltro ha delle ricadute fortemente politiche, che è quello appunto relativo alla relazione, che la Presidente ci ha cortesemente distribuito e che evidentemente era mio dovere leggere attentamente.

A pag. 2 di questa relazione, una domanda che mi viene immediata, Presidente della Giunta, anche qui chiedo risposta, si dice: "abbiamo l'obbligo di prendere atto della situazione e di adottare le decisioni che più rispondono agli interessi veri, e non politici e strumentali, delle comunità che rappresentiamo". In sostanza, se non ho capito male, questa affermazione ed alcune altre che seguono e su cui mi soffermerò tra poco, danno per scontate tendenze oggi in atto nella società civile per rivedere il ruolo della regione, fino adesso i fatti ci dicono che è per smantellare la regione e lo dimostrerò subito, ma già ci siamo intrattenuti su questo a suo tempo, ma lo ribadisco, vorrei sapere, signora Presidente, quali sono queste tendenze in atto, è la volontà della SVP? La volontà della SVP la conosciamo da tempo, diamo atto della coerenza che su questo versante ha contrassegnato il suo percorso, chiaramente non la condividiamo, ma si dica, è la volontà della SVP? E' la volontà del gruppo italiano della provincia di Bolzano? Non mi risulta, anzi mi risulta che il gruppo italiano della provincia di Bolzano sia intelligentemente a valorizzare l'ente regione, dentro la prospettiva degli anni 2000 e, se necessario, a riattualizzarne le funzioni. E' la volontà dei trentini? A me no pare che la società civile voglia in sostanza smantellare la regione.

Allora da dove trae, Presidente, questa considerazione? Oppure si dà per scontata una spinta esterna per cambiare, per sopprimere la regione, stando ai risultanti sino ad oggi visti. Badi, l'ho già detto più volte in queste sedi, ma lo ribadisco, se potessi apparire non chiaro, sono per prendere in mano oggi la regione e rivederne ruolo e funzioni, nel senso di riattualizzarla agli anni che vengono. Sono anch'io dell'idea che uno statuto che sicuramente, dal punto di vista delle funzioni e degli assetti regionali è datato, vada ripreso in mano e mi sono anche permesso di fare qualche proposta concreta in Consiglio regionale e provinciale, peraltro qualcosa ho visto ripreso in questa relazione, la regione sicuramente va ripresa, riattualizzata, eccetera, ma se ci si crede, questo processo di ripensamento e di riattualizzazione delle sue funzioni, va fatto contestualmente.

All'art. 4, che molto pericolosamente sta procedendo a livello nazionale, l'ha già licenziato la Camera il 25 novembre scorso e si appresterà fra non molto ad approdare al Senato, sapete che c'è il sistema della doppia lettura, perché è un procedimento che riguarda la modifica dell'art. 138 della costituzione e quindi a maggior ragione bisogna stare attenti, allora non si può prima andare a smantellare non solo l'assetto tribolare, ma tutto quanto vuole significare la regione anche per il futuro e dire che nella proposta di modifica dello statuto, su cui ci si intratterà con la commissione, a cui penso stiamo dando un contributo molto costruttivo, si prevedrà all'interno di quella commissione non solamente a studiare e ad approfondire una modifica organica dello statuto, ma anche in quella sede a vedere di enucleare le funzioni ed il ruolo della regione, perché quando è passato l'art. 4, signori, la regione è belle che morta e sepolta.

Lo so che qualcuno in quest'aula vuole questo tipo di risultato, ma allora lo si dica chiaro, non si venga a scrivere nelle relazioni la regione qui e la regione là, anche perché debbo dire che un altro punto, a pag. 2, su cui mi sorgono forti dubbi, dice chiaramente dove si vuole portare la regione. Leggo testualmente: "La nuova Regione deve diventare il luogo dove il Trentino e l'Alto Adige possono coordinare le proprie competenze, dove possono collaborare in progetti di interesse comune, dove possono unire le forze sia nei rapporti economici che in quelli istituzionali, valorizzando e non limitando le rispettive autonomie".

Domanda: ma questa funzione che è scritta nel periodo che ho testé letto, la regione dovrà limitarsi, secondo quest'ottica, a mere funzioni di collaborazione nei confronti delle due province, nel senso che sostanzialmente la regione di fatto è sottomessa alla decisione delle due province, oppure le due province possono trovare nella regione, come noi proponiamo da tempo, luogo di sintesi su varie competenze che ormai travalicano gli ambiti provinciali, anche in tema sanitario, anche in tema di ambiente, anche in tema di comunicazioni e trasporti, anche in tema di università e ricerca scientifica? Lei sa bene, Presidente del Consiglio, perché è un regionalista convinto, peccato che non può esporsi in questa sede, altrimenti creerebbe problemi alla maggioranza, lei sa bene che un ente, tanto più un ente come la regione, si giustifica se ha sue competenze proprie, stabili, previste, scritte, non competenze di mera collaborazione, per cui quando serve la regione e dicono le province quando deve servire, allora viene chiamata in causa e quando non serve va da parte. Questa è Cenerentola dell'autonomia, non è la regione questa.

A questo tipo di regione non ci possiamo stare, perché questo vuol dire far fuori la regione. Allora ci confrontiamo su questo, si vota, la mia posizione sarà minoritaria, malo si dica chiaramente, perché nel momento in cui si andrà a definire, come pare chiaramente di intravedere qui, in maniera molto chiara, che la regione dovrà limitarsi a funzioni di mera collaborazione con le due province, vuol dire, primo, che è sottomessa alla decisione delle due province, secondo, che addirittura entra in scena non quando decide lei, perché non avrà più competenze proprie stabili, ma quando decideranno le province e invece un ente si giustifica, questo ce lo insegnavano perfino dai banchi universitari i padri del diritto, solo quando ha competenze proprie, ben

riconosciute e stabili, altrimenti un ente non esiste con competenze che vengono in campo allorquando decidono altri enti, questo non è un ente, è una Cenerentola, è un fantasma dell'autonomia, ma non è un ente.

Faccio appello anche all'intelligenza politica dei popolari, che probabilmente avranno in questo periodo altri problemi politici, ma questo è un problema importante, faccio appello ai popolari qui in regione, collega Dalmaso ed ai popolari che siedono in Senato, perché quando arriverà la norma dell'art. 4 pensino fortemente a cosa sta andando avanti, le assicuro che noi qui non abbiamo alcun terzo fine, da questo punto di vista, nessuno. Siamo continuamente e caparbiamente cercando di dimostrare che gli assetti che si stanno prefigurando in base a queste relazioni, sono assetti di suicidio della regione, a questo non ci possiamo prestare.

Un ente esiste solo se ha competenze sue proprie e stabili, non se collabora ad altre iniziative, per collaborare ad altre iniziative basta fare una fondazione, un'associazione, ma non una cosa di questo tipo. La regione non può essere abbassata a questo. La SVP è attestata su questa posizione, la collaborazione caso per caso se serve? Certo lo sappiamo, ma io vorrei che il resto della maggioranza la dicesse chiara su questo, non penso che questo possa essere condiviso, troverei molto strano.

Vedo molto positivamente - Presidente le dico anche le cose positive - nella relazione, il fatto che lei legga le deleghe alla riforma della regione, benissimo. Altra domanda, garante il Presidente del Consiglio Leveggi, se è vero quello che è scritto, le deleghe fanno parte degli accordi di maggioranza, quindi andranno tradotte, declinate nel relativo disegno di legge e si accompagneranno contestualmente alla riforma della regione.

Benissimo, questo è un modo corretto dal punto di vista di procedere, perché allora vedremo insieme, perché lei dice che vuole coinvolgere tutte le forze politiche e questo mi pare giusto e doveroso, perché nel momento in cui andiamo a rivedere le regole di fondo del nostro essere nell'autonomia penso sia doveroso che siano coinvolte tutte le forze politiche, allora le chiedo se davvero sono strettamente correlate il procedimento di definizione delle deleghe, come descrive l'accordo di maggioranza, e la riforma della regione, perché per le ragioni già dette ci teniamo particolarmente per il futuro dell'autonomia del Trentino, del gruppo italiano in Alto Adige, eccetera.

Le cose che lei ha citato, per dare sostanza alla regione, a me paiono piuttosto deboli in sostanza, mi pare debole l'intervento sui comuni, sul tessuto sociale, ho già fatto prima l'esempio della competenza relativa alla previdenza e assicurazioni sociali, dove si investe e si situa sul relativo capitolo una forte entità finanziaria, ma poi non si dice con quali contenuti e dietro quali progetti. Mi pare debole l'intervento anche sul tessuto economico della regione.

Faccio solo un esempio, che mi ha un attimo insospettito, per intanto non posso dire che da qui si può evincere una conclusione negativa e quindi è solo una domanda: che senso ha attivare un sistema regionale di informatizzazione del catasto e del libro fondiario, se poi su questa competenza vengono previste le deleghe alle province? Allora cosa facciamo? Andiamo ad investire fior di miliardi per informatizzare il sistema del catasto e del libro fondiario regionale - e le dico subito che sono profondamente d'accordo su

questo - e dopo andiamo a delegare le competenze relative a catasto e libro fondiario alle province, che voi sapete essere in sostanza la gran parte del personale regionale, mi risulta che un tre quarti, in via indicativa, del personale regionale è appartenente all'apparato facente capo al catasto e libro fondiario.

Allora, o ci prendiamo in giro, ed è meglio non farle queste cose, perché vuol dire buttar via fior di miliardi pubblici, oppure la Giunta deve dire perché informatica catasto e libro fondiario, dall'altra parte contestualmente prevede le deleghe sulle stesse funzioni dalla regione alle province.

Assessora Zendron, lei lo sa bene questo, perché non è nuova a questa amministrazione, il sistema di informatizzazione deve restare unitario per ragioni storiche, giuridiche, per la stessa efficienza ed efficacia dei servizi verso il cittadino, sarebbe un errore madornale andare a delegare le funzioni amministrative dalla regione alle province su questo versante, ma mi si dica che senso ha per un verso informatizzare, in termini regionali, questo importante versante e per altro verso prevedere la delega delle relative funzioni.

Concludo, Presidente, riprendendo l'accento che prima avevo fatto sull'art. 4. Signori colleghi, l'art. 4 che è passato il 25 novembre alla Camera e adesso si appresta ad andare al Senato è qualcosa di mortale per la regione, perché se le norme hanno un senso è qualcosa di mortale, non solo perché viene smantellato l'assetto tribolare dell'autonomia, ma perché privando la regione della competenza elettorale, di fatto questo Consiglio viene ridotto a mera sommatoria dei due consigli provinciali, ma non era nato così lo statuto ed in questo modo l'assetto tribolare viene smantellato con tutte le negative conseguenze che abbiamo già evidenziato.

Allora non mi presto a vedere il Consiglio regionale sommatoria dei due consigli provinciali, perché vuol dire che dopo il Consiglio regionale può chiudere bottega, sostanzialmente non serve più a nulla! Vedete che riemergono quelle funzioni di mera collaborazione a cui in sostanza chi si sta prestando a riformare la regione vuole ridurre la regione medesima.

Allora da questo punto di vista vengono rafforzate sì le due province e su questo mi starebbe anche bene, ma non a scapito della regione, come invece avviene in questa ipotesi.

L'art. 4, rafforzato dalla camera, di fatto rafforza le due province a scapito della regione, la quale a questo punto perde sia funzioni che ruolo e da questo punto di vista ridotta a perdita di funzioni di ruolo senza una contro proposta, perché se credi nella regione, nel momento in cui rivedi le funzioni e il ruolo, addirittura in questo caso lo smantelli, tu prevedi funzioni alternative e ne abbiamo fatte di proposte su questo: Si dice: per intanto la facciamo fuori, questa è la ratio dell'art. 4, e poi si vedrà, nella commissione regionale che modificherà lo Statuto, di vedere come riformarne le funzioni.

No, se si crede in un ente non è questo il modo di procedere, perché da questo punto di vista vuol dire far fuori un ente che è determinante per il futuro, che ci sia, che vengano riattualizzate le funzioni ed il ruolo e che in sostanza sia ripensato nei termini che ho cercato di proporre.

Quello che non ci va, signori, sull'art. 4, è che sia il Parlamento, come tutore, a imporci ancora una volta le riforme, per cui noi saremo i "minus habens" dell'autonomia; collega Leveghi, se fossi in lei mi metterei davanti a

Palazzo Madama, come Presidente del Consiglio, tutti i giorni da quando inizia la discussione, non abbiamo bisogno di tutori a Roma, perché questa è una sfiducia totale che esprime l'art. 4 sulla nostra capacità di darci una regola elettorale, abbiamo quattro anni davanti, Presidente Levegghi, vuole che non siamo capaci di darci una riforma elettorale? No, deve intervenire l'art. 4 ed il Parlamento a dirci: fate i bravi e se non la fate la riforma elettorale, se non siete capaci, perché di fatto siamo piuttosto sfiduciati verso di voi, allora arriviamo noi e vi diciamo che se non la fate si applica la procedura delle regioni a statuto ordinario. Questa è la vittoria della nostra autonomia, cioè appiattiti sulle regioni a statuto ordinario, penso che questo si commenti da sé.

Questo dico tanto più nel quadro della unione europea. L'Europa da sempre è Europa delle regioni, non è Europa delle province autonome, con tutto rispetto, l'Europa è Europa delle regioni, ce lo ha detto più volte anche Santini e lo ringrazio su questo, è Europa delle regioni, non solo per la nostra collocazione geografica, proprio a modo di ponte culturale politico e anche istituzionale, se volete, fra l'Italia e la Mitteleuropea, ma è Europa delle regioni anche dal punto di vista politico e istituzionale, ecco perché se solo si crede un poco alla regione bisognerebbe mettersi subito a riattualizzarne le funzioni e stralciare quell'art. 4, norma transitoria, che si appresta ad essere dibattuto dal Senato.

Quindi proprio di fronte a questi nuovi scenari, la Regione non solo è un ente addirittura non superato, ma capace di essere il più moderno di tutti. In questo senso la riforma stralcio sta portando davvero forti effetti negativi e invito anche il partito che si è astenuto a Montecitorio su questa riforma a ripensare questa astensione, invito gli amici di Forza Italia a far presente ai loro parlamentari che è nato un passaggio importante, non faccio colpa, perché i loro parlamentari non conoscono bene la realtà, come noi viviamo sulla nostra pelle da anni, però vorrei invitare davvero ad un ripensamento su questo, perché è in atto un passaggio che minerà, qualora dovesse essere approvato nel testo, così come licenziato dalla Camera, minerà alle fondamenta l'istituto Regione e quindi l'accordo Degasperi-Gruber e quindi sarà espressione di sfiducia verso i trentini in particolare, considerati incapaci di darsi una riforma elettorale e soprattutto toglierà alle nostre popolazioni, ai loro rappresentanti il diritto di scegliersi, di darsi all'interno nostro le regole per eleggere i propri rappresentanti, con evidente valorizzazione della nostra autonomia, che invece l'art. 4, così come è disegnato, sta fortemente violando. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al collega Santini.

SANTINI: Presidente, molte cose che ha detto il collega Morandini hanno anticipato dei concetti che volevo presentare anch'io e soprattutto la parte dedicata al bilancio, la parte finanziaria all'assalto a piè pari, anche considerato il poco tempo a mia disposizione per limitare il mio intervento ad un'analisi, anzi un itinerario lungo il discorso di presentazione fatto dalla Presidente della Giunta regionale.

Avrei piacere di prendere idealmente per mano, con tutto il rispetto, per ripercorre assieme alcuni passi e l'itinerario di questo discorso, nel quale mi

sono perso da solo, perché vi sono molti luoghi oscuri, molte zone d'ombra, molti trabocchetti e una serie infinita di contraddizioni, parte delle quali già sono state ricordate dal collega Morandini.

Innanzitutto vorrei cominciare dalle prime due pagine in cui si presenta l'attuale momento di riforma come inevitabile e su questo siamo d'accordo, cioè che la regione non potesse rimanere quella disegnata ormai 51 anni fa, eravamo tutti consapevoli del fatto.

La prima incongruenza è quella del passaggio, che dice che non si potevano congelare né gli eventi, né la storia, né gli statuti, ma nessuno voleva congelare, volevamo migliorare questo statuto, il passaggio epocale che inevitabilmente esso stava affrontando, quindi per evitare questo pericolo bastava migliorare, cercare di integrare le cose che non andavano bene.

A pag. 2 avevo già evidenziato, come il collega Morandini, un passaggio che è la tabellina pitagorica del pensiero di questa maggioranza, dove si dice che la regione deve diventare luogo dove il Trentino e l'Alto Adige possono coordinare le proprie competenze, luogo di incontro per mettere d'accordo interessi comuni, per favorire rapporti economici e istituzionali, per valorizzare e non rispettare le rispettive autonomie. Lo avevamo già questo luogo, era la regione, ma occorre qui dichiarare che bisogna inventare questo luogo? Bastava modificarlo e questo luogo di modifica svuotandolo, annullandolo di fatto, questo luogo di incontro fra soggetti fortemente squilibrati.

Le chiedo, signor Presidente, che incontro vi possa mai essere un domani fra due province autonome superpotenti, supercompetenti, dotate di una totalità di competenze e una regione, che oltre ad essere diventata, in maniera malinconica, gregaria dei suoi ex gregari, una regione che non ha argomenti da portare sul tavolo di questo dibattito, non ha quindi competenze, proposte, non ha possibilità di indicare delle risoluzioni perché non ha risorse. Come si fa ad immaginare un dialogo così squilibrato, così improponibile fra tre soggetti, di cui di fatto due sono diventati i padroni della scena e il terzo deve inventarsi dei ruoli, ma quali ruoli? Certamente mi pare che il passaggio delle ultime deleghe sia un evento ineluttabile, anche molto ravvicinato nella storia.

Lo abbiamo già detto anche in quest'aula, in sede di Consiglio sia regionale che provinciale, ma inventiamo delle deleghe nuove se vogliamo mantenere viva questa regione, inventiamo ambiti nei quali la regione possa ancora interpretare un ruolo di mediazione, di incontro e di tutto quello che questo paragrafo sconcertante indica. I luoghi sono quelli già enunciati, già descritti anche da chi parla e la collaborazione transfrontaliera, i rapporti con l'Europa, la tutela, la regolamentazione dei diritti e delle minoranze che non è immaginabile siano trattate in maniera diversa, difforme o separatamente dalla provincia di Trento rispetto alla provincia di Bolzano e anche perché sono differenti le carature delle minoranze nelle due province, ben differenti anche le condizioni di vita e le possibilità di espressione.

Anche sulle minoranze ci sarebbe da aggiungere qualche altra cosa, vale a dire il vittimismo con cui spesso i colleghi di lingua tedesca presentano i loro problemi, non ha più ragione di essere, non solo nell'ambito europeo dove le minoranze hanno trovato ampiamente il riconoscimento, al punto che il Consiglio d'Europa ne ha indicate 32 ufficialmente riconosciute, che vanno dalle

grandi minoranze che sono presenti nell'Europa dell'est, forti di 3 milioni e 800 mila abitanti, ai nostri 350 cimbri e mocheni, per dire l'attenzione c'è, ma per carità non facciamo del problema delle minoranze un ambito comune e indistinto di dibattito, sarebbe veramente un modo ipocrita per affrontare questo problema.

Competenze per la nuova regione. Purtroppo le nostre parole rappresenteranno delle grida di dolore lanciate in un orizzonte vuoto, in quanto il Presidente, al quale abbiamo il diritto di rivolgerci, è costantemente impegnato in altri impegni e sta voltando le spalle all'assemblea, talmente assente che non avverte nemmeno il fermo richiamo di un consigliere, che quando parla con qualcuno vorrebbe avere un minimo ascolto. E' andata via anche la collega Zendron, non c'è più uno straccio di assessore con cui dialogare.

Smetto di parlare, perché è perfettamente inutile venire in quest'aula a fare delle accademie per subire affronti ed esercizi di maleducazione come questa mattina!

Ritengo il mio intervento concluso e deciderò quando riprenderlo!

PRESIDENTE: Altri intendono intervenire? Se non c'è nessuno chiudiamo la discussione generale.

Siccome molti consiglieri di maggioranza e di opposizione, in questo momento, sono venuti a chiedermi come procedono i lavori, c'è anche la necessità per la Presidenza, per non lavorare al buio, di avere un elenco di chi intende parlare per potersi organizzare, perché molti vogliono sapere se ci si deve fermare questa sera, se domani si farà seduta, eccetera. Io non sono in grado di dare risposte e siccome è tutta la mattina che c'è un pellegrinaggio alla Presidenza, invito i colleghi a capire come possiamo organizzare i lavori, proprio per non procedere al buio.

Ha chiesto la parola il cons. Seppi.

SEPPI: Volevo dirle, Presidente, che l'unico problema che lei non si deve fare e che noi dell'opposizione non saremo mai in grado di insegnarvi, è quello di navigare al buio; lo state facendo molto bene, in questo nessuno vi può dare degli insegnamenti.

Quindi ritengo che la situazione, da questo punto di vista, non possa da lei essere considerata molto grave. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al cons. Morandini.

MORANDINI: Presidente, facevo una proposta con una breve premessa. Ho capito che lei è stato meta – uso il suo termine – di pellegrinaggio di molti colleghi per questo, però lei deve convenire con me, signor Presidente, che fino a questo momento i colleghi che sono intervenuti hanno parlato di fronte ad una giunta in gran parte assente dall'aula, oppure assente mentalmente, non ci ha seguito nessuno. Noi non pretendiamo di dire cose interessanti, Presidente, ma se si crede nel dibattito politico e si crede nella regione, noi abbiamo il diritto e quella Giunta ha il dovere di ascoltarci, in modo da risponderci.

Benissimo, non ci offendiamo se è per questo, però i richiami che lei ha fatto all'aula, mi dispiace, ma questa volta li fa ad una parte dell'aula, che si chiama maggioranza, non a quest'altra parte, la quale si è preparata, ha fatto interventi e non si è nemmeno sentita degnata di un ascolto.

Noi abbiamo posto delle domande, a queste domande, a lei che è garante dell'aula, chiediamo risposta e chiediamo un atteggiamento corretto, perché corretti siamo stati.

Il collega Santini ha smesso l'intervento non perché non aveva altre cose da dire, ma per un segno di protesta nei confronti proprio di questo atteggiamento.

Allora le propongo di sospendere qui la seduta e di riprendere, spero in un clima più costruttivo, alle ore 15.00. Grazie.

PRESIDENTE: Collega Morandini, non ho fatto alcun richiamo all'aula, ho semplicemente chiesto la collaborazione dell'aula, perché diversi colleghi di maggioranza e di opposizione sono venuti a chiedermi come procederanno i lavori, quindi anche i suoi compagni di cordata.

E' solo un invito per poter dare delle risposte, altrimenti io non sono in grado di darle ed andiamo avanti vedendo quello che succederà nel corso del pomeriggio. Questo è perfettamente legittimo, ma se qualcuno mi aiuta posso anche dare delle risposte più certe a tutti i vostri colleghi.

La parola al cons. Santini.

SANTINI: Presidente, volevo segnalare, sull'ordine dei lavori, che il mio intervento è stato sospeso, non concluso. Quindi mi ritengo in diritto di riprendere il mio intervento nel momento in cui le condizioni di quest'aula potranno consentirlo.

Credo però di non chiedere una cosa fuori luogo, se a nome di coloro che hanno parlato di fronte ad un deserto di Giunta, in tutta la mattinata e di fronte ad un momento culminante di questo evidente disinteresse, per tutto quello che stavamo dicendo da questa parte dell'emiciclo, dal momento in cui mi scuso se riprendo direttamente la Presidente della Giunta, il Presidente stesso stava addirittura telefonando e voltando le spalle a questa assemblea, capisco che abbia molti impegni e che venga disturbato costantemente dai funzionari o dagli altri addetti ai lavori, ma per cortesia, se lei ha un impegno Presidente deleghi il Vicepresidente, che vediamo con gioia tornare in aula, o un assessore ad ascoltarci.

Non è piacevole, non è dignitoso perfino parlare da questo lato dell'emiciclo e scoprire, verificare nessuno che ascolta e addirittura ti voltano le spalle.

Credo quindi che questo incidente non possa essere risolto se non dopo una parola di chiarificazione e, se lo ritiene opportuno, a me sembrerebbe opportuno, di scuse da parte della Giunta regionale.

PRESIDENTE: La parola al cons. Urzì.

URZÌ: Presidente, sull'ordine dei lavori, perché oltre ad associarmi a quanto sostenuto pochi istanti fa dal collega Santini, che ha tutta la mia personale solidarietà e quella del gruppo, avendo ricevuto la delega ovvia, naturale, in questo momento, da parte del capogruppo regionale Taverna, a parte questo sono d'accordo pienamente con le parole del collega Santini, perché questa è una condizione che si ripropone normalmente in quest'aula, per cui agli appelli contenuti nelle relazioni accompagnatorie, a passi così importanti come quelli del bilancio da parte del Presidente della Giunta regionale, dichiarazioni di apertura al dialogo e al confronto con tutte le parti per la ricerca di soluzioni condivise, non corrisponde un adeguato comportamento in aula di reale disponibilità ad un confronto ed al dialogo, se questo confronto e dialogo lo si nega semplicemente voltando le spalle all'aula e nemmeno ascoltando quello che dai banchi dell'opposizione viene sostenuto, affermato, non dico che si debba condividere, dico che si abbia la cortesia di ascoltare quello che noi sosteniamo.

Siamo convinti di avere le ragioni, che verranno riconosciute da parte della storia, ma credo che si possa aprire un confronto per stabilire che noi abbiamo ragione anche in quest'aula, senza dover attendere il responso della storia. Al di là di questo, signor Presidente, ho avuto notizie e chiedo a lei conferma, sulla disponibilità, da parte della Presidenza di questo Consiglio a svolgere rapidamente i lavori del Consiglio, per giungere ad una conclusione entro la giornata. Chiedo se questo corrisponde ad una volontà o meno e se questo sia da porre in relazione, glielo dico da giornalista, signor Presidente, al fatto che oggi c'è lo sciopero dei giornali. Per cui quello che accade in quest'aula oggi avrà un eco modesta domani sulla stampa, non sto parlando dell'emittenza radiotelevisiva, che oggi è in servizio.

Siccome bisogna porre anche questi problemi, signor Presidente, mi chiedo se esiste una volontà di accelerare i lavori oggi per mettere il silenziatore a ciò che le opposizioni sostengono in quest'aula? Chiedo un chiarimento su questo mio interrogativo, perché ho a disposizione un ordine del giorno che dice che alle 18.00 termineremo. Sono convinto che ciò accadrà, ma nel caso in cui non fosse così le chiedo perché non deve essere così e pongo il problema della pubblicità dei lavori che si svolgono in quest'aula e della correttezza nel rispetto degli impegni assunti dall'ufficio di presidenza, nel momento in cui fissava il calendario di sedute dei lavori del Consiglio regionale.

Non è un problema da sottovalutare, signor Presidente, lei comprenderà sicuramente il motivo della mia obiezione e della mia perplessità, è chiaro comunque che nel corso di tutta la trattazione del bilancio, da parte del gruppo di Alleanza nazionale, si sosterranno le ragioni che confortano la nostra opposizione rispetto a questo bilancio, in maniera completa ed esauriente, non solamente oggi, ma anche nelle prossime giornate, utilizzando tutti gli spazi di tempo a nostra disposizione. Grazie, signor Presidente.

PRESIDENTE: Per dare una risposta al collega Urzì, che richiama gli altri all'attenzione di quello che viene detto in aula, si vede che non ha colto quello che è stato detto fino adesso sull'ordine dei lavori, perché lo ho detto in apertura di seduta e l'ho ripetuto prima.

Siamo convocati per due giorni, è prevista la seduta notturna, ho detto che l'eventuale notturna si fa oggi, comunque entro oggi bisogna chiudere la discussione generale, perché altrimenti non riusciamo a chiudere tutti i lavori del Consiglio entro domani sera alle ore 18.00. Se vogliamo rispettare la chiusura di domani alle ore 18.00 è chiaro che questa notte si va in notturna, a meno che l'ordine del giorno che è stato presentato sul bilancio non si riesca a terminarlo prima delle ore 18.00, allora si rispetterà l'orario come da calendario. Altrimenti si andrà avanti quanto servirà per chiudere la discussione generale e la replica, cioè questa prima fase, rimandando tutta la discussione articolata a domani e domani entro le ore 18.00 dobbiamo comunque fare i tre provvedimenti che vi ho annunciato questa mattina.

Sono stato chiarissimo questa mattina, si è discusso l'altro giorno in capigruppo, l'ho ripetuto adesso e siccome molti di voi, anche di opposizione, sono venuti poco fa a chiedermi come si procede con i lavori, è chiaro che il programma dei lavori dipenderà anche dagli interventi del pomeriggio.

In assenza di richieste non posso sapere come procederanno i lavori, vi dico quale può essere il teorico sviluppo. Grazie e buon pranzo.

(ore 13.00)

(ore 15.01)

Presidenza del Presidente Leveghi

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

MINNITI: *(segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.

Siamo in discussione generale del disegno di legge n. 27. Sono iscritti a parlare i cons. Santini, Urzi e Conci.

Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola la Presidente Cogo.

COGO: Grazie Presidente. Volevo scusarmi per questa mattina, sono uscita dall'aula un attimo e mi si deve anche riconoscere che generalmente sono al mio posto e quando lei ha parlato non è che non ascoltassi, mi sono resa conto poi che ero di spalle. Le chiedo scusa, non è vero che c'è disattenzione, ho ascoltato ciò che voi avete detto e nel momento in cui non c'ero il compito di appuntare quanto voi dicevate era del Vicepresidente. Vedrete che poi le risposte le darò.

E' vero che ci vuole più attenzione, da parte di tutti i consiglieri però mi consento di dire, è evidente che i membri della Giunta hanno una responsabilità in più e li invito a rimanere in aula ed ascoltare le varie osservazioni che provengono dai banchi della maggioranza e dell'opposizione.

Spero con questo di aver rimediato a questo malinteso.

PRESIDENTE: Grazie Presidente. Mi pare che con queste precisazioni, che riportano nella giusta misura i problemi che abbiamo qui, soprattutto dell'attenzione che è dovuta all'aula in un momento così importante, come quello del dibattito sul bilancio, possiamo riprendere i lavori.

La parola al cons. Santini.

SANTINI: Grazie Presidente. Intervengo con maggiore serenità, rispetto a questa mattina e ringrazio la Presidente della Giunta di questa dimostrazione di sensibilità, in quanto non è piacevole in assoluto parlare di fronte a delle poltrone vuote, peggio ancora è parlare di fronte al tuo interlocutore che ti volta le spalle.

Presidente, forse mi sono sentito punto anche nel mio orgoglio di uomo, in quanto la avevo invitata ad effettuare con me una sorta di passeggiata istituzionale, non romantica intendiamoci, attraverso le righe e il filo del suo intervento. Siccome avevo detto che ho tentato di percorrere da solo questo itinerario, ma mi sono spesso perso, in quanto le incongruenze e le contraddizioni non aiutano a seguire un filo logico, la avevo invitata ad aiutarmi, viceversa, a seguirlo e lei mi voltò le spalle e la cosa mi ha toccato in maniera grave e doverosa.

In effetti non sono poche le zone d'ombra nelle quali uno che sta da questa parte, ma anche se stessi dall'altra avrei lo stesso dubbio, zone d'ombra in cui si chiede: qui si dice tutto ed il contrario di tutto.

Riparto da dove mi sono fermato. Dalla pag. 2, da quelle righe in cui

Nemmeno noi volevamo congelare il corso degli eventi o congelare la regione, ma avremo desiderato solo modificarla, non annullarla, come di fatto viene fuori da questo progetto di riforma e come del resto altri colleghi hanno bene spiegato.

Allora come fare per recuperare questo auspicio che ci trova concordi, di rifare della regione questo luogo di incontro, di trattativa e di ripensamento della nostra autonomia, riempiendo la regione di quelle autonomie di cui sarà spogliata a breve o di cui è stata spogliata in passato. L'elenco l'ho già fatto stamattina, ma per far capire che non lanciamo delle idee vuote. Quali autonomie? Quelle naturalmente in cui un ente sovraprovinciale può esercitare meglio, soprattutto verso l'esterno, quel ruolo di mediazione e di interprete di esigenze comuni, primo fra tutti il dialogo con l'Europa, dove come regione contiamo qualcosa e come piccole e poco popolate province autonome, in barba e nonostante tutta la nostra pomposa autonomia non contiamo più di tanto, ma poi ancora la collaborazione transfrontaliera, dove il peso di una regione o di una provincia si misura in base al numero degli abitanti, al prodotto interno lordo, alla sua storia, eccetera.

Ancora, nella trattazione del delicato tema delle minoranze, un tema che se trattato a livello regionale può trovare soluzioni e proposte equilibrate, se lasciato alla competenza separata delle due province, sicuramente potrà favorire interpretazioni squilibrate, difformi, diverse e questo credo nei confronti soprattutto di Roma e di Bruxelles, non è ammissibile.

Ancora una volta le grandi opere, a partire dalla famosa ferrovia dal quadruplicamene veloce del Brennero e dal tunnel e poi ancora l'informazione, l'ambiente, l'inquinamento, ma ci sarebbe un elenco ancora più lungo di idee, di proposte per ridare alla regione un motivo, una ragione d'essere, una ragione di sopravvivenza, ma occorre prima che vi sia la volontà di farla sopravvivere, che vi sia la decisione a fare in modo che questa regione non rimanga questo tetto di paglia su due cubi di cemento, come ho detto in un'altra circostanza, in questo Consiglio, affinché la Regione non sia gregaria delle due province, ma viceversa, come è stato finora il punto di riferimento interno.

Mi rendo conto che sono discorsi affidati ancora una volta a posizioni di questa parte dell'aula, i piani, i progetti sono già stati fatti, ma non si potrà dire che noi non abbiamo realisticamente segnalato il grave pericolo di perdita di potenzialità contrattuale, di identità regionale, che non può essere sostituita, l'identità regionale da due identità provinciali, è tutt'altra cosa, è un qualcosa di più completo, di più elevato, un qualcosa di più qualificante, ciò non significa annullare le identità provinciali, ma significa trovare una comune identità con cui proporci verso l'esterno, in tutte le direzioni che poi approfondiremo.

Si dice più avanti nella relazione che noi non possiamo ritenerci indenni dagli effetti dell'intesa azione di trasferimento di poteri dallo Stato alle regioni ordinarie, certamente le regioni ordinarie, signor Presidente, diventeranno sempre più importanti e non solo dotate di competenza, ma di autorità, di sovranità, esattamente come noi fino ad oggi eravamo e noi, nel momento in cui dovremo dialogare con regioni nostre sorelle, ma anche nostre competitori, che saranno dotate di maggiori potenzialità, non troviamo di meglio da fare che invece impoverirci, limitare le potenzialità di cui noi già oggi disponiamo.

Andando avanti ancora si parla di intreccio di competenze, esigenze di armonizzare l'intreccio delle tre competenze, una regionale e due provinciali, ma credo che non avremo imbarazzi, in quanto rimarranno di fatto due competenze provinciali esclusivamente.

Più avanti si legge ancora: la regione può diventare un grande aiuto, oppure una sovrastruttura. A me sembra veramente spogliare la regione di una propria dignità. Con queste proposte, Presidente, si tenta di costruire un abito da sposa o di trasformare un funerale in realtà in una cerimonia nuziale, si smantella un qualcosa e si costruisce attorno un corollario di cose per dare un'apparenza. Sarà un'istituzione apparente, ma è contro questo di tendenza che noi vogliamo lottare, vogliamo che sia salvata anche una parte della sostanza.

Si dice anche che il potere contrattuale di due province, istituzionalmente forti, ma che neppure insieme raggiungono il milione di abitanti, non può essere chiaramente comparabile con quello di una regione unita, che quanto meno avrà la forza di ostentare, di brandire questa unità come un'arma. Questa frase è la dimostrazione della nostra debolezza, siamo già pochi, abbiamo un'economia molto fragile, fondata su due settori fondamentali e l'agricoltura del turismo, abbiamo un'industria sempre più rarefatta e ci proponiamo per un confronto con le altre regioni d'Europa, con

armi ormai quasi spuntate, mentre nelle altre regioni si potenziano l'industria e la piccola e medio impresa.

Andando avanti ancora, nel percorrere questa ideale passeggiata attraverso la sua relazione, qui si parla di deleghe, di evitare di appesantire e complicare, anziché favorire e semplificare il sistema di relazioni, ma le deleghe già esistono e sono già poche le attuali; importante è restituire alla regione delle deleghe di sostanza.

Si dice ancora che la regione potrebbe diventare il catalizzatore di un fronte unitario nei rapporti con l'esterno, sia in ambito istituzionale che economico a beneficio delle province. La regione organizzerà una bella festa e poi all'ultimo minuto si ritira, si fa da parte, non vi può partecipare perché non ha i soldi per pagarla.

La stessa cosa si può dire quando si parla di partecipazioni regionali ad imprese e soggetti rilevanti per il nostro sviluppo. Con quali risorse immaginiamo di poter partecipare, se la riforma va nella direzione che sembra avere preso. Si auspica inoltre che la regione possa diventare l'ambito preferenziale in cui si coordineranno le politiche di settore delle province.

Lo ripeto, è già così, basta modificare leggermente l'attuale assetto, non occorre inventare nulla. Più avanti si auspica la presenza della regione in istituzioni di valenza strategica, come la Interbrennero s.p.a., l'ente fiera di Bolzano, le centrali ortofrutticole di Trento, l'orchestra Haydn, a parte un piccolo squilibrio territoriale, in quanto sarà solo a livello di esempio, almeno tre di questi esempi sono più a Bolzano che a Trento, come si e come attività, credo sia opportuno, anche per evitare le solite interconnessioni fra politica e affari, di capire bene che ci sia dietro la Interbrennero s.p.a., per esempio, di capire bene perché certi soggetti politici diventino membri o addirittura soggetti di rilievo di società parallele che intervengono in queste attività parallele.

Cerchiamo di non renderci ridicoli, la società che si propone come protagonista, pilota, partner della grande linea transeuropea, Monaco-Verona, mette sul piatto un capitale di 100 miliardi, quando questo progetto vedrà la luce, vi chiederà quanto meno 30 mila miliardi di lire! Come se io vi invitassi tutti a pranzo e mi limitassi e pagarvi il caffè e dicessi: sono io che guido la squadra. Un po' di modestia credo occorra, poi diventerebbe difficile il discorso.

Cerchiamo di capire bene se dietro queste grandi spinte istituzionali non vi siano interessi personali e privati di soggetti che noi tutti ben conosciamo e che non abbiamo assolutamente il compito di supportare. Quindi idee chiare, ma anche concretezza nelle prospettive.

La fondazione Haydn. Per carità, siamo tutti romantici, ma non possiamo dedicare otto righe per indicare quale sarà il futuro della regione ostentando questa partecipazione.

Andando sotto, si parla giustamente di riflessi sulla complessità di questa fase, che devono essere necessariamente estesi, come riflessi, come possibilità di partecipazione, anche a livelli diversi, a livello comunitario.

“Il processo che sposta le decisioni dall'ambito locale e nazionale a quello europeo è sempre più ampio e decisivo.” Abbiamo piacere che ci si renda conto che ormai anche a livello regionale e provinciale le nostre decisioni saranno spesso messe in posizione subalterna, rispetto ai regolamenti

comunitari, che entrano direttamente in vigore, rispetto alle direttive comunitarie che noi non abbiamo l'optional di recepire o meno, ma che dobbiamo recepire, alle quali dobbiamo ispirarci.

Dove nascono queste leggi? In Parlamento Europeo, laddove queste leggi vengono preparate nei due grandi organi di consulenza, il comitato delle regioni e il comitato economico sociale, si ragiona in base al numero degli abitanti, in base all'importanza di chi prende una posizione o formula una proposta.

Ancora una volta quindi, come regione Trentino-Alto Adige avremo un peso e un ascolto, come due piccole province di Trento e di Bolzano ci tratteranno con molto far play, ma alla fine concluderanno che si possono assumere tranquillamente decisioni al sopra di soli 450 mila abitanti.

E' ancora una volta un modo quindi per impoverire, per ridurre il nostro potere contrattuale.

Più avanti ancora si parla di globalizzazione, ma anche la preparazione a questo evento, che del resto abbiamo già addosso, ma tutte le altre regioni si preparano ad affrontare la globalizzazione, quindi l'offensiva del mercato globale unendosi addirittura in consorzi tra regioni e noi non troviamo di meglio che separarci invece, di dividerci a fronte di una forza limitata, ma comunque già esistente e consolidata.

Altro grave errore di prospettiva, questo di affrontare la famosa globalizzazione, che sarà come dire: regioni, province, da adesso in poi lo Stato si fa da parte, l'Europa vi guarda, vi assiste da lontano, ma dovrete fare fronte all'offensiva del mercato mondiale, soprattutto con le vostre forze e noi pensiamo di farlo da soli, separatamente, come due piccole province di periferia.

Si parla poi ancora di iniziative di grande rilevanza che hanno Bruxelles - e non Roma - come interlocutore principale. Vorrei richiamare anche i colleghi altoatesini ad un momento di realismo, capisco che Roma suoni nome non proprio simpatico, familiare, l'ho detto anche alla collega Eva Klotz questa mattina, quando ha detto: purtroppo il nostro "los von Trient" non è stato ascoltato, ancora oggi non è stato realizzato, meno male, io dico, ci mancherebbe anche questo!

Scusate, colleghi, ognuno difende la propria patria, voi avete detto purtroppo, io dico fortunatamente, è un grido che non è stato ascoltato. Roma, per chi non ha simpatia verso questo ambito di controllo, rimarrà finché l'Alto Adige - noi ci auguriamo che rimanga per sempre - territorio italiano. Il movimento da e per Roma, non può essere giudicato fastidioso quando è da Bolzano verso Roma e gradito viceversa quando è il percorso contrario carico di miliardi, ci vuole un po' di coerenza!

Ancora una volta, in questi passaggi su cui poi ci prenderanno le misure della serietà, dell'impegno e di chi siamo, come riformatori dovremo veramente discutere a lungo.

Si dice ancora nella relazione: le piccole dimensioni non sono certo un vantaggio. Allora è qui che mi sono perso sul sentiero della coerenza, è un carachiri che ci stiamo facendo, addirittura gridando che dolore, ma ci facciamo del male da soli!

Quindi ancora una volta non riesco a capire fino in fondo quale sia la logica di un percorso come questo.

Più avanti nella relazione: si auspica per la regione un ruolo, si auspicano funzioni che già esistono, che già hanno dimostrato di poter funzionare.

Per quanto riguarda la competitività fra territori diversi, leggo nella relazione: "Su questo ci aiutano ragioni storiche e la consapevolezza che la scommessa di oggi è quella di avvicinare e di comunicare e non quella di allontanare e di creare nuove barriere." E' qui che non capisco più, non è giusto allontanare e creare nuove barriere, noi non allontaniamo soltanto, separiamo, creiamo di fatto delle barriere, quelle stesse barriere che avevamo sbiadito notevolmente, grazie alla spinta, ritorniamo al ricordo storico del '48, grazie anche al lavoro comune fatto in questi 50 anni.

Ora è fatale e inevitabile che una qualche barriera sorgerà di nuovo, quando l'Alto Adige sarà libero, da un punto di vista dei colleghi della SVP, di essere provincia autonoma in tutti i sensi, di dialogare con il nord Tirolo, con la barriera, di poter continuare nel lavoro di lobby territoriali, già in atto da anni verso l'Europa, verso Bruxelles come ipotetica euroregione, meno male che di questo progetto è stato cancellato un sottofondo politico, ma di fatto, come trattativa economica, anche culturale, l'euroregione, indicata nelle dimensioni di priva, esiste e va avanti e il Trentino diventerà prima un satellite fastidioso, attaccato con una catena sempre più piccola e poi diventerà un satellite impazzito nell'arcipelago delle altre regioni italiane, in attesa di essere assorbito o dal Veneto o dalla Lombardia.

Non sono scenari disastrosi, né impossibili, né tanto meno lontani purtroppo, sono scenari che avremo addosso prima di quanto possiamo immaginare.

Volo verso la conclusione. Sul percorso delle riforme, tutto sommato, sui tempi siamo anche d'accordo, prima la riforma sul sistema elettorale e poi in un secondo tempo la riforma più organica dello Statuto.

Rinnovo l'invito, questa volta ai colleghi della provincia autonoma di Trento, alla Presidente della Giunta, ebbene veniamo allo scoperto, troviamoci a parlare di questa riforma, vediamo chi realmente la vuole e chi invece la impugna soltanto come uno spauracchio o come una bandiera in cui non crede, noi siamo pronti a trattare sulla riforma elettorale, pronti anche a fare marcia indietro su qualche questione di principio, pur di avviarla ed evitare l'onta di arrivare ad essere messi in fila con tutte le altre regioni ordinarie, primo passo verso una normalizzazione globale.

Andando verso la conclusione, dia della relazione, che del mio intervento, c'è un passaggio in cui si parla ancora di minoranze. L'ho detto questa mattina, siamo seri quando parliamo di minoranze, perché se lo facciamo a livello regionale abbiamo una credibilità ed un equilibrio, ma ancora una volta di quale minoranze parliamo per la provincia di Bolzano? Chiaramente non è lo stesso dialogo che può nascere in provincia di Trento, noi abbiamo i ladini, a Bolzano ci sono i ladini, ma la minoranza della provincia di Bolzano qual è? Quella di lingua italiana con 123 mila cittadini o quelle di lingua tedesca, che ufficialmente appare, direi incongruamente, come minoranza.

Anche su questo dobbiamo fare un confronto serio al passo con i tempi e non soltanto con le demagogie.

Si parla più avanti di un disegno di legge ad hoc della Giunta, della commissione che è stata costituita, su questo noi ci siamo e parteciperemo con convinzione, con l'auspicio e la speranza di non arrivare troppo tardi, vale a dire di non giungere con questa commissione alle proposte quando a Roma hanno già deciso sopra le nostre teste e quali saranno i nostri destini futuri.

Altri aspetti, che vengono presentati come punti programmatici importanti, ci lasciano un po' più tiepidi, a fronte degli impegni basilari, direi di fondo che ho indicato prima e anch'io vorrei citare l'informatizzazione del catasto, non strappiamoci i capelli, non so quale utilità possa avere un domani che il catasto non sarà più di competenza della regione.

La legge sui giudici di pace, la privatizzazione del rapporto del pubblico impiego, la riforma del bilancio regionale, la commissione sulla trasparenza, il sito Internet, non poteva mancare, della regione; sono tutte forme di attenzione verso l'attività di un ente, che potrebbe utilizzare questi strumenti se rimanesse poi utile e funzionale a qualche progetto, ma se la regione rimarrà soltanto una facciata, credo davvero che anche tutti questi ambiti di riforma non serviranno a granché.

Chiudo, dicendo che mi sono trovato smarrito in questo percorso a slalom, in cui a pochi bagliori di luce, a poche proposte concrete si sono alternate molte zone d'ombra e di smarrimento di quell'obiettivo, che noi volevamo auspicare, la salvaguardia di una regione, come ente di sintesi, come momento di incontro autentico, non limitato, come si dice nella relazione, ad un aiuto, ad una camera di compensazione, ad un luogo in cui si può andare, discutere e poi si può anche uscire senza tenere conto di quello che in quella camera si decide.

Non vorrei fare né il melodrammatico, né il pessimista, ma siamo di fronte ad uno scenario in cui vi sono ben poche luci, molte nubi plumbee che promettono poco di buono, c'è qualche bagliore in questa relazione, che rappresenta in questo orizzonte buio il fascio di una pila o il lume di una candela, ma sicuramente non è sufficiente questo bagliore per lasciarci sperare realisticamente che anche la commissione dei 28 possa rispondere, in qualche modo, alle esigenze di mantenere in vita non una carcassa vuota, ma una istituzione con una propria dignità, oppure se avverrà il contrario, signor Presidente, credo che in assenza di competenze non si giustificherebbero più nemmeno né ruoli, né bilancio per la regione.

Allora ipotizziamo con coraggio, se vogliamo davvero fare una riforma, la regione ridotta a rango di istituzione di rappresentanze, conserviamo come immagine di sintesi il Presidente del Consiglio regionale, paragonabile con le dovute differenze alla figura del Presidente della Repubblica, con un ruolo di rappresentanza e il Presidente andrà a tagliare nastri, a stringere le mani, a ricevere delegazioni, ma alla fine potrà solo pensare al bel giorno in cui andrà in pensione e almeno nell'ambito familiare si sentirà finalmente utile, finalmente qualcuno, perché ridotto a quel punto anche il Presidente del Consiglio non si sa bene cosa possa rappresentare.

Spero di essere pessimista, spero di essere smentito, ma francamente, oggi come oggi, leggendo questa relazione e ascoltando certi interventi non ho molte ragioni di essere fiducioso. Grazie.

PRESIDENTE: Grazie, anche se non l'ho trovato molto generoso nei confronti del Presidente del Consiglio regionale.

La parola al cons. Urzì.

URZÌ: Grazie, signor Presidente. Non è un compito facile il nostro, come quello di tutti i colleghi che siedono all'opposizione in questo momento, è il compito di coloro che tentano di risvegliare da un sonno profondo la maggioranza di questo Consiglio regionale, che disquisisce delle sorti future, dei grandi programmi, con previsioni a lunghissima scadenza, ma sembra non essere attenta a comprendere invece la portata dei singoli passi che quotidianamente compie nella direzione del suicidio. Se fosse suicidio politico, fosse il suicidio delle singole forze politiche che qui in questa sede, nella regione Trentino-Alto Adige stanno oggi dettando le loro condizioni, allora potrebbe lasciarci quasi indifferente, ma è il suicidio invece di una istituzione, è l'affondamento di una barca sulla quale siamo ospitati anche noi, rappresentanti di una parte importante e imprescindibile della comunità di questa regione Trentino-Alto Adige, che strenuamente riteniamo di dover rappresentare ed i cui interessi riteniamo di dover difendere.

Non vorrei trovarmi in un prossimo futuro ad usar questo tipo di terminologia, la parola difesa, per esempio, ma qui si tratta proprio di questo, della difesa di un ruolo, di una presenza, di un interesse legittimo di una comunità, che vuole guardare al futuro con una sicurezza con cui oggi non può guardare.

Come detto, sentiamo su di noi il peso della responsabilità, abbiamo di fronte a noi la piena consapevolezza della difficoltà del nostro ruolo, ma in questa sede ritengo che si possano superare le considerazioni già svolte, proprio in questa sede anche un anno fa, nel corso del dibattito sul primo bilancio che questa maggioranza presentò, sulle grandi scelte che sovrintendono alla riforma della regione.

Credo ci si possa soffermare quest'oggi su alcuni altri aspetti, più legati ad una quotidianità politica, ma che rivestono un ruolo fondamentale e significativo per la comprensione esatta del momento storico che stiamo vivendo.

Ritengo che questo bilancio rappresenti un passaggio estremamente pericoloso, dannoso e contenga in sé elementi di contraddizione notevoli e pesanti. Quindi voglio superare le valutazioni sulla relazione svolta dalla Presidente Cogo, sulla quale si soffermeranno altri colleghi del nostro gruppo, voglio invece concentrare le mie attenzioni in modo particolare su alcuni passaggi del bilancio, sottoposto all'attenzione di questo Consiglio. Fra questi passaggi ritengo di soffermarmi sulle iniziative che, nell'ambito di questo bilancio, vengono definite europee, interenti umanitari, la cooperazione allo sviluppo, le tematiche che impongono a questa regione un esborso anche notevole di risorse, all'ombra del concetto vago e meglio definito di minoranza.

Altri hanno già svolto considerazioni preziose, utili alla comprensione del fenomeno, ma credo che si debba aggiungere qualcosa, rispetto a ciò che è stato detto e soprattutto questa considerazione negativa nei confronti di una regione che sopravvaluta se stessa, assume su di sé il ruolo di garante di un concetto vago, mai definito di minoranza, le minoranze linguistiche che cosa sono? Eppure in questa regione dovremmo avere una consapevolezza netta e precisa di ciò che significa essere minoranza linguistica, perché è un tema che appartiene alla nostra quotidianità politica, ma la regione, quando si accinge a parlare di minoranze, spesso lo fa non riferendosi alle questioni che investono le minoranze nell'ambito della regione Trentino-Alto Adige, lo fa riferendosi a concetti che, ripeto ancora una volta, essere vaghi e che hanno un respiro diverso rispetto a quello regionale, europeo, internazionale.

Ecco perché la regione sopravvaluta se stessa, perché assume su di sé un ruolo di garante nei confronti delle minoranze di ogni parte, svolgendo con questo una politica che non sappiamo quanto attenga realmente alle competenze che alla regione debbono essere attribuite, ma che è una politica di indirizzo politico, a favore di una concezione, di un'Europa come somma di decine, centinaia, migliaia di minoranze, un'Europa che quindi perde una sua identità, una sua fisionomia, un'Europa in cui si perde il valore dell'unità e della comunità, un'Europa frazionata e divisa ed in cui trova fertile terreno, il germe della divisione, della differenziazione portata all'estrema conseguenza e questo è molto pericoloso, Presidente Cogo, perché lo so che si scherza con concetti pesanti, perché quando si parla di minoranze linguistiche si parla di concetti estremamente pesanti, importanti, quando si parla di comunità sappiamo che cosa si tira in ballo, quando si parla di Stati e nazioni sappiamo a che cosa ci si riferisce, quando parliamo di Europa ho l'impressione che non sappiamo più a che cosa invece ci si riferisca e nella terminologia usata anche in questo bilancio, nella linea politica indicata da questa maggioranza regionale, si ha la netta impressione che l'ispirazione politica sia quella della divisione e non quella dell'unità.

Lo potremo spiegare in tanti modi, lo faremo nel corso dei mesi che seguiranno, tenteremo di farlo, lo riteniamo un nostro dovere, ma è chiaro che quando si affrontano questioni come quella delle collaborazioni transfrontaliere mono direzionali, è chiaro che si comincia a delineare bene i termini dei concetti che si vogliono esprimere e questa Giunta regionale dimostra di avere un obiettivo, posto di fronte a sé, estremamente chiaro, che non può sfuggire al lettore attento del bilancio, delle cifre, ma anche della relazione accompagnatoria.

Parlavamo prima delle contraddizioni in termini, contenute in questo bilancio, ma contenute soprattutto nella maggioranza politica su cui si regge questa Giunta regionale, una contraddizione insanabile, ci verrebbe da dire, e allora siccome ci tocca fare delle selezioni e vogliamo farle, approfondiamo un aspetto fra i tanti, poi vediamo se proseguire, un aspetto però che significa molto, perché, Presidente Cogo, nella sua maggioranza convivono anime profondamente diverse, questo può essere anche un valore aggiunto talvolta, ma per quanto attiene alla sua maggioranza no, non è una ricchezza, ma è un

elemento di confusione, perché fa difficoltà a comprendere cosa questa maggioranza possa rappresentare, fa difficoltà a comprendere tutto ciò la comunità che da questa Giunta si aspetta qualcosa, nel bene o nel male e quando parlavo di contrasti insanabili, all'interno della maggioranza, mi riferisco a posizioni inconciliabili, che pare sopravvivano all'interno della stessa maggioranza, che si muove come un corpo comandato da più teste, che certo ha preso una certa direzione ed abbiamo individuato bene quale, ma che è in contraddizione con se stessa.

Facciamo riferimento alle forze politiche che danno vita alla maggioranza e alle posizioni che queste forze politiche dimostrano oggi, ma soprattutto hanno dimostrato nel passato, sulle questioni che in questo bilancio regionale sono indicate e sulle priorità che vengono assegnate rispetto alla politica regionale.

Uno degli aspetti più macroscopici è quello relativo alla politica della regione Trentino-Alto Adige, appunto sui temi "europei" delle minoranze, sui quali si può intendere tutto e nulla concettualmente, bisogna quindi fare riferimento alle cifre, ai dati, alle spiegazioni allegate per comprendere quale tipo di politica la Giunta regionale voglia articolare nel prossimo futuro.

Alcuni di questi dati ci indicano una volontà di una maggioranza che a noi fa impressione ed è la volontà fra le tante cose, che più avanti magari citeremo, di finanziamento di associazioni, enti, rispetto ai quali la nostra forza politica da anni ha una posizione estremamente chiara e negativa, per le ragioni che poi esporremo, ma ciò che è più importante è che rispetto a questo tipo di ente associazione-istituzione non ha espresso una posizione negativa solamente il centro-destra o la destra, in regione Trentino-Alto Adige, hanno espresso posizione estremamente negativa anche la sinistra ed il centro-sinistra, un passato evidentemente già scordato, ma è questo quello che ci sorprende, signora Presidente.

Alcune forze che compongono questa maggioranza oggi rinneghino ciò che sostenevano solamente pochi mesi fa, svolgono una politica che va nella direzione esattamente opposta, giochino su più tavoli, giochino barando, mi scusi se uso questi termini e concetti duri e come le ho già detto prima preferirei non usarli, preferirei trovarmi qui a ragionare in termini molto concreti e pratici di politica, quella politica con la P maiuscola, seria ed invece ci troviamo a ragionare sulla correttezza con cui si svolge il confronto politico in regione Trentino-Alto Adige.

La sinistra, Presidente, sta svolgendo un gioco che noi facciamo difficoltà a comprendere, mi creda, perché sostiene una cosa ed il giorno stesso sostiene esattamente l'opposto, sostiene una cosa in alcune sedi e lo stesso giorno in altre sostiene esattamente l'opposto ed io sono profondamente preoccupato di questo.

Allora partiamo dal bilancio, ma poi possiamo giustificare le nostre affermazioni citando anche altri episodi significativi, eclatanti e pesanti, che noi comunque ci facciamo carico di illustrare prossimamente nelle sedi adeguate e dovute.

Allora facciamo riferimento ad una questione sollevata - è solo a titolo esemplificativo, perché sono tanti altri i passaggi sui quali dovrebbe

essere richiesta una nostra puntualizzazione – i finanziamenti nei confronti dell'unione federalista delle minoranze europee. Ecco che ritorna il concetto di minoranza, di Europa, ritorna il concetto di finanziamento da parte della regione Trentino-Alto Adige nei confronti di un'istituzione che di minoranze in Europa si occupa.

Ritengo che questo sia un passaggio importante, per comprendere bene a che cosa miri la regione Trentino–Alto Adige, sulla base di quale presupposto politico lo faccia, ma soprattutto sulla base di quale solidità all'interno della stessa maggioranza, perché lei Presidente ha la piena consapevolezza di questo, la regione oggi impegna una spesa a sostegno di un certo tipo di associazione, organizzazione, quando componenti fondamentali di questa maggioranza, lei mi insegna signora Presidente, solo pochi mesi fa usavano il bazooka per sparare contro queste stesse organizzazioni.

Lei avrà sicuramente una conoscenza storica del dibattito che si è svolto in questo Consiglio regionale nel recente passato, ma anche nel lontano passato, Presidente Cogo e quindi lei sarà a conoscenza del fatto che il 9 luglio 1997 il gruppo verde del Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige presentò una delle più articolate interrogazioni mai depositate negli ultimi anni, perlomeno, in Consiglio regionale, sulla questione dei finanziamenti a determinato tipo di organizzazione, dalle forti connotazioni politiche, come l'unione federalista dei gruppi etnici europei, chiamata anche FUEV. Una interrogazione di cui abbiamo copia e le possiamo fornire, se lo ritenesse opportuno, ma che contiene in sé la esatta negazione delle linee ispiratrici e fondamentali di questo bilancio di previsione della regione Trentino-Alto Adige per l'anno 2000. Le firme apposte in calce a questa interrogazione, del 9 luglio 1997, che suona come un atto di accusa, una denuncia quasi scabrosa nei confronti della regione e di molti assessori che ancora oggi siedono in Giunta regionale, le firme apposte in calce sono quelle dell'assessore Zendron, della collega Kury, dell'allora consigliere Gasperotti e di altri colleghi della Rete, di una sinistra che oggi evidentemente è pentita, sono pentiti i Verdi forse, sono pentiti i DS forse? Non so Rifondazione, credo che sono gli unici che non sono pentiti di quello che avevano firmato a suo tempo.

Allora, cara Presidente della Giunta regionale, credo che la questione vada affrontata con estrema pacatezza, ma anche chiarezza, perché in questo documento c'è un atto di accusa contro l'attuale Giunta, ma quello che mi sorprende è che questo documento, contro l'attuale Giunta, lo abbia sottoscritto chi oggi siede in Giunta.

Noi abbiamo la piena consapevolezza del fatto che le questioni vadano sollevate, perché possano essere comprese e allora le solleviamo e chiediamo quindi, in maniera estremamente chiara, come oggi la Giunta regionale possa giustificare un proprio impegno politico così pesante, così significativo, ma anche così carico di ombre, come quelli così ben descritti dall'assessore Grandi, a favore di organizzazioni, che parte della sua stessa maggioranza non esita a definire di chiara ispirazione antisemita e neonazista. Chi? Lo abbiamo detto prima, l'assessore Zendron, la collega Kury, i colleghi che diedero forma e vita alla Rete e che oggi sostengono qualcuno che lei conosce bene.

Allora rileggiamo alcuni passaggi, dato che il tempo è l'unica cosa che non mi manca in questo momento, personalmente, Presidente, partiamo dalla relazione accompagnatoria al bilancio di previsione: "La Regione intende inoltre aderire e collaborare con associazioni internazionali, rappresentative delle minoranze, quali la Unione federalista delle minoranze europee", eccetera, questo è un passaggio a titolo esemplificativo, lei non sa quante cose potremo andare a raccogliere in questo documento, glielo dico, perché non so se sia pienamente consapevole.

Poi leggiamo, posto a fianco, il documento dei Verdi, parte della maggioranza regionale: "Recentemente dalla comunità ebraica di Merano è stata posta al Presidente della Regione una preoccupata domanda sul fatto che la regione sia membro di un'associazione che ha radici politiche ed ideologiche nelle profonde oscurità del nazismo, al quale si richiama esplicitamente nella sua pubblicazione periodica ufficiale".

Leggiamo ancora altri passaggi, perché un po' di tempo me lo sono visto riconoscere ed allora intendo utilizzarlo. La Provincia di Bolzano finanzia il FUEV, così come lo finanzia la regione, adesso non essendo aggiornato sulle ultime modifiche all'interno dell'associazione, posso dire che fino a qualche mese fa l'assessore alla cultura della provincia autonoma di Bolzano, Dr. Bruno Hosp, era Vicepresidente del FUEV.

Leggo il testo sottoscritto dalla assessora Zendron: "Recentemente in diversi saggi storici e ricerche, nonché in articoli apparsi in Germania, Svizzera, Italia, in interrogazioni parlamentari presentate nel Bundestag della Germania, emerge in modo documentato l'appartenenza della FUEV ad un'area politico culturale antisemita e di estrema destra. Esiste una presenza forte di antisemiti e di ex nazisti, diversi dai quali condanni per crimini contro l'umanità, tra i fondatori ed i membri di questa associazione e contatti stretti con altre organizzazioni europee piuttosto tedesche del passato e dal presente inquietante."

L'assessora Zendron ha fatto un ottimo lavoro, che ho sempre apprezzato e che peraltro sottoscrivo e condivido pienamente.

"Gli intrecci personali con altre organizzazioni. La Francia vietò categoricamente che la FUEV estendesse la sua attività al suo territorio. Anche l'Italia vietò un concesso a Gorizia, che avrebbe dovuto aver luogo nei giorni dal 1° al 4 giugno 1966. La SVP importò tuttavia la FUEV sul territorio italiano e fece parte quasi fin dall'inizio degli organismi dirigenti dell'organizzazione, i suoi membri hanno occupato a lungo posizioni di vertice, nonostante i finanziamenti provenissero quasi esclusivamente dal Ministero degli Interni tedesco.

La stragrande maggioranza dei membri provengono dalla Germania o paesi europei dove vivono minoranze di lingua tedesca. Solo relativamente di recente, tuttavia, la SVP ha usato la sua maggioranza assoluta per coinvolgere direttamente le istituzioni regionale e provinciale nel finanziamento dell'unione, facendo aderire la Giunta regionale e della provincia di Bolzano in qualità di membro corrispondente.

Nel 1970 viene pubblicato dalla FUEV un manuale delle minoranze, dal contenuto apertamente razzista. Le razze vengono descritte con un linguaggio inequivocabile, ecco un esempio: il tipo di uomo più comune nei

Paesi Baschi è di media altezza, slanciato, con larghe spalle, fianchi stretti e il corpo longilineo, ha un viso triangolare, un collo particolarmente lungo, un naso aquilino, il cranio mesocefalo con un piccolo affossamento sopra le tempie. Questo tipo umano corrisponde ad un particolare gruppo sanguigno, che è segnato dalla mancanza dei gruppi B ed AB e da una forte dominanza del gruppo 0. Il 60% di tutte le persone, eccetera, nel manuale si differenzia il tipo sangue prevalente in Spagna in Francia fra di loro ed in rapporto al sangue basco con tabelle e percentuali.

La conclusione del piccolo esempio sopra riportato, -sempre a firma dell'assessora Zendron – un contrasto così evidente mostra che non si può dubitare dell'esistenza di una razza basca, la quale, se non è pura, tuttavia è certo particolare. In Europa forse non esiste alcun altro popolo che è così chiaramente caratterizzato dalla sua unica tipologia etnica.”

Vengono poi esaminati altri gruppi razziali della Cornovaglia, Galles, Scozia, Irlanda del Nord, Macedoni in Grecia ed ebrei in Turchia. Uno studio estremamente interessante, Presidente Cogo, redatto dal FUEV, con cui la regione, di cui lei è Presidente, intende aderire e collaborare. Bene, almeno sappiamo con chi collaboriamo, sappiamo a chi diamo del denaro e dobbiamo essere grati in questo senso all'assessora Zendron che ci ha fornito tutto questo significativo ed importante materiale di informazione.

Si può ancora aggiungere che nell'interrogazione di cui abbiamo parlato, della collega Zendron, si ricorda come in una dichiarazione della segreteria generale della FUEV nel 1994 si definisce il manuale un grande successo nei circoli politici e scientifici, manuale di cui parlavamo prima e la dichiarazioni del segretario generale della FUEV, funzionario di un'altra associazione, membro del curatorio della Hermann Nierman Stiftung, che risulta da inchieste svolte dalla Magistratura italiana e dalla Magistratura tedesca, come una fondazione finanziatrice di circoli terroristici dell'Alsazia e Lorena, nonché vicina per numerose questioni che potremo poi affrontare, anche in sede separata, al movimento terroristico che ha contraddistinto l'ultima parte di quello che alcuni continuano ostinatamente a definire attivismo in Alto Adige negli anni '80.

Purtroppo solo ieri il nostro gruppo politico è stato costretto dagli eventi a riaprire dolorose ferite, ricordando all'umanità i crimini commessi in questa regione, in una delle stagioni più cupe della storia recente del Trentino-Alto Adige, la stagione del terrorismo. Il nostro gruppo politico ha ritenuto doveroso, nel giorno in cui si depongono corone che ricordavano i carnefici, ha ritenuto opportuno invece andare a ricordare le vittime del terrorismo, così a Prati di Vizze ricordando un finanziere, Herbert Volgger, di lingua tedesca, ucciso dai terroristi secessionisti, ricordando a S. Michele all'Adige lo stradino dell'ANAS, Giovanni Postal, dilaniato in quella fase del terrorismo che qualcuno si ostina, ancora oggi, voler definire innocente, perché diretta solo contro cose e ricordando l'indimenticato capitano dei carabinieri Gentile, a Fano nelle Marche dove è sepolto.

Quindi alcuni passaggi di questo bilancio riaprono completamente questo libro che noi vorremo chiudere definitivamente, è il libro in cui è segnata la storia recente di questa regione, la storia con i suoi dolori, i suoi lutti, ma ciò

che ci sorprende di più è che in questo bilancio si intravedono forme di sostegno ambigue e pericolose della regione nei confronti di alcuni di questi riferimenti che non devono costituire un riferimento importante per la comunità, soprattutto i giovani di questa regione.

Credo che questo documento contabile non sia per nulla educativo e lo sottolineo, ma credo che non sia per nulla coerente nemmeno l'atteggiamento delle forze che compongono questa maggioranza.

Come può notare, Presidente Cogo, sollevo questi temi con toni non urlati, perché ritengo che queste mie osservazioni siano indirizzate ad aprire una riflessione, un dibattito, più che a portare ad uno sconto, ma questa riflessione e questo dibattito deve essere aperto, perché c'è un contrasto insanabile, Presidente Cogo, fra ciò che la sua maggioranza esprimeva fino a qualche mese fa, parti della sua maggioranza e ciò che la maggioranza esprime oggi o vuole esprimere oggi,. Non so se all'interno della maggioranza si agisca senza comunicare, la no sinistra non sappia quello che fa la destra, questo può anche accadere, ma se accade allora è ancor più pericoloso, perché vuol dire che le iniziative della Giunta regionale non sono il frutto di una condivisione programmatica, ma sono invece l'azione scoordinata di volontà particolari, di gruppi di pressione o di interesse politico, che noi siamo chiamati a contrastare.

L'assessora Zendron, non era ancora assessora nel febbraio del 1999, meno di un anno fa, espresse su tutti i giornali il compiacimento forte, importante per il fatto che la Giunta regionale uscente, poche settimane prima dell'insegnamento della nuova in cui lei sarebbe entrata, avesse ritenuto di dover bocciare un finanziamento proprio all'unione federalista delle minoranze europee, FUEV, per evidenti motivi, perché c'era stata anche una forte pressione da parte degli organi di stampa su questo caso, era stato sollevato il coperchio di questo pentolone, in cui dentro si agita di tutto, dall'antisemitismo al neonazismo, Presidente Cogo che cosa fa!

Tutto ciò è estremamente pericoloso. Allora l'assessora Zendron pochi mesi fa esprimeva il compiacimento suo, personale, della propria forza politica per questa bocciatura, arrivata tardi, ma arrivata da parte della maggioranza regionale, che ravvedutasi su un errore che stava commettendo decise di bloccare le proprie iniziative. Oggi i Verdi siedono in Giunta regionale dimenticando quello che hanno scritto, le campagne politiche lanciate con grande fervore, oggi non so quanto consapevolmente e questa è l'attenuante che riconosco, accettano esattamente l'opposto rispetto a quello che sostenevano solo pochi mesi fa.

Allora ho riconosciuto l'attenuante, vuol dire che magari c'è ignoranza, nel senso migliore del termine, ma se c'è ignoranza è gravissimo, è ancora più grave, perché non è possibile che una Giunta regionale non sappia che cosa sta facendo, che una componente della Giunta regionale non sappia cosa sta facendo l'altra, che la mano sinistra non sappia come si muove la destra, è ancora più grave e se invece c'è la piena consapevolezza mi chiedo come si può cambiare un atteggiamento, su temi di questa importanza, in pochi mesi ed in maniera così allegra! No, ci deve essere un chiarimento, è questo quello che chiedo, un chiarimento perché non vorremmo mai più tornare a ragionare in questa sede di fenomeni che vorremmo consegnati alla storia, ma

che vengono definiti antisemitismo, che vengono definiti neonazismo, non credo, Presidente Cogo, che la sua Giunta regionale, perlomeno lei personalmente voglia assumersi questa responsabilità, non credo proprio, ma evidentemente è così e faccio difficoltà a crederlo.

Aspetto delle risposte chiare, una cosa è chiarissima già fin d'ora, così mettiamo nero su bianco quello che deve essere messo, in forma chiaramente provocatoria e gentile, riporrò la stessa, identica interrogazione presentata dalle colleghe Verdi, esattamente uguale, con gli errori di battitura compresi, e sono tanti, la presenterò a questa Giunta regionale e personalmente all'assessora Zendron, nonché personalmente alla Presidente Cogo, voglio sapere cosa si risponde e speriamo che la risposta non sia come quella data a suo tempo dal Vicepresidente della Giunta regionale, Fanz Pahl, in cui non si rispose a nulla, rispetto a quello che era stato chiesto.

Spero che l'assessora Zendron non voglia rispondere copiando esattamente quello che altri avevano scritto nei mesi scorsi, rispondendo alle sue iniziative.

Qui si pone un problema grave, Presidente Cogo, perché non stiamo scherzando, stiamo parlando di una maggioranza, che dandosi un bel tono dice di voler affrontare una riforma istituzionale che si va a presentare a Roma, davanti al Parlamento, che si va a presentare davanti al Governo, che va a Bruxelles a parlare con Prodi ed è una maggioranza che non sa quello che fa ed allora diventa grave, non stiamo più scherzando, né giocando.

Vogliamo assolutamente chiarezza su quale sia la volontà politica, ma questo non riguarda solo il FUEV, il FUEV è un passaggio fra i tanti, non c'è chiarezza su quella che è la politica della Giunta regionale e quella che è stata in quest'anno, non voglio tirare in ballo responsabilità del passato, sul tema delle cosiddette minoranze in Europa, ma cosa c'entra poi la regione Trentino-Alto Adige? I problemi dell'integrazione europea, tanto basta dire Europa e ci si pone al riparo da tutto, a noi non basta che si dica Europa, per noi bisogna riempire di contenuti queste parole, bisogna spiegare che cosa si voglia, dove si voglia andare, si deve spiegare, per esempio, perché nella integrazione europea, nelle iniziative europee, eccetera, si debbano concedere borse di studio a favore di giovani per la frequenza di cicli di studio in paesi europei, per l'apprendimento delle lingue, in particolare tedesco e inglese. E l'italiano no? Lo chiedo. Non so quanto possa essere tema di gradimento questo da parte della Presidente Cogo, però mi piacerebbe sapere perché l'italiano no, non è una lingua europea, con una sua bella dignità, rispetto alla quale forse alcune borse di studio potrebbero essere concesse. In Alto Adige forse ce ne sarebbe particolarmente bisogno.

Forse andrebbe chiarita bene quella che è la politica della regione sul fronte della collaborazione transfrontaliera, ma di questo ne abbiamo parlato così tanto nel passato che non voglio tornarci sopra, anche se le considerazioni svolte nel passato sono quelle che vorrei riproporre in questa sede, quello che già tante volte si è voluto sostenere.

C'è un punto curioso, fra i tanti, nell'ambito di questo bilancio, che è quello relativo alle nuove dotazioni finanziarie riservate dalla regione Trentino-Alto Adige all'assessorato per i rapporti con le minoranze linguistiche. Una

manciata di milioni che vengono riconosciuti nel momento in cui da parte nostra viene sollevata una dura polemica, una dura protesta, perché non si comprende bene quali siano le ragioni fondanti della presenza, dell'esistenza di un assessorato per i rapporti con le minoranze linguistiche. Chiediamo informazioni a questo riguardo, ci viene risposto in maniera dettagliata e di questo siamo riconoscenti e grati all'assessore Fontana, rispetto al quale abbiamo la massima stima e fiducia, perché è persona onesta e seria, ma l'assessore Fontana non riesce a giustificare – e comprendo la sua difficoltà – l'esistenza di questo assessorato.

Allora il paradosso che si delinea qual è? Una regione Trentino-Alto Adige impegnata nel campo dell'integrazione europea, della tutela delle minoranze linguistiche dal Caucaso alla Georgia, ma in Cecenia non so ancora sino a quando l'intervento della regione non sarà risolutore di una crisi ormai conclamata, insomma una regione Trentino-Alto Adige sul piedistallo che dispone e scompone, che riesce a indirizzare una politica nel campo della tutela delle minoranze linguistiche in tutto il mondo, prevedendo ricche dotazioni finanziarie, peraltro, ma quanto soldi, lo sapremo prima o poi perché ci siamo già mossi in questa direzione, come vengono spesi questi soldi.

Dall'altra parte, sulle tematiche che investono le minoranze in regione Trentino-Alto Adige, praticamente assente o quasi. Denunciamo questo fatto e due settimane dopo la Giunta regionale decide che forse bisogna dare una ragione all'esistenza in vita dell'assessorato per i rapporti con le minoranze, riconoscendoli perlomeno una dotazione finanziaria, un portafoglio piccolo, ma un portafoglio.

A noi rimangono le perplessità su tante cose, sul ruolo effettivo di questo assessorato, ma chiaro che, nel momento in cui c'è, anche se riteniamo che non abbia dimostrato la necessità ad esistere, questo assessorato debba gestire una propria dotazione finanziaria e deve poter gestire una propria politica se esiste, a meno che non si voglia riconoscere in pubblico come la nascita di questo assessorato sia una nascita dovuta ad un recupero di consenso politico, ai fini della sopravvivenza di una maggioranza, altrimenti sfilacciata e troppo debole.

Allora l'assessorato per i rapporti con le minoranze potrà gestire nel 2000 una propria dotazione finanziaria, potrà svolgere una propria politica, quante centinaia di milioni non lo so, ma rispetto alle decine di miliardi investiti su altri fronti, sono veramente poca cosa, a dimostrazione di quanto interessi realmente alla regione Trentino-Alto Adige il tema delle minoranze linguistiche, ma si chiarisce e lo dice lo stesso assessore Fontana: guardate che io sono responsabile eventualmente per le minoranze linguistiche tutte, tranne quelle altoatesine, perché io non c'entro, perché sono già rappresentate e tutelate. Allora è un assessore con una sovranità nell'ambito regionale limitata ad una parte della regione Trentino-Alto Adige, questo è sorprendente del concetto cui si ispira l'azione politica della maggioranza regionale, per cui c'è una suddivisione – l'abbiamo detto l'anno scorso – di compiti e di responsabilità, io mi occupo di questo, tu ti occupi dell'altro, io apro il portafoglio, tu hai il potere contrattuale, io ti do. Questo è ciò che avviene, ma è estremamente disarmante e preoccupante.

Chiaro che poi una politica a tutela delle minoranze linguistiche nell'ambito della regione ed in modo particolare delle minoranze linguistiche che abbiano realmente la necessità oggi di un sostegno, appoggio, incentivo, deve essere una politica che abbia la chiarezza di obiettivi, ma anche la consapevolezza delle necessità che si impongono.

A me viene onestamente la pelle d'oca a pensare come fra le priorità riconosciute ci sia, per esempio, la diffusione nella valle di Fassa delle trasmissioni in lingua tedesca, dell'emittenza pubblica austriaca, germanica e svizzera e l'assessore Fontana ritiene che questo sia un compito importante che si deve svolgere, ma mi chiedo quale tipo di aiuto nella sostanza, questo tipo di politica culturale possa dare come incentivo alla conservazione di un patrimonio di cultura, linguistico, particolare come quello Fassano, o se non invece questo tipo di indirizzo politico stia a testimoniare in maniera eclatante quello che è un indirizzo più generale che altri hanno fissato, ma che non ci può trovare d'accordo, anzi ci trova assolutamente in disaccordo, perché non è questa la politica che noi attendiamo in tema di minoranze linguistiche, pensando a quelle del Trentino, non è questo certamente l'incentivo alla valorizzazione culturale delle minoranze linguistiche in Trentino, quindi c'è un problema di coordinamento, che è un problema di scoordinamento nell'ambito della Giunta regionale.

Chiedo che la Presidente della Giunta regionale renda conto a questa assemblea di alcune scelte compiute e soprattutto degli equilibri all'interno della stessa maggioranza. I casi significativi che abbiamo citato, primo fra tutti quello relativo alle differenti vedute in tema di politica culturale, fra una parte ed un'altra parte di questa maggioranza debbano trovare delle risposte, si deve chiarire che cosa è cambiato in questi mesi, si deve chiarire se è una questione di ignoranza da parte di qualcuno, rispetto alle scelte operate da altri, o se invece il pieno accordo su un agire in questo modo, ma che non ci può vedere d'accordo, perché chiaramente esprimerebbe una politica da parte di qualcuno, assolutamente incoerente e soprattutto disonesta nei confronti dell'opinione pubblica.

Presidente, non voglio soffermarmi su ciò che altri colleghi hanno affrontato in maniera peraltro articolata e intelligente, però ho sollevato un problema interno a questa maggioranza, un problema che deve essere risolto. E' chiaro che l'interrogazione che presenterò prossimamente e che sarà integralmente copiata, spero abbia una risposta che ci ponga in grado di comprendere ciò che questa Giunta regionale sta facendo e mi permetto di dire: attenzione, perché il percorso intrapreso ci porta verso mete pericolose e allora chiedo ci sia un'assunzione piena di responsabilità e soprattutto che si arrivi in questa sede a fornire risposte chiare a chi pone degli interrogativi altrettanti chiari. Grazie Presidente.

PRESIDENTE: La parola alla collega Conci.

CONCI: Grazie Presidente. Colleghe e colleghi, credo che il momento del bilancio sia un momento significativo, sia dal punto di vista amministrativo e

tecnico che politico, per cui è importante che tutte le forze politiche si esprimano su di esso.

E' sicuramente un documento il bilancio non semplicemente tecnico, anche se è un documento tecnico, rispetto al quale, a fronte di un bilancio che supera gli 800 miliardi, assistiamo ad una mancanza di progettualità, già qualcuno prima di me l'ha riconosciuto e ad una messa certo sui vari capitoli delle poste di bilancio, ma a non aver di fatto esplicitato i fini, gli obiettivi, le mete che si vogliono raggiungere.

Rispetto a questo noi ci auguriamo di sentire nella replica quali sono le modalità con cui si vogliono spendere queste risorse, verso chi sono destinate e per quali scopi, per risolvere quali problemi.

E' anche un documento di tipo politico e allora mi soffermerò soprattutto, proprio perché anche la Presidente della Giunta ha messo l'accento sugli aspetti politici, su queste questioni.

Ci stiamo avvicinando a grandi passi, alla fine del secolo e questo porta con sé da una parte grande desiderio di cambiamento, dall'altra la voglia e la necessità di fare un bilancio ed in questo senso non parlo chiaramente del bilancio della regione, ma di un bilancio complessivo sulle sorti di questa nostra comunità. Vorremmo noi e credo che sia un desiderio di tutti, cambiare il sistema dei partiti, le nostre istituzioni, il nostro modo di governare le città, le regioni, lo Stato, l'Europa, vorremmo cambiare anche la senilizzazione della nostra società, verso la quale ci stiamo velocemente incamminando e che sta portando con sé tutta una serie di gravissimi problemi.

Vorremmo cambiare il nostro modo di fare impresa, così da competere in forme più adeguate dentro e fuori il nostro piccolo territorio. Noi vorremmo cambiare perché sentiamo tutto questo inadeguato alle sfide del 2000, ma forse anche perché è nel cambiamento e nella discontinuità che emerge la nostra creatività, la nostra vitalità, mentre la continuità pare a volte insostenibile, grigia, inadeguata, priva di stimoli e di risposte, che siano valide per i bisogni e per le istanze dell'oggi.

Questo non deve significare una sorta di voglia di fare ribaltoni, perché l'impazienza che spesso ci prende non può farci dimenticare che non esistono facili scorciatoie per aprire un nuovo ciclo di crescita.

Spesso abbiamo sentito dichiarare o declamare il nuovo, ma non è sufficiente per raggiungerlo. Affermare continuamente che si vogliono fare le riforme, senza sapere quali riforme e come arrivare a farle, è puro esercizio retorico e noi da anni sentiamo, soprattutto da parte di certa sinistra, dire che si vogliono fare le riforme, però di fatto ancora non si è visto che cosa si intende fare e con quali modalità si intenda portare avanti e rispetto anche a quale progetto di comunità queste vengono fatte.

Allora, proprio la delicatezza del momento che stiamo vivendo come istituzione, credo, l'ho anche detto, avrebbe dovuto suggerire alla Presidente della Giunta più avvedutezza nello stendere il suo intervento sul bilancio di previsione per il 2000, senza cadere nella tentazione di lanciarsi in anticipazioni che rischiano di fermare le cose, non di promuovere, ma di affossare, non di modificare, ma di conservare.

Dico questo perché secondo me è stato davvero inopportuno affrontare da parte della Presidente, nella relazione al bilancio, lo abbiamo visto, quasi tutta la relazione è concentrata su questo, il nodo politico fondamentale su cui da mesi oramai ci stiamo confrontando, quello della modifica dello Statuto della nostra regione.

Non era questo né il luogo, né il tempo per poterlo fare, dal momento che tutti insieme, maggioranza e minoranza di questo Consiglio, tra l'altro convintamente, abbiamo dato vita alla commissione che si deve occupare esclusivamente di questo problema, il varo della delibera istitutiva della commissione stessa, come sapete, è di questi giorni e credo arriverà in aula a gennaio.

Dico questo perché già è stato faticoso e problematico riuscire a trovare un accordo sulla commissione, ancora prima di entrare nel merito dei contenuti veri e propri della riforma, sui quali la commissione stessa poi dovrà giocarsi fino in fondo, per portare in quest'aula, che è sovrana rispetto a tutto, una proposta di modifica dello statuto che sia attuale, credibile, innovatrice sì, ma anche solidamente impiantata sui principi e sui valori di riferimento della nostra comunità.

Sappiamo bene tutti, lo diciamo spesso ma poi non lo mettiamo in pratica, che non c'è futuro per chi non ha passato, ecco perché i riferimenti cardine che hanno dato vita a questa comunità devono comunque costituire dei punti di riferimento e non deve essere soltanto questa riforma dello statuto, attuale, credibile, innovatrice e radicata nei principi che hanno dato vita a questa comunità, ma anche condivisa da tutte le forze politiche.

Abbiamo la consapevolezza, e noi forze di minoranza l'abbiamo ripetuto più di una volta in quest'aula, di come la nostra autonomia in questo momento sia in pericolo. Mai prima d'ora abbiamo rischiato di perdere una prerogativa di autogoverno, che molto ha dato e che pur con luci ed ombre ci ha consentito di crescere, di arrivare a livelli alti di sviluppo, di qualità della vita, acquisendo una posizione di tutto rispetto tra le regioni italiane.

Adesso stiamo vivendo davvero un momento di pericolo per la nostra autonomia, la minor forza delle tutele internazionali, i delicati rapporti che sempre ci sono tra Trentino-Alto Adige, le nostre dotazioni finanziarie che sono in decremento, che sempre più vengono considerate sia da Roma che dalle altre regioni un'ingiustificata rendita, costituiscono certo dei punti problematici con i quali dobbiamo saperci confrontare per non perdere questo peculiare assetto istituzionale di cui oggi godiamo.

Per non parlare poi di quello che è già accaduto a Roma, relativamente al famoso art. 4, ne abbiamo parlato tutti, ma credo che siccome per una cosa che ci preoccupa enormemente, sia bene che tutti in quest'aula lo ridicano. Purtroppo qui non ci sono i nostri parlamentari, che sono quelli a cui dovremmo tirare le orecchie, perché se non ci fossero stati loro a prendersi la briga di portare avanti una questione di questo tipo e con le modalità con cui l'hanno portata avanti, probabilmente la nostra preoccupazione sarebbe minore.

Mi riferisco al famoso art. 4, già approvato dalla Camera. Lo abbiamo detto già più d'una volta, una sorta di tutela romana che già inficia la nostra autonomia, che noi non possiamo accettare, non so chi dentro a quest'aula, c'è

un'aria di disinteresse, di noncurante eccetera, ma non so chi dentro a quest'aula possa accettare una cosa di questo tipo, come si possa accettare che qualcuno dal di fuori decida per la nostra autonomia, dia a questo Consiglio una patente di incapacità, perché è questa che ci è stata data con questo articolo, che dica che tanto è caduta come la fiducia in un Consiglio provinciale, che possa arrivare entro il 2003 e non è dopo domani, per cui i tempi ci sono tutti, a darsi proprie norme in materia di legge elettorale e a far cadere una regione a statuto speciale, che è stato il nostro orgoglio in tutti questi anni, farci arrivare al livello delle regioni a statuto ordinario.

Rispetto a questa norma, che considero un meno per la nostra autonomia, una sorta di tutela indesiderata, una mancanza di fiducia verso le nostre istituzioni, una prevaricazione anche da parte dello Stato che ben si è ripreso in mano un potere che era nostro, che i nostri parlamentari della sinistra hanno restituito, una cosa, io credo, di cui vergognarsi, non di cui andare fieri. Mi meravigliano le parole della Presidente quando dice: "d'ora in poi potremo finalmente beneficiare delle competenze sulla forma di governo già assegnate alle regioni ordinarie".

Presidente, credo che una frase di questo genere, messa nella sua relazione, sia una cosa da fuori di testa, o lei è impazzita improvvisamente o non capisce il valore di questa nostra autonomia. Non so se lei vuole essere tutelata, ha bisogno della tutela degli altri per poter governare. Continua a rivendicare la sua capacità di governo di questa autonomia e poi dice grazie a Roma, perché finalmente potremo beneficiare delle competenze sulla forma di governo già assegnata alle regioni ordinarie, noi che siamo una regione a statuto speciale. Non so se si rende conto di che incongruenza c'è nel fare affermazioni di questo tipo.

Dicevo che è stato improvvido, Presidente, fare anticipazioni sulle modifiche statutarie, anche perché abbiamo chiesto che la commissione che andremo tra breve ad istituire abbia pieni poteri e parta da posizioni pregresse, non preconcepite, abbiamo detto che nemmeno lo statuto del 1972 debba essere un vincolo, ma parta dalla più ampia possibilità di manovra per rendere la nostra carta costituzionale più aderente ad una società, che è continuamente sollecitata ed a volte sconvolta dalle mutazioni continue sempre più veloci.

Le sue anticipazioni davvero sono aria fritta, anzi è peggio, perché se fossero un nulla non ci preoccuperemo, ma danno chiaramente l'idea di dove volete andare a parare, non una regione forte, che mantiene le sue peculiarità, noi leggiamo dalle sue parole, che mantiene una tripolarità alla pari tra le due province e la regione stessa, che va rivista certo nelle funzioni e nelle competenze, ma che non può essere sfogliata come il carciofo e resa a scatola vuota.

Lei ha fatto un discorso sulle deleghe che noi condividiamo, quando lei dice che le deleghe vanno inserite all'interno del più vasto ragionamento sulla riforma della regione, qui la vogliamo lo scriviamo questo e lo terremo ben presente nel momento in cui faremo quel lavoro all'interno della commissione, voglio vedere se saprà resistere alle intimidazioni della SVP, quando questi diranno che in quest'aula, prima che la commissione abbia finito di fare il suo

lavoro, andranno discusse le deleghe che devono essere date alle due province.

Se questo avverrà, lei capisce che già il lavoro di quella commissione sarà un lavoro che più non serve, perché parte da decisioni già prese che restringono il campo d'azione, che rendono infruttuoso un lavoro che invece deve essere fatto con la consapevolezza di mettere mano alla carta costituzionale di una regione, carta costituzionale che non deve servire per tre giorni o due mesi, ma che dovrà servire per le future generazioni, così come chi ha messo mano agli statuti precedenti lo ha fatto nella consapevolezza che questi avrebbero dovuto servire per parecchi anni.

Certo i cambiamenti sono velocissimi, l'ho detto prima e quindi questo ci richiede di essere flessibili, di avere questa capacità di intervento e di modifica, relativamente alle questioni che hanno bisogno di essere modificate.

Le anticipazioni che lei ha fatto ci danno l'idea di dove questa maggioranza vuole andare a parare e abbiamo capito che la regione che lei ha in mente Presidente, è una regione che non serve a nulla, è una regione che si limita a delle funzioni di coordinamento, di collaborazione, una valorizzazione delle rispettive autonomie, vuole essere un punto di incontro tra interessi comuni ed un catalizzatore di un fronte unitario nei rapporti con l'esterno, sia in ambito istituzionale che economico, va bene, ma queste cose già si fanno, questo già esiste, non sta a me ricordare quante iniziative a livello culturale già si fanno tra il Trentino, l'Alto Adige ed il Tirolo, non sta a me ricordare tutto quello che è stato fatto comunemente sulla sanità, abbiamo una neurochirurgia, una cardiocirurgia che sono regionali, abbiamo fatto una convenzione sui trapianti tra Trentino, Alto Adige e Tirolo.

Queste cose già le abbiamo fatte nel passato, con questa regione di oggi, allora qua credo che davvero anticipare questo non abbia un senso, perché se la sua idea di regione è questa, Dio ce ne scampi e liberi, davvero non capisco cosa stia lì a fare questa Giunta, perché potrebbe andare a casa domani mattina.

Mi auguro invece che quella commissione, che andremo ad istituire, abbia il coraggio di riprendere in mano tutta la costituzione e lo statuto di questa regione abbia il coraggio di riprendere in mano funzioni, compiti e deleghe dei tre istituti, delle due province della regione e ne faccio un punto di orgoglio, ne faccio un nuovo motivo, una nuova capacità di governo per il futuro degli anni 2000.

Ecco perché noi ci sentiamo preoccupati, perché un percorso che vada oltre la rappresentazione per afferrare la realtà delle cose e le loro dinamiche di cambiamento, presuppone una nuova cultura, che non è riducibile a facili semplificazioni che vorrebbero il nuovo, senza saperne però interpretare la complessità e neppure a improponibili chiusure in difesa del passato. Noi non vogliamo neanche una mummificazione della regione, così come è oggi, perché ci rendiamo conto che il cambiamento in atto è davvero forte, che quindi dobbiamo andare a fare delle modifiche, ma non delle modifiche come queste suggerite, che non cambiano una virgola di quello che la regione è oggi.

Non si può poi pensare che il cambiamento sia il mettere in campo una serie di operazioni a somma sempre positiva, perché sappiamo che il

cambiamento richiede dei costi, trasformare profondamente la nostra convivenza significa rimettersi in gioco, significa rimettere in gioco i nostri interessi personali, le nostre abitudini, le nostre sicurezze, per ritrovare una combinazione diversa, possibilmente più giusta, più equa e più forte. Questo ne abbiamo la consapevolezza, sia in campo politico che personale e familiare, cioè in tutti i settori in cui la vita si svolge, in campo economico, non avviene mai senza sacrifici e senza costi individuali e sociali.

E' chiaro che la posta in gioco non è facile e che il risultato non è così scontato, però per la prima volta ci è data la possibilità di cambiare, ma non possiamo neanche nasconderci che c'è il rischio di perdere e non solo di guadagnare qualcosa. Tutte le fibrillazioni e le ansie che sentiamo vibrare in questo periodo, sono quelle che ci vengono date dalla preoccupazione, l'esperienza di ciascuno di noi quando bisogna lasciare il certo per l'incerto, quando il tracciato futuro ancora non è chiaro, tuttavia credo dobbiamo avere il coraggio, proprio per la responsabilità che con l'accettazione di questo nostro mandato abbiamo accolto, per la fiducia che i cittadini hanno espresso nei nostri confronti eleggendoci in questo Consiglio, dobbiamo avere il coraggio di accettare la sfida che abbiamo davanti, come noi della minoranza abbiamo fatto, mettendo in campo, nonostante le difficoltà, la nostra disponibilità nel partecipare alla commissione sul nuovo statuto, come facciamo ancora oggi nel compito di controllo sul bilancio, ma come non ci sembra che questa maggioranza, spesso confusa e divisa, abbia intenzione di fare. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al cons. Perego.

PEREGO: Grazie, signor Presidente. Mi ero ripromesso di non intervenire, data anche l'eshaustività dell'intervento del cons. Santini, però penso che in quest'aula, anche magari davanti al disinteressi di tanti, oggi sia comunque il momento della testimonianza da parte di chi ha a cuore l'interesse e il futuro della nostra terra e di questa istituzione.

Vorrei anche che non fosse lasciato cadere nel vuoto, proprio per il clamore che, secondo me, dovrebbe suscitare l'intervento che ha fatto il cons. Urzi. Penso che se risultasse vero quello che il cons. Urzi ha dichiarato e non ho dubbi per pensare che ciò non sia vero, questo dovrebbe condurre la Giunta regionale ad una approfondita riflessione, non solo sul proprio bilancio, ma addirittura sulla propria esistenza e sulla propria permanenza alla guida di questa regione.

Se fosse vero che noi con i soldi dei trentini e degli altoatesini andiamo a finanziare istituzioni anche solo sospettate di essere filo naziste o antisemite, penso che qualche conclusione, rispetto a questo, dovremmo trarla.

Di questo penso che avremo modo di parlarne molto approfonditamente anche più avanti.

Per molto meno i giornali hanno montato scandali e fatto montare nell'opinione pubblica sentimenti molto forti, per molto meno rispetto a questo, per cui su questo problema penso sia opportuno una forte valutazione.

In secondo luogo ha ragione la cons. Conci, noi corriamo il rischio di dire cose dette e ridette, però penso che l'omissione sia un peccato, certamente

l'omissione in politica è una colpa, della quale personalmente non mi voglio macchiare, avendo anche avuto l'onore di rappresentare il gruppo che appartengo, Forza Italia, Lista Civica, CCD, nella fase della trattativa per la creazione della commissione per lo statuto che dovremmo andare a costituire ed il "dovremmo" non è casuale, è un "dovremmo" che deriva da quanto lei, Presidente Cogo, ha dichiarato, ha scritto nel suo intervento.

Dicevo allora che rispetto al mio intendimento di non intervenire, oggi mi trovo a dover intervenire, perché non è rispetto a quanto è successo, tempo per le omissioni, oggi è il tempo per un impegno che noi crediamo forte e coerente, oggi per chi come noi, come la parte che rappresento, per chi è soccombente nei numeri è anche il tempo della testimonianza, perché in quest'aula è opportuno testimoniare una posizione a futura memoria, è opportuno testimoniare una posizione che faccia capire esattamente alla pubblica opinione, alla società civile cosa noi pensiamo e cosa noi vogliamo fare.

E' una testimonianza che noi vogliamo rendere in attesa del tempo che ci consegnerà il governo della cosa pubblica, un tempo per il governo della cosa pubblica che verrà quando la realtà, la storia faranno giustizia di comportamenti dissennati e riconosceranno la giustezza di posizioni inascoltate, colpevolmente inascoltate. E che quel tempo venga è per noi certo, infatti la storia è non solo maestra di vita, ma è soprattutto un giudice severo ed implacabile, che si assume l'inere di smascherare le falsità e di far calare tutti i veli che mascherano progetti ed idee e questo oggi siamo qui a verificare, un gran velo, un gran sipario che maschera un progetto perverso delle idee nefaste per la nostra terra.

L'unico timore che abbiamo, di fronte alla certezza che il tempo del governo venga, il timore che abbiamo è che quel tempo venga troppo tardi, quando purtroppo i danni prodotti siano irreparabili e quando il punto di non ritorno sia già stato oltrepassato.

Il punto di non ritorno, signor Presidente, in un viaggio che sia reale o metaforico, è quel punto, quel momento in cui non si può più far ritorno, perché comunque si guardi la questione è sempre più conveniente andare avanti dovunque la strada ci porti, perché tornare indietro avrebbe conseguenze che sarebbero oltremodo dannose e quindi nel timore o nel dubbio sia giocoforza l'andare sempre e comunque avanti.

Lei, signor Presidente, secondo me, vuole portarci a questo punto di non ritorno, lei vuole portare questa comunità al punto in cui non sia più possibile fare retromarcia, ma sia possibile soltanto andare avanti, costi quello che costi, con quello di negativo che questo può comportare.

In questo percorso bisogna stare attenti a che lei non si renda uno strumento, forse inconsapevole, di poteri che sono molto più forti di lei e della sua Giunta, molto più resistenti, molto più scaltri e più cinici di quanto può essere lei o la sua Giunta.

Cambiando metafora, signor Presidente, lei vuole imitare quei bambini irlandesi che giocando usano gettare il proprio cappello oltre un alto muro, più alto il muro e meglio è, e si sfidano sul proprio coraggio, il più

coraggioso è quello che, gettato il proprio cappello, riesce a superare l'ostacolo nella maniera migliore.

Lei questo cappello lo vuole gettare, forse l'ha già gettato, ma non sa o non vuole sapere che dietro il muro il cappello è già stato preso e portato via da qualche compagno di giochi, ma soprattutto non ha ancora capito che quel cappello che lei vuole gettare oltre l'ostacolo, per poi farselo rubare, non è suo, bensì è di tutti noi, è quello che rappresenta la regione del Trentino Alto Adige.

Voglio con questo, signor Presidente, riprendere l'ultima dichiarazione di voto che ho reso all'interno del comitato per la commissione statuto, laddove a fronte di qualche collega, che parlava di fiducia reciproca, ho detto che con cinismo, ma con realtà politica, di fiducia nel nutro gran poca, anche perché è difficile nutrire fiducia nei confronti di chi parla in un modo e poi scrive o agisce in modo diverso. Ho parlato di paura e mi sono rifatto ad una frase di Kennedy, il quale diceva, avendo come riferimento la Russia di allora, o meglio all'Unione Repubbliche Socialiste Sovietiche, Kennedy diceva che non possiamo mai avere paura di trattare, ma non possiamo mai trattare con l'avversario senza avere paura.

Nel momento in cui noi andiamo a trattare con gli avversari, perché tali ormai dobbiamo considerarci rispetto allo spartiacque della regione, dobbiamo trattare, perché abbiamo la consapevolezza che il trattare è necessario per dare nuova linfa a questo istituto, ma guai se andassimo a trattare senza la paura di poter commettere degli errori esiziali per la nostra istituzione, degli errori di cui nel futuro potremmo veramente pentirci.

Quindi quando abbiamo detto che intendiamo partecipare a questa attività di riforma, l'abbiamo detto con serenità, con serietà, ma ponendo precisi limiti ed il limite è quello cui prima ha fatto cenno la cons. Conci, una commissione che abbia come suo scopo quello di riformare lo statuto non può avere altro limite se non il rispetto degli accordi internazionali. Tutto quello che è venuto dopo non può e non deve essere un limite per le attività di quella commissione.

Qui già ci scontriamo con quanto da lei scritto. Lei, signor Presidente, magnifica l'azione dei valenti parlamentari della sinistra, i quali hanno operato questa forzatura con questa corsa in avanti, relativamente alle modifiche statutarie e questo per quanto possa essere magnificato non può e non deve essere un vincolo alla nostra attività.

Lei parla di deleghe e ci dice che l'attribuzione delle deleghe dovrà avvenire all'interno di un quadro istituzionale nuovo della regione, ma come farà a farlo nel momento in cui l'accordo di maggioranza prevede che il passaggio delle competenze alle province avvenga entro la fine di quest'anno e al massimo i colleghi dello SVP le concederanno 20 giorni, 1 mese, 1 mese e mezzo. Arriveremo necessariamente ad una situazione nella quale avremo una commissione che si trova a lavorare sul nuovo assetto della regione e altre istituzioni che invece lavorano già, incidendo col bisturi pesantemente su questa istituzione e prefigurandone gli scenari futuri.

Allora questo deve essere l'unico punto di partenza che può accomunarci e che per noi solo può far partire questa commissione, il fatto che quella commissione non ascolti e non ponga alla base del suo lavoro niente di

tutto quanto accade al di fuori di essa, essendo libera di poter riesaminare e se necessario, utile, possibile tornare indietro rispetto a decisioni che sono prese altrove, che non nell'unica sede deputata alla modifica dello statuto, che è quella commissione rappresentativa del Consiglio regionale, rappresentativa dei consiglieri regionali, espressione della comunità regionale, quella comunità a cui noi comunque vogliamo fare riferimento come unica fonte del nostro mandato popolare.

Se questo deve essere il punto di partenza, signor Presidente, leggendo il suo intervento ho veramente il timore che tanta strada non se ne faccia, perché se realmente lei, a mio avviso in un momento forse in cui era impegnata a fare altre cose, se lei ha scritto e pensa quanto esprime la sua relazione, penso sia veramente follia pensare di spendere 600 miliardi per dare vita ad una camera di compensazione, compriamoci una camera iperbarica che spendiamo forse qualcosa di meno e forse funziona qualcosa di più.

In questa relazione, signor Presidente, lei prefigura una regione che non solo non ha senso di esistere, ma rispetto alla quale nessuno di noi, neanche delle minoranze, potrà muovere mai un dito per creare un mostro giuridico di questo genere. Lei vuole, ha ragione il collega Santini, un organo di rappresentanza, una camera di compensazione, un punto di incontro tra interessi comuni, un catalizzatore di un fronte unitario, peggio ancora, signor Presidente, vuole disporre di uno strumento aggiuntivo di negoziazione. Lei vuole fare della massima istituzione della nostra terra uno strumento aggiuntivo di negoziazione per andare a negoziare con l'Europa piuttosto che con la Lombardia.

Qui siamo all'aberrazione totale del concetto di un'istituzione e questo fino a quando la regione esisterà, certo che quando la regione non esisterà più e sarà una camera di compensazione, saremo noi ad appoggiare le richieste dei colleghi dell'Alto Adige chiedendone lo scioglimento, perché di una camera di compensazione non c'è bisogno.

Nel momento in cui avessimo, come lei scrive, due potenti autonomie provinciali, che abbisognano solo di una camera di compensazione, non avrà più senso avere né un Presidente, né un bilancio per una camera di compensazione, perché basta che i due onnipotenti presidenti, delle due onnipotenti autonomie provinciali si incontrino nella loro piena, totale autonomia, nella piena legittimazione che essi avranno, per concordare e concertare le loro cose.

Non credo che due presidenti di due onnipotenti province autonome abbiano bisogno di un presidente terzo che faccia da camera di compensazione, questo non è, però lei, signor Presidente, non può darmi ragione, perché questo l'ha scritto lei. Lei ha scritto che la regione sarà un aiuto, - e già definire un'istituzione un aiuto ce ne corre - sarà un aiuto se riuscirà a porsi come camera di compensazione, così oltre a semplificare il quadro dei rapporti potrà essere accresciuto il potere contrattuale di due province istituzionalmente forti. Lei riduce una questione politica ad un fatto numerico ed un fatto di confronto fra gentlemen, tra due persone che in realtà hanno tutti i poteri necessari, ma nessuno potrà mai convincere o costringere un presidente di una provincia, che somma in sé tutti i poteri, andare a contrattare con un

altro, perché avranno vinto loro, avrà vinto chi non vuole la regione e avranno ragione di aver vinto se sarà così.

Lei dice invece "Se al contrario la Regione diventerà un soggetto terzo - e lo dice con timore - titolare di funzioni in qualche modo sovrapposte o interferenti con le autonomie provinciali, il rischio di appesantire e complicare, anziché di favorire e semplificare questo sistema di relazioni, sarà obiettivamente elevato".

Con questi capoversi ha detto esattamente l'opposto di quello che tutti noi delle opposizioni abbiamo ragionato e abbiamo pensato, perché non le nascondo che la nostra posizione, all'interno di quella commissione, sarà proprio questa, quella che lei paventa con timore, noi vogliamo una regione, che si ponga come terzo polo autonomo, titolare di una propria potestà, anche legislativa nei confronti delle due province, noi vogliamo una regione che sia un ente dotato di autonomia, di autorevolezza, capace di avere delle proprie competenze, sulle quali legiferare con potere anche coercitivo nei confronti delle due province, perché ci sono delle competenze che, come lei scrive ogni tanto ravvedendosi, travalicano completamente gli ambiti di questi due piccoli territori, con una popolazione anche irrisoria rispetto alle grandi dimensioni europee, lo dice lei stessa.

Allora, o riusciamo a trovare un ambito competente e che abbia gli strumenti giuridici per mettere d'accordo e per coordinare le politiche provinciali, oppure l'Alto Adige andrà sempre per i fatti suoi, il Trentino rimarrà sempre indietro altrettanto per i fatti suoi, ma mai riusciremo a concertare, a coordinare uno sviluppo armonico di questa terra.

Torno a ripetere che mi rifaccio pienamente all'intervento del cons. Santini, però una regione che sia l'ambito preferenziale, in cui si coordinano le politiche di settore delle due province, non è la regione che vogliamo noi, sappia fin da ora, signor Presidente che o questa regione sarà una regione a cui viene attribuita autorevolezza, competenza e capacità di avere strumenti giuridici a disposizione, o noi da quella commissione statuto ne usciremo perché abbiamo paura di creare dei danni più grossi, rispetto a quelli altrettanto grossi, ma controllabili, che può darci una regione che resti così com'è.

Noi non vogliamo essere coloro che pur di fare i bravi studenti corrono il rischio di creare danni maggiori, non vogliamo che di fronte ad una situazione che è già preoccupante possiamo poi essere accusati di avere fatto quel passo in più di cui parlava quel collega stamattina, per cadere nel baratro, noi preferiamo fermarci sull'orlo del baratro, se proprio questa è la sorte che ci è data, preferiremmo molto di più fare qualche passo indietro e tentare di costruire un ponte su quel baratro, ma se questo non ci sarà concesso noi non saremo disposti a fare quel passo avanti.

Signor Presidente, concludo dicendo che in questo suo intervento sul bilancio di previsione noto veramente dei grossi passi indietro e mi permetto di dire che forse li noto anche rispetto agli interventi che ho sentito fare del capogruppo della SVP nella commissione statuto. Non so perché lei abbia scritto queste cose, forse, come dice la cons. Conci, addirittura prefigurando scenari sui quali forse era meglio astenersi e fare invece una dichiarazione un po' più tecnica. Lei ha voluto cavalcare, navigare il mare dell'alta politica, ma

probabilmente o dispone di imbarcazioni che non le consentono di fare questo, oppure ha superato i limiti che l'imbarcazione di cui dispone poteva sopportare.

Spero francamente e le ribadisco il nostro appoggio più convinto a quella commissione, che i timori, di cui parlava prima il cons. Santini, quelli che ho espresso adesso non si verifichino, ma preannuncio fin d'ora che non saremo disposti a creare maggiori danni di quanto fino ad oggi eventualmente si siano creati. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono le cinque della sera e poiché le decisioni assunte devono essere rispettate, cercheremo di contenere il nostro intervento nel più breve tempo possibile, ma proprio perché il tempo è tiranno forse la sintesi e la brevità possono assumere un significato diverso e magari politicamente più pesante.

Allora ho l'incarico, a nome del gruppo di Alleanza Nazionale, di fare alcune osservazioni e al tempo stesso, dopo aver esaminato qualche questione, che ritengo molto importante sul piano politico, mi permetterò di fare una proposta e di chiedere a questa proposta il consenso e l'appoggio delle forze politiche, in primo luogo delle forze politiche della opposizione di centro-destra, che a me pare sia quella più omogenea e convinta nel sostenere argomentazioni che sono ovviamente antagoniste alle argomentazioni e alle valutazioni di questa maggioranza.

In primo luogo devo, con tutta onestà e al tempo stesso con equilibrio, affermare che la Presidente della giunta regionale, ancora una volta, ha fatto un peccato di modestia, perché, io mi domando, ha sentito il bisogno di accompagnare questo bilancio, il bilancio di previsione 2000 da una relazione, il cui contenuto non solo è intempestivo per quanto riguarda i tempi, ma è addirittura da un lato fuorviante per quanto riguarda gli appuntamenti futuri di natura istituzionali che saremo chiamati ad onorare e dall'altro il suo intervento, le argomentazioni contenute in questa relazione sono la negazione di quello che invece lei, auspicando la istituzione della commissione statuto, mette nella condizione coloro che, in buona fede, hanno accolto il suo invito di partecipare a quella commissione, si rendono oggi più che mai convinti che quella commissione serva soltanto da alibi, perché tutti i giochi sono fatti.

Allora mi domando, ma quale considerazione di natura politica abbia consigliato la Presidente della Giunta regionale di comportarsi in tal guisa, se non quello di voler preconstituire ancora una volta e avevamo ragione quando pensavamo che tutto questo fosse nella logica delle cose, di un disegno politico che effettivamente vuole essere quello di realizzare fino in fondo la eliminazione della istituzione che si chiama regione autonoma Trentino-Alto Adige.

Mi domando perché, se non è questo diletterantismo politico, si sia voluti arrivare fino a questo punto alla vigilia della istituzione di quella commissione, che non è stata ancora costituita e nei confronti di quella istituzione, a nome di Alleanza Nazionale, mi riservo di vedere gli sviluppi da qui al momento in cui andremo a discutere il suo regolamento in assemblea, se non sia il caso di denunciare fin da adesso la nostra mancata partecipazione a

quella commissione, proprio in ragione dei presupposti di natura politica, che oggi sono contenuti nella relazione accompagnatoria a questo bilancio.

Non vi era il caso, non vi era l'opportunità politica, perché poi questo è un bilancio dell'ordinaria amministrazione, che sfocia, signora presidente della Giunta, in un reato che dovrebbe essere istituito, il reato di vilipendio delle risorse pubbliche o il reato di istruzione colposa e dolosa delle risorse pubbliche. Lei dovrebbe essere inquisita, signor presidente della Giunta, perché ha commesso questo reato. E se noi avessimo una magistratura non asservita, ma una Magistratura indipendente, ci dovrebbe essere un pubblico Ministero che, a fronte di questo reato, le invierebbe un comunicazione giudiziaria, ma siccome non è così ci illudiamo virtualmente che questo possa capitare e auspichiamo che quanto prima sia inserito nel codice penale la previsione di un reato di questa fattispecie.

C'è un'altra considerazione, signor Presidente della Giunta, che mi fa ritenere, in questo contesto, che noi dobbiamo esprimere qualcosa di più rispetto a quello che lei ha detto e rispetto a quella che è la trama, nei confronti della quale noi abbiamo purtroppo assistito, una trama che abbiamo denunciato, un complotto che abbiamo reso di dominio pubblico e la trama ed il complotto è quello che è stato da voi pensato, in particolar modo dal centro-sinistra trentino, che con la adesione, l'omologazione delle forze politiche dell'Alto Adige di centro-sinistra, verdi compresi, hanno ritenuto, attraverso un accordo ed un patto scellerato di dover giungere ad un reciproco riconoscimento, per poi arrivare a compimento di disegno politico, quello della SVP della soppressione della regione.

Questo è l'obiettivo e tutti coloro che oggi sono collegati al Governo con la SVP, di fatto e di diritto vogliono la realizzazione di questo obiettivo. Per cui l'opposizione di centro-destra non può che mettersi sulle barricate e non può che fare un'opposizione di questa natura, perché altrimenti sarebbe una resa condizionata nei confronti di questo disegno, che è un disegno criminoso, è un disegno delittuoso sul piano politico. E questo disegno come è stato articolato? Da un lato attraverso la Margherita, il Partito Popolare Italiano, che ha le responsabilità precise e vedremo poi se al Senato queste responsabilità precise non saranno evidenziate, mi auguro che al Senato la battaglia parlamentare possa dare successi maggiori di quelli che ha ottenuto alla Camera dei deputati.

L'approvazione della norma stralcio è un colpo di mano, un attentato alle prerogative istituzionali che competono, ai sensi dell'art. 103 dello statuto di autonomia in capo alla regione. Abbiamo adottato la linea del centro-sinistra e il richiamo da parte del presidente della Giunta, nella sua relazione è emblematico a questo proposito, abbiamo adottato quel provvedimento, per cui si dice che con la delega della materia elettorale alle due province e con la forma di governo voi avete realizzato quello che vi interessava, tutto il resto non vi interessa e avete realizzato nella prima fase, mi auguro che questa fase sia prontamente debellata, bloccata, ostacolata con tutti i mezzi, perché altrimenti tutto il resto, la riforma dello statuto diventa letteratura, diventa soltanto una posizione velleitaria, sterile, incapace di produrre alcun risultato significativo.

La Margherita e i democratici di sinistra, quindi una posizione politica di centro-sinistra, o per meglio dire di sinistra-centro, che si è voluta far riconoscere dalla SVP ed in cambio alla SVP ha dato quello che la SVP per decenni ha voluto avere come obiettivo fondamentale della propria presenza e della propria iniziativa politica. A questo riguardo non mi dilungo oltre, perché il collega Urzì ha, con precisione e con riferimenti molto puntuali, ancora una volta sottolineato coerentemente la linea politica di Alleanza Nazionale.

Da un lato allora il riconoscimento a prezzo della cessione dell'Alto Adige alla SVP, perché di questo si tratta, si tratta quindi della cessione di una provincia che diventerà regione, questo è l'obiettivo finale, una provincia che diventerà regione proprio perché si è voluto arrivare, così come si sta cercando di arrivare, a marce forzate, a quel rovesciamento del quadro istituzionale, unico a realizzare gli obiettivi politici a cui prima facevo riferimento.

Allora, colleghi del centro-destra, quali prospettive ci rimangono per essere ancor più competitivi nel tentativo di bloccare questo disegno scellerato. Innanzitutto, collega Perego, il fatto che questa Giunta, a guida di un esponente dei democratici di sinistra, Giunta nella quale vi è l'assessore Zendron, pacificamente ritiene di dover aderire e finanziare le manifestazioni, l'attività di una organizzazione internazionale, che è in odore di nazismo e di antisemitismo e lo dico potendolo dire io ad alta voce, ma non vi trovare in imbarazzo, colleghi Versi, dopo aver scritto quella interrogazione, a dover assistere impotente alla realizzazione di quello che lei auspicava non si dovesse mai realizzare, addirittura plaudendo la Giunta passata a guida Grandi, il quale peraltro obbliga la regione a non dare una lira da Presidente e come Vicepresidente permette alla regione di dare soldi, anche questa è una contraddizione!

Al di là delle contraddizioni vi è un dato etico morale che preme e allora ritengo che le denunce portate in aula e contenute nell'interrogazione cui ho fatto riferimento, siano denunce effettivamente vere, anche perché la risposta alla interrogazione, che risposta non è, induce a ritenere che le accuse sono vere e provate e documentate, a questo punto bene farebbe il centro-destra a proporre una mozione di sfiducia nei confronti di tutta la Giunta a cominciare dal suo Presidente, perché non è possibile predicare bene e razzolare male, ma ci hanno insegnato, lo sappiamo.

L'ideologia Leninista ci ha insegnato che quando serve bisogna anche essere anticomunisti e quando serve bisogna anche essere nazisti. Allora a questo punto è bene, al riguardo, che queste responsabilità siano puntualmente denunciate e mi auguro che questa denuncia trovi puntuale affermazione attraverso un documento di sfiducia nei confronti di tutta la Giunta, senza guardare in faccia nessuno, ma a cominciare dal fatto che in questa Giunta vi è una componente di sinistra, che di questi argomenti ha sempre fatto una bandiera.

Non possiamo immaginare cosa sarebbe accaduto se per caso in quel momento qualcuno di noi si fosse trovato a passare lì vicino dall'ufficio del presidente della Giunta, di qualsiasi presidente della Giunta, se avrebbero accusato noi di essere i fomentatori di una politica di violenza, di chiusura, di arroganza, ebbene, di fronte a tutto questo il nostro obbligo di natura politica, ma prima ancora etico morale, ci induce a ritenere che questo passaggio non

possa essere senza forza, ostacolato e denunciato proprio in relazione a quanto è stato dal collega Urzì riferito e denunciato e di fronte a questa evidente, palese situazione di grave compromissione, mi pare più che giusto e legittimo produrre lo stato di mozione di sfiducia, per dare solennità alla denuncia, perchè altrimenti la questa denuncia rimarrebbe fine a se stessa.

Mi auguro, a prescindere dal fatto che domani la stampa sia in sciopero, che l'argomento sarà ripreso, anche perché se non sarà ripreso avremo anche un ulteriore fondato sospetto che certe denunce sono nobili e sono tali soltanto se provengono da determinate bocche, mentre se queste denunce vengono effettuate da altri settori politici non debbono avere dignità, proprio perché allora anche in questo dobbiamo arrivare alla conclusione amara, che anche di fronte alla difesa di diritti che possono essere considerati appartenenti all'umanità, gli stessi trovano dignità e collocazione solo se espressione di settori politici ben definiti e che si trovano collocati nella sinistra del mondo politico.

Allora, avviandomi alla conclusione del mio ragionamento, mi permetto di riassumere in poche parole quelli che saranno, a mio giudizio ed a giudizio di Alleanza Nazionale, i prossimi appuntamenti con questa maggioranza e con questa Giunta. Primo appuntamento la sottoscrizione di una mozione di sfiducia per quanto riguarda i rapporti in essere, nei confronti della FUEV, a meno che a questo riguardo non intervengano dichiarazioni e rassicurazioni tali che ci inducono a ritenere la insussistenza e la inesistenza di simili rapporti.

In secondo luogo denunciemo la situazione politica per la quale la relazione che accompagna questo bilancio di previsione, sia una relazione la cui ricaduta, in termini politici istituzionali, è tale da farci riconsiderare la nostra partecipazione alla commissione per la modifica dello statuto, se nella replica la Presidente della Giunta non ci rassicuri, non tanto sulle sue intenzioni, ma non ci rassicuri sulla necessità di ordine politico istituzionale, di fare in modo che tutta la partita dello statuto debba essere ripresa dalla commissione statuto, senza pregiudiziali di alcuna natura, considerando che per quanto riguarda la regione tutte le tesi a confronto, almeno nella fase iniziale, debbono essere ritenute nella debita considerazione e non è possibile immaginare che si possa partire da situazioni precostituite.

Altrimenti, per quanto ci riguarda, Alleanza Nazionale non intenderà in alcun modo, con la propria presenza, legittimare una situazione, che a nostro giudizio rappresenta voler ipotizzare un gioco politico, attraverso il quale da un lato si realizzano accordi tali da sostenere l'esatto opposto di quello che invece si vorrebbe fare, con la istituzione della commissione statuto, che avrebbe l'incarico e il compito, con onestà intellettuale, di produrre le condizioni politiche per una rivisitazione dello statuto tale da dare vigore e non da dare l'estrema unzione a questa istituzione che, per quanto ci riguarda, noi vogliamo essere presente e rafforzata proprio per la realizzazione dell'obiettivo politico opposto, che quello di realizzare, con una regione forte, integrata in uno stato ordinato e coerente, gli interessi delle popolazioni che vivono su questo territorio, sapendo noi per primi che questo interesse coincide con gli interessi di tutti ad una pacifica convivenza in un quadro di precisi e reciproci riconoscimenti, sia sul

piano politico, sia sul piano sociale, anche perché non avrebbe senso – lo ribadiamo ancora una volta – giungere, attraverso sistemi fraudolenti, alla realizzazione da un punto di vista istituzionale delle due province a rango di regione.

Di fronte a questo disegno opporremo la nostra più convinta e motivata opposizione, siamo certi che, a prescindere dalle note accompagnatorie il mio intervento, potremmo al limite realizzare questo obiettivi.

Quindi la parola e la palla alla Presidente della Giunta, in fiduciosa attesa della sua replica, perché se la sua replica non sarà convincente, almeno sul piano istituzionale da un lato e sul piano etico morale dall'altro, per quanto riguarda i rapporti con la FUEV, noi evidentemente non potremo che considerare come fase operativa quella che ho avuto modo di anticipare nel corso di questo intervento.

PRESIDENTE: La parola al cons. Seppi.

SEPPI: Presidente, sono gratificato dal fatto che prima il collega di Forza Italia, adesso il cons. Taverna, convengono esattamente sulla posizione da me assunta immediatamente in fase di commissione al regolamento, quando ho votato contro ed evidentemente a due giorni di distanza la dimostrazione che Seppi aveva ragione giunge dal centro-destra. Sono felice e gratificato, lo sono perché quando l'edizione del giornale Alto Adige di oggi titola su questo problema "Unitalia ha paura della SVP e dei partiti di Giunta", riferiti alla Giunta regionale, significa che se Seppi ha paura di qualcuno c'è da avere paura sul serio.

Io non ho paura della SVP, perché la SVP la conosco, fa il suo dovere, la sua parte, ho paura dei suoi alleati supini, italiani di Bolzano, alleati loro, pseudo italiani e gli alleati di Trento che non esistono. Questo documento è un'auto-denuncia, un'auto-dimostrazione della pochezza, dell'incapacità di intendere e volere politica della parte italiana di questa Giunta, con la sua massima espressione, con la sua Presidente.

Tornando all'analisi fatta prima, quando scrive: "Nell'immediato abbiamo quindi incominciato ad affrontare la questione più urgente della riforma stralcio sul sistema elettorale". La collega Chiodi è una vita politica che ha cercato in quest'aula, a livello di Consiglio regionale e provinciale, di cambiare le regole del gioco e non c'è mai riuscita! Avete fallito, perché siete a livello di italiani trentini che state governando il Trentino e quindi che fate parte della Giunta regionale, siete dei falliti dal punto di vista politico, perché avete bisogno di essere messi sullo stesso piano di una regione a statuto normale, per avere una legge elettorale che soddisfi la vostra incapacità di fare da soli, questa è la realtà dei fatti!

Quindi se siete falliti a livello trentino dal punto di vista politico, perché non è in grado di fare una legge elettorale, non potete non esserlo anche a livello regionale, dove avete ai fianchi qualcuno che vi tira le staffilate se non fate esattamente quello che vi chiede, tipiche di colui che sale in groppa ad un cavallo e sa benissimo avere gli sperone sempre affilati. Quindi ritengo

che in quest'ottica veramente abbiamo dei seri problemi, dei seri dubbi e delle serie perplessità.

Quando la Presidente scrive: "Da pochi giorni la Camera ha approvato in prima lettura la riforma stralcio, che fa propria anche la tutela delle minoranze linguistiche in entrambe le Province", ma dove l'ha letto questo? Quale norma è stata approvata per restituire dignità alle minoranze linguistiche? Quale regola è stata imposta dai politici del centro-sinistra a livello parlamentare, per migliorare i rapporti e per dare equità e per consegnare il 'Diritto' a tutti i popoli di questa terra? Dove l'ha letto? Anzi, c'è stata la dissociazione completa, c'è stato il tradimento dei politici trentini del centro-sinistra nei confronti dell'Alto Adige, perché la legge dei quattro anni di residenza che in Alto Adige rimane invariata è una vergogna!

Primo, perché anche un anno rappresenta un concetto che deve essere eliminato, perché il diritto non ha termini temporali per essere applicato e per essere preteso; secondo, perché comunque con questo compromesso vile avete abbandonato gli italiani dell'Alto Adige ed il diritto dell'Alto Adige a se stesso, senza poter più far nulla in questa direzione e se questo è il rispetto delle minoranze che voi intendete aver fatto a livello parlamentare romano, ne prendo le distanze.

Vorrei ritornare un attimino sul discorso del collega Urzi, quando lo stesso ha affrontato il problema della associazioni o dei contributi dati ad associazioni.

Questa regione, che gestisce 710 miliardi e che ha una ridda di assessori, che spero sappiano di essere assessori, ha anche un elenco ben preciso di tutte le associazioni che attingono contributi da parte della regione. Queste associazioni sono divise in elenchi, in base alla loro competenza, al loro spirito di iniziativa, in base allo scopo che si prefiggono e quindi sono catalogate in un certo modo. Voi sapete meglio di me che anche in Trentino esistono delle compagnie di Schützen, che hanno raggiunto il massimo della credibilità ieri, quando sono stati rifiutati dagli Schützen stessi dell'Alto Adige e quando sono addirittura considerati per quello che meritano di essere in patria, quindi in Trentino. Non so cosa ci stiano a fare, ma è un problema loro.

Al di là di questo, non voglio scivolare su quanto è accaduto ieri, perché non voglio dare importanza a questi teatrini, che poco hanno a che fare con la convivenza, vorrei specificare che in queste associazioni sono inserite anche le compagnie degli Schützen trentini, che sono iscritte nella categoria associazioni di volontariato. Collega Cogo, le chiedo, per cortesia, una risposta sola, perché il resto non mi interessa, tanto la risposta la conosco già, voglio, per cortesia, che lei mi risponda perché gli Schützen sono un'associazione di volontariato? Perché gli Schützen sono iscritti nella categoria delle associazioni regionali come associazione di volontariato? Che volontariato svolge la compagnia degli Schützen lei me lo deve spiegare!

Ma non mi deve spiegare solo questo, perché sarebbe troppo poco, vista la sua illuminata posizione politica, lei mi deve spiegare anche perché in queste associazioni di volontariato esistono delle sotto indicate categorie e in questa sotto indicata categoria sono inserite le compagnie degli Schützen sotto quelle di impegno civile, quindi lei non solo mi deve spiegare cosa c'entrano

con le associazioni di volontariato, ma mi deve spiegare di quale impegno civile sono animate le associazioni di Schützen, quale attività fino ad oggi di impegno civile hanno dimostrato di saper fare e perché quindi sono inserite in questo elenco.

Le dirò, per agevolarla nella sua difficile risposta, che nelle associazioni di impegno civile, di volontariato le compagnie trentine di Schützen sono poste assieme al nucleo dell'associazione nazionale alpini di pronto intervento in caso di catastrofe, ai radio amatori che entrano in funzione in caso di catastrofe o di problemi a livello regionale ed agli allevatori, allenatori e accompagnatori di cani da valanga, quindi è ben chiaro, leggendo chi sono le altre associazioni, cosa si intenda per impegno civile, è ben chiaro, le altre associazioni ci spiegano cosa si intende per impegno civile, qui non ci sono possibilità di fraintendimento. Cosa ci facciano gli Schützen in mezzo a questi lei me lo deve spiegare!

Le dirò di più. Tutti gli assessori che le stanno vicino non saranno in grado di spiegarle il motivo, per il semplice fatto che questa Giunta non si è presa nemmeno la briga di costituirsi una sua classificazione specifica e precisa delle associazioni trentine, ma ha preso ed ha copiato e fatto sue le categorie e gli inserimenti fatti dalle due province autonome, e prego i colleghi di Alleanza nazionale di fare una specifica richiesta per quanto riguarda il Consiglio provinciale di Trento, non la posso fare io, la faranno loro, sul motivo per cui nella provincia autonoma di Trento gli Schützen sono catalogati come associazione di volontariato e sotto catalogati come impegno civile.

I suoi assessori non sono nemmeno in grado di mettere in discussione questo tipo di iscrizione, perché prendono pari pari i tabulati delle due province e li fanno suoi. Allora mi chiedo veramente cosa servono tutti coloro che le stanno intorno, cosa serve questa istituzione con questi fini e con questi scopi? Vorrei che mi rispondesse cosa significano le associazioni di volontariato e cosa si intenda per impegno civile.

Vorrei concludere chiedendo cosa intendono fare, qual è la prossima mossa dei politici nazionali che vi rappresentano a Roma, nel tentare di riportare il diritto anche in provincia di Bolzano e nel tentare di parificare anche in provincia di Bolzano i quattro anni di residenza per il diritto al voto.

Torno a ripetere, Presidente, che in tutta questa sua relazione, come nelle premesse al regolamento che prevede l'istituzione della commissione per la modifica dello statuto, non si fa mai riferimento al diritto, non si fa mai riferimento a riportare nel giusto ambito costituzionale, italiano ed europeo, tutte le norme, perché ci tengo che questi termini siano ben chiari e sottolineati, tutte quelle norme che si possono muovere e possono esistere e possono comportare una frattura di fatto tra la normativa vigente in questa terra e la normativa vigente a livello italiano ed a livello europeo specialmente.

Noi rivolgiamo all'Europa la nostra fiducia, perché solo l'Europa potrà fare giustizia di questa mancanza di diritto dovuta all'incapacità politica, solo l'Europa potrà fare giustizia, ne siamo certi, perché non è che in questa fase ci siano state delle prese di posizione anche dalle opposizioni a Roma, che abbiano fatto tremare i polsi a qualcuno, noi non siamo assolutamente soddisfatti, lo debbo dire, dagli atteggiamenti tenuti dal centro-destra, che sul

comma 4 si è astenuto con il voto contrario di Alleanza Nazionale e che sul blocco dell'intera legge si è astenuto in toto, lasciando l'unico rappresentante dell'Alto Adige di Alleanza Nazionale a votare contro e a parlare con se stesso per il tempo a lui destinato. Questa è anche una vergogna del centro-destra, questo va sottolineato, perché di fatto la posizione doveva essere chiara, puntuale, inequivocabile, doveva far mancare il numero legale all'aula, doveva comunque votare contro.

Questo lo devo dire, perché la mia critica deve essere a 360 gradi, se la critica merita di essere affrontata, non sono qui a spalleggiare nessuno, sono qui a dire quello che penso e quello che ritengo utile, affinché non accada più nei prossimi passaggi istituzionali, che si possa verificare ciò che si è verificato alla Camera, non deve più accadere, perché altrimenti non solo il centro-sinistra, ma anche il centro-destra non avrà più la possibilità di raccattare voti, né in provincia di Bolzano, né in provincia di Trento.

PRESIDENTE: La parola al cons. Morandini.

MORANDINI: Esprimo forte preoccupazione, Presidente del Consiglio, lo dico a lei, alla Presidente della Giunta ed alla maggioranza, perché ormai il quadro regionale comincia a delinearsi, penso sia abbastanza chiaro quello che sta emergendo, non solamente alla luce di questo bilancio, ma in modo particolare alla luce delle dichiarazioni accompagnatorie al bilancio il Presidente della Giunta regionale ha presentato.

Già stamane mi sono intrattenuto e quindi non mi soffermo su certi tipi di ragionamenti, voglio solo ricordare una cosa ed anche qui diventa una domanda, approfondendo queste dichiarazioni, la primissima impressione è che la regione sta diventando una facoltà, nel senso che non si riesce, leggendo queste dichiarazioni programmatiche, ad individuare una funzione che dovrebbe essere propria della regione, cioè ad individuare funzioni che siano appuntate in capo alla regione in termini stabili, duraturi. Perché facoltà? Perché è detto in più passaggi nella relazione, ne cito soltanto qualcuno, la regione diventa il luogo dove il Trentino e l'Alto Adige possono coordinare le proprie competenze, dove possono collaborare con progetti di interesse comune, dove possono unire le forze sia nei rapporti economici che in quelli istituzionali.

Presidente, è una facoltà la regione, oppure un ente che vuole tale e deve avere, come hanno sempre insegnato i basamenti del diritto, competenze riservate sue proprie, riconosciute.

Non solo, è detto poi in un periodo successivo: "Oggi non ci troviamo in una situazione tesa e drammatica come quella degli anni Sessanta. Tuttavia la mutazione del DNA di un'istituzione è sempre un passo difficile". Finalmente è detto quello che sta avvenendo, cioè qui si modifica il DNA di una istituzione, cioè di un ente, il che vuol dire che non solamente se ne riformano ruolo e funzioni per riattualizzarlo sul futuro, ma se ne modifica l'essenza, perché DNA vuol dire essenza e qui si lascia intendere chiaramente che se ne modifica l'essenza.

Da questo punto di vista che cosa vuol dire, Presidente, “la regione come camera di compensazione entro cui le potenti autonomie provinciali potranno trovare punti di convergenza e soluzioni condivise. Così, oltre a semplificare il quadro dei rapporti, potrà essere accresciuto il potere contrattuale di due Province istituzionalmente forti, ma che neppure insieme raggiungono il milione di abitanti”. Cosa vuol dire camera di compensazione? E’ assai poco che un ente, che oggi vive dentro un assetto tribolare, che quindi andrebbe riattualizzato secondo questa logica, sia destinato ad essere camera di compensazione delle autonomie provinciali, o ha una funzione sua propria, ma non come è scritto qua, camera di compensazione e quindi non funzioni effettive sue, ma sostanzialmente funzioni potenziali.

Sta delineandosi il quadro dai contorni abbastanza chiari di un ente regione, che diventerà, secondo quello che è scritto, una cattedrale nel deserto, la quale sarà parte chiamata in causa solamente allorquando le due province lo decideranno e comunque sempre dentro funzioni potenziali, che, di volta in volta, decideranno le province se coinvolgere o meno quale ente.

La cosa più importante arriva proprio al fondo di questa pag. 4, di cui ho letto poc’anzi un periodo e cioè:” Se al contrario la Regione diventerà un soggetto terzo titolare di funzioni in qualche modo sovrapposte o interferenti con le autonomie provinciali, il rischio di appesantire e complicare, anziché di favorire e semplificare questo sistema di relazioni, sarà obiettivamente elevato.”

Signori, la regione è sempre stata, in questo assetto, un soggetto terzo, se è un ente, con tutto quello che ente vuol significare, deve essere un soggetto terzo, titolare di proprie funzioni, né è vero, come qualcuno ha sostenuto e come si scrive poi nel prosieguo della relazione, che queste funzioni di fatto sarebbero dannose, perché andrebbero ad interferire con funzioni provinciali. Sono 50 anni, mi fa piacere che l’assessore Zendron annuisca, che le funzioni regionali proprie della regione non interferiscono con le funzioni provinciali, ma si intrecciano benissimo, anzi molte volte è stata la regione capace, proprio in virtù di queste funzioni sue proprie, riconosciutele dallo statuto ad essere elemento ed ente di sintesi di fronte a competenze che ormai travalicavano quelle provinciali.

Allora non competenze sovrapposte, né interferenti, ma competenze che si integrano e non a caso il legislatore dello statuto attualmente in vigore, ha previsto proprio un settore, un profilo di competenze regionali che si esprimono attraverso tutto un crinale di tipo ordinamentale e anche qualcosa di sostanziale e una serie di competenze provinciali, che invece vanno più in termini sostanziali, relative a quella che è in sostanza l’attività di programmazione e di governo delle province, diversamente che è l’attività che deve svolgere la regione.

Allora l’integrazione è importantissima e lo hanno dimostrato anni di storia autonomistica, perché molte volte è stata funzione fortemente mediatrice, perché molte volte ha prevenuto una serie di possibili tensioni.

A pag. 5, scrivere che la Regione può essere un catalizzatore economico e istituzionale, vorrei sapere che cosa vuol dire, perché prima si dice che ha funzioni di compensazione e poi che sostanzialmente dovrebbe rappresentare una sorta di catalizzatore economico ed istituzionale quasi fronte

unico, queste due cose sono estremamente contraddittorie e spero che nella replica chi dovrà replicare, presumo la Presidente della Giunta, dia una risposta anche a questo interrogativo di fondo.

Un accenno – concludo Presidente – sulla commissione che andrà a lavorare per la riforma dello statuto. Non è vero, come è scritto all'interno della relazione che accompagna il bilancio da parte della Presidente della Giunta regionale, che è solo riforma stralcio in una prima fase del sistema elettorale, perché in base alla delibera della commissione, su cui si è lavorato molto in queste settimane, la commissione avrà un compito ben più ampio, perché sarà destinata a cambiare il rapporto fra la regione e le province e quindi in prospettiva la riforma stralcio del sistema elettorale è solo uno dei passaggi, ma questa commissione di riforma, ci auguriamo, evidentemente con il coinvolgimento di tutte le forze politiche, è destinata ad un compito ben più ampio.

Quello che preoccupa ed è il denominatore di fondo di tutto questo, Presidente, è sostanzialmente una sorta di atteggiamento di resa, cioè qui si sta omologando, appiattendo la specialità della nostra regione sulle regioni ordinarie e questo non si intravede soltanto dal famigerato art. 4, norma transitoria licenziata lo scorso 25 novembre dalla camera e in attesa di esame da parte del Senato, su cui già piuttosto criticamente mi sono intrattenuto stamattina, ma sostanzialmente un po' da tutto lo spirito di questa relazione.

Perché, Presidente della Giunta, non si parte da un presupposto diverso, e mi spiego, siamo l'unica realtà al mondo che esprime sul proprio territorio una singolare triade, cioè tre regioni, anche se due sono nominalmente chiamate province, cioè tre enti dotati di autonomia e quindi di competenze legislative, con le conseguenti competenze amministrative su questo versante. Allora se questo è, perché non si parte da questo presupposto per innovare in termini autonomistici, per innovare in termini singolari, non per recepire passivamente altre normative, tanto più innovare per stare al passo con l'evoluzione, che oggi è forte nel nostro territorio, sia sul piano sociale, sia sul piano economico, faccio riferimento alla collaborazione transfrontaliera, allora sarebbe interessante vedere che cosa accade in tutte le altre esperienze costituzionali, non solamente del nord Europa, ma per esempio anche in altri paesi diversi dall'Europa, dove convivono minoranze linguistiche come qui e come lì si è cercato di trovare il modus vivendi in prospettiva ed invece qui si dice che bisogna fare presto a fare la riforma elettorale, che se non si dovesse fare la nostra riforma elettorale, verrà applicata quella delle regioni a statuto ordinario.

E' questa la storia, l'eredità, l'insegnamento che 50 anni di questa singolare triade autonomistica ci hanno insegnato? E' questo l'orgoglio con cui noi vogliamo portare questi argomenti, dentro una prospettiva di sviluppo e quindi sostanzialmente dentro un vero rinnovamento?

Aspetto risposte, Presidente, accanto alle domande che già ho formulato stamane nel primo intervento. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Divina.

Devo precisare che non ci sono altri iscritti a parlare e quindi posso presumere, pur non volendo limitare l'aula, che dopo il collega Divina possiamo concedere la parola alla Presidente Cogo per la replica ed a quel punto non è necessario sospendere la seduta alle ore 18.00 per riprenderla alle 19.00, credo che potremo proseguire in modo da concludere e poi aggiornarci a domani.

La parola al cons. Divina.

DIVINA: Grazie Presidente. Mi sembrava opportuna questa sua precisazione, anche se mi mette un po' a disagio, nel senso che, nel momento che termino l'intervento, sarò io che vi farò fare qualche ora di straordinario.

Tento di riassumere per sommi capi quella che è l'impostazione alla politica di bilancio data dalla Presidente della Regione Cogo. Abbiamo tentato di capire quale era il messaggio in questo documento e dobbiamo onestamente dire che il messaggio non l'abbiamo colto, anche perché si possono scrivere circa 20 pagine, in termini di equilibrismo, senza però sbilanciarsi e dire alcunché.

Che l'approvazione di questo bilancio possa essere il primo passo importante di questa legislatura, Presidente, da come si sono messe le cose più che il primo passo questo rischia di essere l'ultimo passo, per come avete fatto decorrere tempisticamente gli eventi nazionali e locali. Il gioco dell'oca lo abbiamo più o meno conosciuto tutti, era un gioco simpatico, si iniziava, ma non c'era un corso lineare, era un gioco che a certe tappe obbligava i concorrenti a ritornare su tappe precedenti, a fare marcia indietro. Quando lei, Presidente Cogo, scrive nella prima pagina che l'accordo di programma è già stato fissato, fissa alcune linee importanti di come dovrà configurarsi il nuovo istituto regionale.

Uno che parte al via con questa prima pagina, con questa premessa, essendoci un accordo di programma, che ha fissato le linee, sul come dovrà configurarsi il nuovo istituto regionale, pensa naturalmente di trovare nelle pagine seguenti come si configurerà l'istituto regionale.

Le assicuro che in ognuna delle 20 pagine si tornava puntualmente alla prima, ma non abbiamo trovato la coincidenza di questa premessa, che è premessa fine a se stessa.

Quello che non si condivide è la vostra sfrenata volontà riformista, dove sembra che se le cose funzionano, in ogni caso bisogna demolire l'impianto, perché il riformismo concepito come ideologia, ed a questo punto ideologia dominante perché governa, deve scardinare a tutti i costi tutto, per reimpostare nuovi apparati.

Perché dobbiamo dire che difendere a tutti i costi l'assetto è come pretendere di congelare il corso degli eventi? Quali sono gli eventi dei quali nessuno si è accorto che hanno fatto divenire l'assetto non più attuale. L'unico motivo per cui bisogna modificare l'assetto è perché si pretende con coalizioni deboli di pretendere di governare le istituzioni, questa è l'unica novità, ma questa è una variabile, non è istituzionale, questa può ritrovarsi in ogni momento, avete deciso di costituire i governi più deboli della storia dell'autonomia e in funzione di questi governi deboli volete rinforzarli

modificando l'assetto istituzionale, le regole del gioco, la legge elettorale in primis.

Ci sono una parte di bugie, una parte di falsità, una parte di ipocrisie, una parte di parole vuote, di concetti neanche definiti, soltanto scritti, delineati da un capoverso all'altro, punto del quale poi non se ne fa nemmeno più ripresa. Ma la regione che deve dar luogo a Trentino ed Alto Adige, che dovranno poi coordinare le proprie competenze in progetti di programmi e di interesse comune.

Presidente Cogo, invece che scrivere mezza pagina di nulla, perché non ha scritto uno di questi progetti di interesse comune, non 150, uno qua non è stato scritto, ma che cosa si vuol fare? Non mi dirà che il settore dei trasporti internazionali è uno dei progetti di interesse comune, lo sarà pure, ma anche con Verona potremmo trovare progetti di interesse comune, nel momento che parliamo di trasporti internazionali, non è sufficiente probabilmente.

La mutazione non può essere giocata a colpi di maggioranza, ma implica un ampio coinvolgimento, eccetera, Presidente, come l'avete fatta la modifica o le condizioni per mettere le modifiche in sede romana, se non a colpi di maggioranza? Lei probabilmente ha anche dei colpi di stordimento, io la rimuovo dal suo torpore, Presidente, avevamo presentato tre documenti a quest'aula, uno alla maggioranza e due forze dell' opposizione, un documento l'ha presentato anche la Lega Nord ed a quei tre documenti complessivamente è stato concesso ad ogni singolo gruppo la bellezza di 15 minuti complessivamente, che voleva dire 5 minuti di tempo per gruppo consiliare, per approfondire un documento che toccava le più scottanti tematiche attualmente sul tavolo, cioè il nuovo assetto istituzionale.

Parlo come parlano i verbali di questo Consiglio, perché questa è la realtà, come si fa a scrivere che le mutazioni di questo tipo non si giovano a colpi di maggioranza, quando sono state giocate a colpi di maggioranza! Come si fa a parlare di ampio coinvolgimento, quando non si è nemmeno voluto sentire il pensiero degli altri, se non per cinque minuti, dopo di che si cambia la costituzione, il nostro statuto e la nostra piccola costituzione.

Avanti con l'ipocrisia "che la nuova regione - dei quali contenuti non ne possiamo conoscere - costituisca il punto di incontro tra interessi comuni e diventi il catalizzatore nei rapporti con l'esterno, sia in ambito istituzionale che economico". Non so chi ha fatto scappare l'economico, perché non credo che nessuna delle due Province voglia delegare la regione, al di là che gestisce la propria autonomia, la programma, legifera per la propria economia, di far gestire i rapporti con l'esterno dalla regione, un ente che in termini di economia non ha alcuna competenza. E' un refuso Presidente, o chiudeva meglio la frase con un economico? L'economico sociale sta bene dappertutto, ma in ambito istituzionale?

Non so, Presidente, quando lei va a Bruxelles nel comitato delle regioni come si sente, ma le due realtà che effettivamente vi sono rappresentate sono le due province, in funzione della propria autonomia, della propria organizzazione, dei propri poteri di confrontarsi anche, recepire normative, direttive, regolamenti europei e interagire con l'Europa ad essere i primi interlocutori, pertanto portatori di interessi in una sede sovranazionale,

oltre che sovraprovinciale, ma che catalizzatore è la regione in questo abito? Presidente, lei non da disturbo, non è una brutta signora, i due Presidenti Durnwalder e Dellai la accompagnano ogni volta, perché fin tanto che questa regione è ancora inserita nel contesto del comitato delle regioni, lei farà parte di questo gruppetto, ma tutti noi, senza infierire, sappiamo che la sua è una partecipazione a livello dell'autista che si deve far accompagnare ed accomodare anche a tavola.

In coerenza con tutta questa cosa che si muove voi avete cominciato ad operare facendo una grande scelta, quale? Di partecipare ad imprese aventi per il nostro sviluppo una rilevante, eccetera. Voi avevate quattro soldi e non avevate le idee di come spenderli, perché questa è la realtà, avete portato una legge che chiedeva 15 miliardi di partecipazioni in società, dopo di che addirittura in commissione si è detto: facciamo 13 e si è subito scorporato quello che toccava l'aeroporto di Bolzano. Uno direbbe: è perché l'aeroporto tocca Bolzano, ma anche la Fiera tocca Bolzano, però la regione è entrata, anche le cooperative e le centrali ortofrutticole toccano solo Trento, ma la regione ha deciso di entrarvi, non c'era né una logica regionalista, né una logica territoriale, né una logica di sviluppo o di valenza, era la logica dell'avere una cassa e poche idee su come spendere i soldi, si è andato incontro alla logica delle partecipazioni che tutte le due finanziarie della provincia di Trento e di Bolzano già operano, questo sì è un vero doppione, questa sì è stata una bella idea, ma non da scrivere, non dico da vergognarsi, ma non da mettere fra le proposte e fra i programmi nella politica di bilancio.

Ho già sentito qualche collega toccare il tasto cultura, però questo a noi spaventa, perché lei sta scrivendo, Presidente Cogo, "la nuova cultura da acquisire ci apre al mutamento profondo di scenario che caratterizza la realtà nazionale, l'Europa ed il mondo intero. La mondializzazione dei rapporti..."; probabilmente l'ha scritto e non l'ha sottoposto ad alcun vaglio preventivo di nessun esponente della SVP, perché nessun altoatesino avrebbe mai scritto le cose che lei sta scrivendo.

A Bolzano forse ancor più che a Trento si sente la necessità di tutelare una cultura, un mondo una storia, una tradizione, valori che aggregano, che fanno sentire la gente bene, a casa sua, come si fa a dire che dobbiamo superare questa cultura per acquisirne un'altra, la cultura del mondialismo, che è la cultura che ammazza, se vogliamo l'identità. Ogni giorno leggiamo di cosa accade nelle discoteche italiane, nonché trentine, i ragazzi non hanno punti di riferimento, vanno a cercare i loro sogni in modo artificiale, il problema è proprio di questo tipo di cultura che la società che voi volete impostare, tramite l'utilizzo della scuola, dell'istruzione, lascia il ragazzo disorientato, esce dalla famiglia che riesce ancora a trasmettere qualche valore e poi si ritrova in balia del non avere più punti di riferimento.

Voi volete introdurre il mondialismo, che poi ha anche due facciate, se vogliamo, impongono che l'uomo non esiste, per il materialismo storico l'uomo è una bistecca a questo punto, sia per il capitalismo, sia per il comunismo, togliete tutti i valori, volete creare una sovrastruttura in cui nessuno si identifica ed ecco quello che poi alla fine accade, che i ragazzi vanno a cercare la loro dimensione in modi artificiali, surrogatori.

Dico di più, non bastandovi di questo, la vostra cultura del mondialismo si sposa con la cultura della liberalizzazione delle droghe, perché a questo punto non bisogna nemmeno criminalizzare il surrogato dei valori, i valori artificiali, ma bisogna far sentire che questa non è una strada da proibire, non è una strada da combattere fortemente, ma addirittura da legalizzare, da capire.

Avrei piacere di avere qui l'ex collega De Stefani, che sul fronte del lassismo di una certa società in un certo campo ha fatto grosse battaglie, lui le ha viste soltanto contro l'uso esasperato dell'alcool e se questa società non ha visto un pericolo nell'alcool si può anche capire, perché la cultura del vino fa parte di uno dei nostri valori, con moderazione indubbiamente, ma la cultura della droga non fa parte delle nostre abitudini, non fa parte della nostra cultura.

Adesso capisco che bisogna arrampicarsi per dire quello che abbiamo fatto è vergognoso, quello che avete fatto è vergognoso, però bisogna trovare il castello per tenere un po' tutto assieme ed io l'ho visto il castello vostro, c'era la necessità di ricordarsi con i tempi del Parlamento ed ecco perché la riforma dello statuto è stato deciso di farla in due tappe, ma perché c'era bisogno di ricordarsi con i tempi del Parlamento? I tempi della riforma siamo noi che li scegliamo, i contenuti della riforma siamo noi che li scegliamo!

Presidente, perché deve parlare con il collega Taverna? Deve stare attenta e prendere appunti e poi rispondere, cara Presidente!

Il fatto che lei decida per lo stralcio del sistema elettorale, che non si deciderà qua, ma si deciderà a Roma, è una bella violazione dell'autonomia legislativa di quest'aula, di queste due o di queste tre assemblee legislative.

La storiellina, vecchia come il mondo, che ogni nuova aggregazione che va al potere mette mano alla legge elettorale, questa la conoscono anche i bambini, nel momento in cui si percepisce che i consensi caleranno, bisogna trovare sistemi ed artifici per far sì che, pur calando i voti, aumentino i seggi, aumenti la rappresentanza politica e l'unico modo per ottenere il marchingegno che consente di ottenere questa grande truffa verso il responso popolare, sono proprio le leggi elettorali, non per nulla più di una serie di leggi sono proprio state bollate come leggi truffa, di per sé la legge con premio di maggioranza è una legge truffa, che altera completamente il responso della sovranità popolare. La sovranità popolare dice: 51 e 49, vorrebbe dire non c'è una grossa fetta di consenso sull'area governativa, ma la legge elettorale può trasformare questo 51 e 49 in 70 e 30, addirittura in 90 e 10, quella che si vorrebbe realizzare se avverrà il connubio o l'accordo tra Polo e Ulivo, chiamandola premio di tribuna, perché le forze politiche che otterranno il 49% non si possono far sparire completamente, si dice che avranno diritto di tribuna, cioè diritto di esistere, di ascoltare, come tutte le minoranze diritto di dire qualcosa, ma in che termini, ma in che numeri!

Anche il fatto che lei Presidente si dia un gran daffare tentando, nel sopruso già fatto, di ricucire dando un po' di legalità alla faccenda, cercando di trovare una commissione con una rappresentanza più larga possibile, ma è la classica toppa che va a coprire un'impudicizia che non si vuole lasciar scoperta. Le dico una cosa, non è servita la commissione ad hoc, non è servito assolutamente nulla, nella 11^a legislatura si fece una riforma elettorale e la si

fece nella prima commissione legislativa, conformata, secondo regolamento dell'assemblea, con le procedure ordinarie, nessuna procedura straordinaria nella 11^a legislatura è stata adottata per fare una legge elettorale.

Il problema fu diverso, che quella legge elettorale, essendo una legge che andava nella vostra direzione, di semplificare il quadro di governo, aveva introdotto una soglia e quei partiti che già a priori erano convinti o sicuri di rimanere sotto la soglia, possiamo fare i nomi e cognomi, il Ministro Dini, il Ministro Boato, i parlamentari Cossuta e Bertinotti, i quali, chi in un modo, chi con pressioni, chi con rivendicazioni, chi con minacce, sono riusciti ad avere un giudizio estremamente politico, una sentenza politicizzata della corte costituzionale che ha messo nel nulla una riforma fatta da una commissione del tutto normale, approvata a stragrande maggioranza da quest'aula assembleare.

Le commissioni ad hoc, Presidente, servono a poco, anche perché tutti noi abbiamo capito che potremmo fare tutte le commissioni che vogliamo, operative, non operative, laboriose, fannullone, questo non importa, perché ormai la grande riforma è stata fatta, la grande riforma che interessava voi è stata già fatta in Parlamento, dove il Parlamento romano ha deciso, alla faccia della nostra autonomia, per questa assemblea.

Le deleghe. A pag. 12 leggiamo: "le deleghe vanno inserite all'interno del più vasto ragionamento sulla riforma della Regione". Qua torna il famoso gioco dell'oca ed allora ritorno a pag. 1 e rileggo cosa doveva essere l'accordo di programma che doveva configurare il nuovo istituto della Regione, però qui è un continuo andare avanti e indietro, ma non si capisce quale è il quadro, ma neanche la cornice qua avete dipinto, qui non esiste assolutamente nulla! Qui si continua a scrivere quello che sarà, senza dire cosa sarà.

Per adesso è un ragionamento, per adesso si taglia, si delega a Roma, si tolgono le competenze alla regione, si spolpa assolutamente tutto, perché per intanto c'è un ragionamento sulla riforma della regione. E' possibile che non ci sia un progetto? E' un anno che state governando, un progetto sulla nuova regione è possibile averlo? Dobbiamo fare una mozione d'ordine, dobbiamo chiedere alla Presidente Cogo se vuole illustrare a quest'aula quale sarà il progetto del nuovo assetto istituzionale.

La Presidente Cogo le cose le sa, io le dico per l'aula, ma prendiamo qualsiasi pagina del bilancio, ad esempio la prima che interessa la spesa ed andiamo a vedere come è strutturata per capi, per settori la spesa e vediamo i servizi della Presidenza, questa è una componente di spesa, integrazione europea e minoranze, ma queste sono già competenze che sono in capo alle province, addirittura la provincia di Trento ha già l'assessorato all'Europa, una nuova legge che è stata varata in provincia di Trento istituisce addirittura il servizio delle minoranze per il Trentino, l'amministrazione generale tocca l'apparato, i servizi delle finanze saranno gli unici a rimanere, però me li figuro io, sarà un assessore alle finanze che, non avendo più nulla da fare, probabilmente si farà la paga a fine mese, l'assessore alle finanze non avendo più nulla da amministrare avrà soltanto il compito di redigere, di stilare, di preparare la propria busta paga; il patrimonio non esisterà passando tutto alle due province.

Libro fondiario, questa sarà una delle deleghe che se è stata chiesta è stata concordata nell'accordo di programma; il catasto passerà alle due province; i sistemi elettorali Roma ha detto che saranno due, voi avete voluto i due sistemi, non ci sarà più servizi elettorali, saranno le due province con i due sistemi che si sceglieranno a far funzionare i servizi elettorali; enti locali, già questi appartengono alle province autonome; la cooperazione è una delega che avete deciso di stralciare; previdenza ed assicurazioni sociali, già adesso pacchetti famiglia, pur essendo norma regionale, sono stati portati alle due province; camere di commercio, industria ed artigianato fanno parte del pacchetto di deleghe che recriminano le due province; servizio antincendi resta per memoria, perché ormai sono le due province che amministrano i servizi antincendi; l'ultimo è fondi di riserva speciali per le leggi, non resta più nulla della regione! Presidente, cosa sarà questa regione! Ma lei la conosce la struttura della spesa della regione!

Quando tutte queste materie saranno della provincia rimarranno i servizi della presidente, lei ed i suoi costi, resterà il servizio delle finanze che redigerà la propria busta paga ed i fondi di riserva non si capisce a cosa serviranno.

Presidente, il fatto che lei ci debba dire, nella relazione al bilancio, cosa ha fatto, quelle leggi che sono state varate, come i giudici di pace, le conosciamo, l'intendimento di adeguarsi al recepimento della 421, lo dovete fare obbligatoriamente, queste leggi vanno soltanto recepite; un disegno di legge per la riforma del bilancio regionale, la tecnica del bilancio lasciatela agli uffici, quest'aula ratifica tutto, sono cose neanche da dire in termini di politiche, il fatto che avete intenzione di fare due disegni di legge, uno dei quali per modificare la composizione della commissione sulla trasparenza, mi fa capire che avete forse difficoltà a comporre questa commissione e siccome quando si vanno a fare nomine ci sono tiri di giacche da una parte e dall'altra, magari il vostro disegno di legge sarà per evitare sbrandellamenti e dare un po' a tutti quello che viene richiesto.

Fino adesso di intendimenti di bilancio, di politiche di spesa, di ragionamenti sul futuro, l'assetto, la regione, qua non c'è nulla, Presidente, questo è lo scandalo, che lei sta obbligando un'aula per tre giorni a tentare di parlare e di far capire, ma sul nulla, perché lei ha consegnato carta scritta che non dice niente, niente e niente.

Le farò una lettera aperta, se ci vuole dare uno schema elementare, di come sarà strutturata la regione domani, perché da 20 pagine che lei ha scritto questo neanche minimamente emerge.

Siamo arrivati a pag. 20 e sui miei appunti ho scritto: torna a pag. 1, perché da pag. 20 non si è capito dove sta la premessa e la premessa era che dall'accordo di programma doveva figurarsi il nuovo istituto regionale; ho letto le 20 pagine e sono tornato a pag. 1 e rileggo di come dovrà configurarsi il nuovo istituto regionale, ma questo gioco dell'oca non mi ha permesso di capire come si dovrà configurare.

PRESIDENTE: Grazie collega Divina. La discussione generale è chiusa.

Concedo la parola alla Presidente Cogo per la replica.

COGO: Signor Presidente, colleghi e colleghe, mi rendo conto che è difficile parlare della regione, del suo ruolo attuale e anche di quello futuro, mi rendo conto che è ormai tempo che ci si confronti davvero.

Tutte le forze politiche in quest'aula hanno finora solo fatto enunciazioni di principio, che sono molto simili tra di loro, una parte, che è sicuramente la maggior parte, sostiene la necessità di mantenere l'ente regione ed una piccola parte sostiene invece il superamento dello stesso, dell'attuale assetto regionale inteso nella separazione tra le due province.

Come dicevo, la stragrande maggioranza concorda sul principio del mantenimento dell'ente regionale; proprio in un momento storico in cui il concetto di sovranità nazionale è mutato, gli stati aderenti all'Unione Europea, di fatto, rinunciano a parte della loro autonomia, a parte della loro sovranità nazionale per armonizzare le varie economie, per rispettare standard di sicurezza, per consentire ai cittadini europei di poter vivere in un continente che sappia offrire servizi e prodotti con le stesse garanzie di qualità, ad esempio, quale senso avrebbe pensare di rapportarsi in un contesto europeo da un ambito ristretto.

Nella mia relazione dicevo che abbiamo l'obbligo di prendere atto della situazione e di adottare le decisioni che più rispondono ad interessi veri e non politici e strumentali delle comunità che rappresentiamo. Con questa affermazione mi riferivo ad esempio, ma non solo, ad una indagine sulle cittadine e sui cittadini del Trentino Alto Adige, da tale sondaggio emergeva chiaro il riconoscimento della realtà regionale e della necessità di collaborazione tra le due province. L'indagine a cui facevo riferimento si articolava sostanzialmente in tre domande che sono state poste - questo nel 1998 - ai cittadini del Trentino e dell'Alto Adige.

La prima domanda era questa: "A quale altra provincia limitrofa si sente emotivamente più vicino?" I sudtirolesi hanno risposto per il 23,5% al Tirolo del Nord, il 14,3% al Trentino e il 6,9% al Veneto. I trentini, dal canto loro, hanno risposto: il 24,6% al Veneto, il 22,5% al Südtirolo, il 9,6% alla Lombardia e il 6,1% al bellunese. Qui ci sarebbe tutta un'indagine per capire esattamente chi ha espresso una preferenza e chi un'altra. Grosso modo l'analisi aveva concluso che, indipendentemente dal fattore etnico, la popolazione della città si sente più vicina al Trentino, quella della campagna al Tirolo del Nord, per quanto riguardava l'Alto Adige; per quanto riguardava invece il Trentino intellettuali e giovani guardano piuttosto verso sud, gli abitanti della campagna più verso il nord.

Alla domanda: "Con quale delle regioni limitrofe è importante collaborare?" I sudtirolesi rispondono così: l'88,1% è molto importante una collaborazione con il Trentino, il 77,1% con il Tirolo del Nord; quanto ai trentini il 94,2% è per una collaborazione con il Südtirolo e l'89,9% con il Veneto, l'84,4% con la Lombardia. C'erano risposte multiple, è per questo che ci sono questi dati.

Infine la domanda: "Verso quale provincia limitrofa si sposterebbe per motivi di lavoro?" Il 26,5% dei sudtirolesi preferisce spostarsi nel Trentino, il 23,3% nel Tirolo del Nord; mentre per quanto riguarda i trentini, il 33,4% verso il

Sudtirolo, il 31% verso il Veneto, il 20,8% verso la Lombardia. A questi dati io facevo riferimento e non solo.

In quella frase c'era anche un altro riferimento, cioè al distacco che si registra tra mondo della politica e società civile. Spesso il mondo della politica non riesce ad interpretare la volontà della popolazione. Faccio un riferimento. Le parole che voi avete trovato sottolineate, non è perché erano le più importanti o perché esprimevano i concetti maggiori, ma perché nei miei appunti, quando all'inizio li ho fatti, avevo sottolineato le parole su cui mi capitava di mangiarmi le lettere, quindi me le sono sottolineate per fare attenzione di leggerle lentamente. Non avevano altro significato. Purtroppo poi nella stesura che è arrivata a voi sono arrivate sottolineate, ma sono solamente occasionali.

Nella relazione ho usato molta prudenza, ho affermato che la regione può diventare un grande aiuto oppure una sovrastruttura. E' evidente che la lettura che ne viene fatta è influenzata dal proprio modo di intendere la regione, o forse dalle proprie preoccupazioni legittime. Sono molte queste preoccupazioni e le diffidenze ed è per questo che c'è la necessità di istituire la commissione per la riforma della nostra carta costituzionale, del nostro statuto. Forse finalmente inizieremo a discutere sui veri problemi, sui temi che caratterizzano la nostra autonomia e forse riusciremo a superare la diffidenza.

Ho usato prudenza non definendo le competenze della regione, perché questa definizione dovrebbe essere compito della commissione. Tanto è vero che la lettura è terribilmente soggettiva, perché il cons. Divina mi dice che non ho detto niente, altri mi dicono che ho detto tutto; è ben evidente che io ho soltanto enunciato un principio, un concetto di mantenimento dell'ente e che assolutamente le due province devono collaborare tra di loro, perché attualmente i rapporti di collaborazione tra le due province sono occasionali e affidati alla buona volontà degli assessori provinciali.

Ancora altre frasi, che sono state oggetto di molta attenzione da più di uno dei signori consiglieri, sono quelle relative al fatto di quello che sarà la regione, ma io ho semplicemente detto che deve essere una camera di compensazione, ma non ho definito quale ente dovrà essere, entro cui le autonomie provinciali possono trovare punti di convergenza e soluzioni condivise; non volevo dire che il futuro ente potesse essere soltanto un aiuto, come un accessorio, ma che era un aiuto necessario, il necessario quadro di riferimento per le due province, perché solo se sono inserite in un ambito regionale hanno una maggiore forza di negoziazione.

Ho parlato ancora di una regione, che se diventerà un soggetto terzo, titolare di funzioni in qualche modo sovrapposte o interferenti con le autonomie provinciali, potrà complicare piuttosto che favorire la collaborazione; ma se questo soggetto terzo avrà funzioni che non si sovrapporranno e non saranno interferenti, sarà un aiuto.

La mia preoccupazione nello stendere questa relazione è stata proprio quella di non porre dei paletti per quello che sarà il futuro lavoro della commissione, perché io credo che sia l'unico strumento idoneo per porre mano alla nostra regione. Non posso io dire quello che sarà oggi, perché altrimenti

significherebbe che io da sola configuro già il futuro ente; sarebbe eccessivo da parte mia, oltre che poco democratico.

Quando si parla di regione, sempre e comunque vi è l'accusa di subordinazione della componente trentina di questa maggioranza nei riguardi della SVP. Il cons. Santini, ad esempio, parlava del disegno di legge sulle partecipazioni regionali e diceva, per dimostrare questa subordinazione, di squilibri degli stanziamenti a favore di società con sede in Alto Adige. Sfatiamo anche questa cosa, le società sono quattro, sono stati stanziati 13 miliardi: l'Interbrennero ha sede a Trento, 8 miliardi; l'Haydn ha sede a Bolzano, 1 miliardo; l'Ente Fiera ha sede a Bolzano, 2 miliardi; le COT ha sede a Trento, 2 miliardi. E' chiaro che la logica con cui è stato fatto il disegno di legge, non è quella dell'equilibrio degli stanziamenti, ma l'Interbrennero è una società per azioni a cui aderisce la stessa provincia autonoma di Bolzano, perché la cui valenza è riconosciuta a livello regionale, per cui non era davvero quella logica di subordinazione o di quant'altro, era una logica "logica" e non partigianeria.

La commissione per la riforma dello statuto è del tutto evidente che avrà la piena autonomia e dunque la piena capacità di operare liberamente. Va detto però che al momento attuale, a statuto invariato, l'articolo 103 stabilisce che, per la modifica dello statuto, si applichi il procedimento stabilito dalla Costituzione per le leggi costituzionali, l'iniziativa per la revisione appartiene poi anche al Consiglio regionale; così recita il nostro statuto.

Io ho la convinzione che un ente fatichi a modificare sé stesso, un esempio ne è il nostro Parlamento, che è riuscito a modificare parzialmente la legge elettorale, solo sotto la spinta dei referendum. Però ho la convinzione che la nostra autonomia sia in grado di sapersi autoriformare, il passaggio, ad esempio, della mozione per la riforma stralcio dello statuto relativamente alla legge elettorale, si è reso necessario perché quelli erano i tempi del Parlamento e non i nostri ed è passata con una larga maggioranza, perché ha ottenuto 40 voti su 60. Sono convinta che se la commissione sarà istituita e riuscirà a concludere il proprio lavoro, ogni altra azione di modifica del nostro statuto non operata dalle istituzioni autonomistiche sarà resa vana, sarà del tutto inutile.

Per finire, voglio dire al cons. Urzì che non condivido l'affermazione da lui fatta, che la nostra maggioranza, avendo anime diverse, sia un elemento di confusione e non un arricchimento, questa è un'analisi che lei fa e ne ha pieno diritto, io le dico soltanto che non sono d'accordo.

Per quanto riguarda il cons. Seppi voglio dirgli, ma mi pare che lo sapesse già, comunque non è presente, che gli Schützen sono riconosciuti come una "ollus" da una commissione apposita provinciale e come tale non abbiamo evidentemente stabilito noi che tali fossero.

Per quanto riguarda la FUEV, mi sia permesso di documentarmi. Grazie.

PRESIDENTE: Grazie signora Presidente. La parola al cons. Morandini sull'ordine dei lavori.

MORANDINI: Siccome la Presidente, nella prima parte del suo intervento, probabilmente per esigenze di tempo o anche per rispetto verso la fine dei

nostri lavori, è stata piuttosto veloce, chiedo se è possibile che produca copia del suo intervento ai consiglieri, in modo che possiamo rifletterci e leggerlo.

PRESIDENTE: Nella giornata di domani faremo avere il verbale.

(interruzione)

MORANDINI: Verbale o copia, Presidente, l'importante è poter prendere diretta conoscenza, perché su certi passaggi la voce era velocissima e non si capiva bene. Quindi chiedo, per cortesia, di avere copia dell'intervento. Grazie.

PRESIDENTE:, La seduta è tolta, ci vediamo domani mattina alle ore 10.00. Buona serata.

(ore18.37)

INDICE

Disegno di legge n. 27:

Bilancio di previsione della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 2000 e bilancio triennale 2000-2002 (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 1

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 27:

Haushaltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für das Haushaltsjahr 2000 und Dreijähriger Haushalt 2000 - 2002 (eingebracht vom Regionalausschuss)

Seite 1

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

DENICOLA' Herbert Georg (SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.)	pag.	1
KLOTZ Eva (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	2
PÖDER Andreas (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	5-21
WILLEIT Carlo (LADINS - AUTONOMIA INTEGRALE F.A.R.)	"	6
SEPPI Donato (GRUPPO MISTO)	"	8-34-67
LEITNER Pius (LISTA DINI - RINNOVAMENTO ITALIANO/DIE FREIHEITLICHEN)	"	16
MORANDINI Pino (IL CENTRO)	"	25-34-70-81
SANTINI Giacomo (FORZA ITALIA - LISTA CIVICA - CCD)	"	32-35-38
URZÍ Alessandro (ALLEANZA NAZIONALE)	"	36-44
COGO Margherita (DEMOCRATICI DI SINISTRA DEL TRENINO PER L'ULIVO - PROGETTO CENTRO SINISTRA)	"	37-79
CONCI-VICINI Paola (IL CENTRO)	"	53
PEREGO Maurizio (FORZA ITALIA - LISTA CIVICA - CCD)	"	58
TAVERNA Claudio (ALLEANZA NAZIONALE)	"	63
DIVINA Sergio (LEGA NORD TRENINO PER L'INDIPENDENZA DELLA PADANIA)	"	73

